DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mittwoch, 14. August 1985 - D ★★★

Nr. 187 - 33.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11. Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Berliner Mauer: Mit einer Kranzniederlegung am Mahnmal für die Opfer des Stalinismus wurde in West-Berlin der 184 Menschen gedacht, die seit dem Mauerbau am 13. August 1961 bei Fluchtversuchen ums Leben kamen. Die „DDR"-Medien rechtfertigten gestern den Mauerbau als friedensbewahrende Maßnahme. (S. 8)

Verschuldung: Frankfurt ist nach den Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin größter Schuldenmacher der Republik. Der Schuldenstand betrug Ende Juni 3,309 Milliarden Mark, die Pro-Kopf-Verschuldung 5398 Mark.

Grüne: Der Pressesprecher des NRW-Landesverbands, Hoppe, ist von seinem Posten zurückgetreten. Als Grund gab er an, die Grünen hätten es „in nicht zu übertreffender Selbstgefälligkeit" verstanden, das hohe Ansehen bei der Bevölkerung zu verspielen.

Spionage: Die Vernehmung des Bundeswehroberstеn im Fall der unter Spionageverdacht geratenen Bangemann-Sekretärin Sonja Lüneburg hat nichts ergeben. Die Sache sei „erledigt", hieß es in Abwehrkreisen.

Lehrer: Wer bis 1990 ein Lehramtsstudium aufnimmt, muß damit rechnen, niemals in dem angestrebten Beruf arbeiten zu können, warnt der Deutsche Philologenverband. Als Gründe nennt er den starken Rückgang der Schülerzahlen, die volle Besetzung aller Planstellen und die hohe Zahl von Lehramtstudenten in Abschlußsemestern.

Wechsel: Familienminister Geißler will nach der Sommerpause noch den Gesetzentwurf für Erziehungsgeld und -urlaub im Bundestag einbringen und anschließend „voraussichtlich im September" sein Amt niederlegen, um sich ganz den Aufgaben als CDU-Generalsekretär zu widmen.

Rücktritt: Wegen Versäumnissen seiner Behörde und Verzögerungen bei der Unterrichtung der Öffentlichkeit über das Auftauchen gepanschter Weine ist der Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Weinbauministerium, Ferdinand Stark, zurückgetreten. (S. 4)

Abschiebung: Israel hat weitere 101 libanesische Schiiten aus dem Lager Atlit bei Haifa entlassen und in den Libanon abgeschoben.

ZITAT DES TAGES

» Auch 1985 wird das Lehrstellenproblem gelöst werden. Wirtschaft, Industrie, Handel, Handwerk, freie Berufe und Verwaltung mobilisieren zur Zeit alle Kräfte, um das Angebot noch weiter zu erhöhen «

Anton Pfeifer, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesbildungsministerium (S. 8) FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Kursverfall: Auf den tiefsten Stand seit 14 Monaten ist der US-Dollar gestern an den europäischen Devisenmärkten gefallen. In Frankfurt wurde ein amtlicher Mittelkurs von 2,7736 DM festgestellt, nach 2,7984 am Vortag. (S. 9)

Europa: Mit Finanzzuschüssen von 180 Millionen DM will die EG-Kommission Bemühungen um eine praxisorientiertere Ausbildung von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern in der Gemeinschaft unterstützen. (S. 9)

Konjunktur: Bei anhaltend lebhaftem Exportgeschäft überneh-men in der Bundesrepublik die inländischen Unternehmerinvestitionen immer stärker die Rolle des Konjunkturmotors, geht aus Analysen des Bundeswirtschaftsministeriums und des Kreditgewerbes hervor. (S. 9)

Börse: An den Aktienmärkten konnte sich eine einheitliche Tendenz nicht durchsetzen. Am Rentenmarkt gaben die Kurse etwas nach. WELT-Aktienindex 198,65 (198,38). BHF-Rentenindex 104,563 (104,622). Performance Index 106,292 (106,322). Dollarmittelkurs 2,7736 (2,7984) Mark. Goldpreis 326,50 (326,65) Dollar.

KULTUR

Prado: Nach 13 Jahren frustrierender Gleichstellung mit den anderen spanischen Museen erhielt der Prado in Madrid seinen früheren Sonderstatus zurück. Außerdem soll er um den prächtigen Palacio de Villahermosa und das Heeresmuseum erweitert werden. (S. 17)

Festival: Eine interessante Erkenntnis vermittelt der fränkische Festival-Sommer dem Musikliebhaber. Wagner muß offenbar in höheren Dosen verabreicht werden, während Bach auch in geringeren Konzentrationen dargeboten werden kann, wie Bayreuth und Ansbach zeigen. (S. 17)

SPORT

Segeln: Die deutschen Jachten Outsider, Rubin und Diva haben heute die Chance, zum dritten Mal den Admiral's Cup zu gewinnen. Das englische Team ist nicht mehr komplett. (S. 6)

Fußball: Der Bundesliga-Verein VfL Bochum hat den 38 Jahre alten ehemaligen Nationaltorwart Wolfgang Kleff verpflichtet. Kleff hatte in der letzten Saison in Oberhausen gespielt. (S. 6)

AUS ALLER WELT

Aids: Auf einer außerordentlichen Konferenz wollen die Gesundheitsminister der Bundesländer über die zunehmende Verbreitung der Viruskrankheit beraten. Bislang wurden in der Bundesrepublik 230 Aids-Erkrankungen und 95 Todesfälle verzeichnet.

Giftgas: Der US-Chemiekonzern Union Carbide versucht offenbar, die Gefährdung durch das Unglück in Institute (West Virginia) herunterzuspielen. Wäre mehr von der hochgiftigen Verbindung Aldicarb ausgeströmt, hätte es nach Ansicht von Experten leicht zu einer Katastrophe kommen können. (S. 18)

Wetter: Heiter bis wolkig. 25 bis 30 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Morgen, am Tage Mariä Himmelfahrt, erscheint die WELT zur gewohnten Stunde: Sie wird unseren Abonnenten in einigen Teilen Bayerns und im Saarland aber erst am Freitag zugestellt werden können, weil Regional- und Lokalzeitungen, mit denen wir zusammenarbeiten, am Donnerstag nicht erscheinen.

Kohl: Streit um Ministerämter so überflüssig wie ein Kropf

Kanzler behält sich Entscheidung vor / SDI-Beschluß nicht unter Zeitdruck

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat klargestellt, daß er sich die volle Entscheidungsbreite für die Bildung des Bundeskabinetts einschließlich der Berufung des Außenministers nach einer gewonnenen Bundestagswahl 1987 vorbehält. In einem WELT-Interview sagte der Kanzler, er habe deshalb angesichts öffentlicher Diskussionen auf die „Selbstverständlichkeit" des Grundgesetzes (Artikel 64) hingewiesen. Kohl: Gelegentlich „ist auch das nötig, um eine öffentliche Diskussion zu beenden, die so überflüssig ist wie ein Kropf. Außerdem hätte kein Bürger Verständnis, wenn wir heute, fast anderthalb Jahre vor der nächsten Bundestagswahl, über die Verteilung von Kabinettsposten diskutieren würden."

Die von Kohl angesprochene öffentliche Diskussion war durch den erklärten Wunsch von Außenminister Hans-Dietrich Genscher ausgelöst worden, sein Ministeramt über 1987 hinaus zu behalten. Vor allem die CSU hatte darauf kritisch reagiert.

Auf die Frage nach einer bevorstehenden Kabinettsumbildung hielt sich der Kanzler bedeckt. Für Politiker wie für Medien sei es einfacher, über Personen zu spekulieren, als sich über Sachthemen auseinanderzusetzen. „Ich werde mich aber daran nicht beteiligen", sagte Kohl.

Angesichts kontroverser Äußerungen von Genscher und dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß zu Begriffen der Außenpolitik sagte der Kanzler, die „Grundlinien" der deutschen Außenpolitik „sind in der Regierungserklärung niedergelegt und zwischen allen Koalitionspartnern unbestritten". Die gegenwärtige Diskussion beziehe sich

SEITE 4: Wortlaut des Interviews

auf Entwicklungen im Ost-West-Verhältnis, „die von verschiedenen Seiten mit unterschiedlichen Erwartungen verknüpft werden".

Der Bundeskanzler betonte, daß Bonn die amerikanischen Forschungen über ein Strategisches Verteidigungssystem (SDI) für „gerechtfertigt" hält. „Die Sowjetunion betreibt seit zwei Jahrzehnten vergleichbare Forschungen." Anfang September werde eine gemischte Regierungs- und Industriedelegation aus der Bundesrepublik Deutschland nach Washington reisen, „um die Voraussetzungen" für eine Zusammenarbeit zu untersuchen. Anhand der Ergebnisse werde die Bundesregierung „dann entscheiden, was sie zu tun gedenkt".

Kohl: „Wir lassen uns dabei nicht unter Zeitdruck setzen." Dies gelte auch für das Projekt Eureka auf europäischer Ebene. Der Kanzler: „Wir haben immer gesagt, Eureka muß mit SDI kompatibel sein. Insofern handelt es sich nicht um zwei unterschiedliche außenpolitische Optionen."

„Vernünftige Beziehungen" zwischen den USA und Moskau könnten sich günstig auf die innerdeutschen Beziehungen auswirken. „Meine Begegnung mit Generalsekretär Honecker am 12. März 1985 in Moskau hat in den deutsch-deutschen Beziehungen eine Bewegung in Gang gesetzt, die andauert." In seiner Regierungszeit, so betonte Kohl, „haben wir trotz angespannter Ost-West-Lage spürbare Verbesserungen für die Menschen im geteilten Deutschland" erreichen können. Aber man müsse sich den „Blick für Realität" bewahren. Der Tag des Mauerbaus am 13. August 1961 mahne uns: „Solange Deutschland geteilt ist, solange es Mauer und Stacheldraht zwischen den beiden Teilen Deutschlands gibt, solange unseren Landsleuten in der DDR Menschenrechte vorenthalten werden, müssen wir alle Anstrengungen daransetzen, die Grenzen durchlässiger zu machen, um die Menschen zueinander zu bringen."

Ermöglichte Mord den Bombenanschlag?

RAF verschaffte sich vermutlich mit US-Soldatenausweis Zugang zu Luftstützpunkt

DW. Frankfurt

Mitglieder der terroristischen „Rote Armee Fraktion" (RAF), die am vergangenen Donnerstag einen Anschlag auf den US-Luftwaffenstützpunkt bei Frankfurt verübten, sind möglicherweise mit dem Ausweis eines in der Nacht zuvor ermordeten US-Soldaten auf das Gelände der Airbase gelangt. In der Frankfurter Redaktion der britischen Nachrichtenagentur Reuters ging gestern ein neues Bekennerschreiben der RAF ein, dem der Dienstausweis des 20jährigen Soldaten Edward F. Pimental beigefügt war. Die Mordkommission der Wiesbadener Polizei bestätigte auf Anfrage, daß der Ausweis dem am Donnerstag in einem Waldstück bei Wiesbaden ermordet aufgefundenen Soldaten gehörte, der durch Genickschuß getötet worden war. Sollte sich herausstellen, daß die RAF erstmals einen Menschen tötete, um an seine Papiere zu gelangen, so könne dies nach Meinung der Ermittler bedeuten, daß eine „erheblich brutalere Phase" in den Operationen der RAF bevorstehe.

Aufgrund dieses Reuters-Berichtes ermittelt das Bundeskriminalamt (BKA) seit gestern über mögliche Zusammenhänge zwischen dem Mord an dem US-Soldaten und dem Bombenanschlag auf das Hauptquartier der Rhein Main Airbase. Ermittlungen ergaben, daß die Bombe in einem Pkw mit gestohlenen US-Militärkennzeichen transportiert wurde. Falls sich die RAF tatsächlich des Ausweises des Ermordeten bediente, so hätte der Täter, der möglicherweise Uniform trug, über eine perfekte Tarnung verfügt, um die Kontrollen des Stützpunktes zu passieren.

Die Leiter der Wiesbadener Mordkommission und der Sonderkommission für die Ermittlungen über den Anschlag auf den Stützpunkt, der zwei Todesopfer forderte, sind beim BKA in Wiesbaden zur Bewertung des Bekennerbriefes zusammengetroffen. Diese BKA-Sonderkommission ist inzwischen um Beamte der Wiesbadener Mordkommission erweitert worden. Die Mordkommission bestätigte, daß der Soldat ausgeraubt wurde und auch seinen Ausweis nicht mehr bei sich trug.

Der erst seit drei Monaten in der Bundesrepublik stationierte Soldat hatte am Abend vor seinem Tod eine Wiesbadener Diskothek aufgesucht, die er in Begleitung einer Frau und eines Mannes verließ. Bei diesem soll es sich nach Angaben der Polizei um einen Puertoricaner handeln: Alter etwa 25 Jahre, Größe 1,85 bis 1,90 Meter, athletische Figur, schwarze Haare, dünner Oberlippenbart. Das Mädchen wurde als 17 bis 25 Jahre alt beschrieben, 1,60 bis 1,70 Meter groß, schlank, dunkelbraunes nackenlanges Haar, in Blue Jeans und schwarze Lederjacke gekleidet.

Eine Sonderkommission des Landeskriminalamtes Hessen ermittelt seit gestern im Auftrag des Generalbundesanwaltes gegen die Urheber des Brandanschlags auf einen US-Militärzug auf dem Frankfurter Ostbahnhof. Zu dem mißglückten Brandanschlag waren gestern Bekennerschreiben beim Frankfurter Büro der Deutschen Presse-Agentur (dpa) und bei der Berliner Tageszeitung „taz" eingegangen. Die Schreiben könnten weder der RAF noch den „Roten Zellen" zugeschrieben werden, hieß es im Landeskriminalamt.

Murphy wieder im Nahost-Dialog

DW. Bonn

Der für Nahost-Fragen zuständige Unterstaatssekretär im US-Außenministerium, Richard Murphy, reist erneut in den Nahen Osten, um sich in den Friedensprozeß zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn einzuschalten. Der Sprecher des US-Außenministeriums, Redman, bekräftigte, daß die amerikanische Regierung bereit sei, sich mit einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation zu treffen, wenn sich die Parteien auf Abmachungen einigen könnten und das Treffen zu direkten Verhandlungen führe. Wie der israelische Rundfunk am Montagabend mitteilte, wird Murphy bereits am Freitag in Jerusalem erwartet.

Zwei Deutsche unter den Opfern

DW. Tokio

Rettungsmannschaften haben gestern noch vier Überlebende, zwei Frauen und zwei Mädchen, in den Trümmern des am Montag abgestürzten Jumbos der Japan Airlines entdeckt, der mit 524 Menschen an Bord auf dem Weg von Tokio nach Osaka befand.

Die Bergung der Toten gestaltete sich sehr schwierig, da der Jumbo-Jet in schwer zugänglichem Gelände an einem bewaldeten Berghang 150 Kilometer nordwestlich von Tokio zerschellt war. Unter den 520 Opfern des zweitschwersten Unglücks in der Luftfahrtgeschichte befanden sich auch zwei Deutsche.

Seite 18: Steuerlos?

Keine Störfälle in Kernkraftwerken

DW. Bonn

In den Kernkraftwerken der Bundesrepublik Deutschland hat es im vergangenen Jahr 149 meldepflichtige „besondere Vorkommnisse" gegeben. Nach Angaben von Innenminister Zimmermann war darunter allerdings kein Vorfall, der als Stör- oder Unfall einzustufen war. Bei der Vorlage des jährlichen Sicherheitsberichtes erklärte der Minister, das Betriebsjahr 1984 habe erneut die Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke eindrucksvoll bewiesen.

Bei keinem der gemeldeten Vorkommnisse waren Menschen in Gefahr. Die Zahl der Meldungen sei gegenüber den Vorjahren praktisch unverändert geblieben.

Planspiele mit „westlichem Aggressor"

F. DIEDERICHS, Berlin

Beamte des Bundesgrenzschutzes dringen auf „DDR"-Gebiet vor und erschießen Angehörige der „DDR"-Volksarmee. Gleichzeitig rufen westdeutsche Rundfunk- und Fernsehsender die „DDR"-Bewohner dazu auf, Partei- und Staatsfunktionäre zu ermorden. Diese absurden Szenarien zählen zum Alltag des politischen Wehrkunde-Unterrichts, dem sich jeder Grenztruppen-Angehörige der „Nationalen Volksarmee" der „DDR" unterziehen muß. Ein ehemaliger Leutnant der Volksarmee, bis zu seiner Flucht in den Westen bei der 12. Grenzkompanie in Plauen stationiert und Absolvent der dortigen Offiziers-Hochschule für den Grenzdienst, berichtete jetzt bisher unbekannte Details über die Methoden der SED-Funktionäre, bei den Soldaten das erwünschte Feindbild vom westlichen Aggressor zu erzeugen.

Die daraufausgerichtete Erziehung beginnt schon bei der Regelung des täglichen Sprachgebrauchs. So laufen im Armeejargon alle Übungen an der sogenannten Staatsgrenze unter dem Kürzel „feindwärts". Damit soll erreicht werden, daß die Grenzsoldaten es nicht mit Gegnern, sondern mit „Feinden" zu tun haben. Selbst Zivilpersonen gelten als potentielle „Feinde".

Zur Untermauerung des Freund-Feind-Denkens dienen konkrete Gefechtsbeispiele. Geübt werden Reaktionen auf den „Beschuß durch den Bundesgrenzschutz", Sprengungen der Grenzanlagen durch „westliche Provokateure" sowie die „Verlegung von BRD-Einheiten in Grenznähe zur Vorbereitung des Angriffs auf die DDR". Die Ausbildung für den Grenzdienst geht an einer ein bis zwei Kilometer langen „Lehrgrenze" vonstatten, einer realen Nachbildung der innerdeutschen Grenze. An dieser „Lehrgrenze" werden alle möglichen Einsatzarten der Grenzposten durchgespielt, auch die Festnahme und Verfolgung von Flüchtlingen.

Nach den Erfahrungen des geflüchteten Leutnants ist in allen militärischen Dienstvorschriften der Grenztruppen der Begriff „vernichten" enthalten. Bei den Schulungen werde immer wieder deutlich gemacht, „daß ein Toter an der Grenze wesentlich besser als ein verletzter Flüchtling im Westen ist". Darauf deutet auch eine spezielle Schießausbildung, bei der aus 200 Metern Entfernung zwei laufende Scheiben in Form menschlicher Silhouetten getroffen werden müssen.

Die Ausbildung der Armee-Führungskräfte an der Offiziershochschule Plauen, der einzigen Offiziersschule der „DDR"-Grenztruppen, dauert drei Jahre und hat als Ziel, Offiziere zur Abwehr von Angriffen der Armeen der NATO-Staaten zu befähigen. Sie stellt jedes Jahr rund 300 Berufsoffiziere, die sich auf die Dauer von 25 Jahren verpflichten müssen, im Rang eines Leutnants für den Grenzdienst bereit.

Im September 1984 wurde die Hochschule von Plauen nach Suhl in eine moderne Kaserne verlegt. Der politische Unterricht über den „Feind im Westen" nimmt allein dreimal wöchentlich acht Stunden in Anspruch. Widerspruch ist dabei nicht erwünscht: Ein Schüler, der die Aufstellung sowjetischer SS-20-Raketen in der „DDR" kritisierte, wurde mit Arrest bestraft und zum einfachen Soldaten degradiert.

DER KOMMENTAR

Kanzlerwort

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Jeder Bundeskanzler ist gut beraten, sich nicht zu sehr in die tagespolitische Diskussion hineinziehen zu lassen. Andererseits darf der Mann, der die Richtlinien der Politik bestimmt, nicht tatenlos zusehen, wie Diskussionen ins uferlose wuchern. Dann und wann ist ein Wort vonnöten, das eine Debatte beendet, die „überflüssig ist wie ein Kropf", wie Helmut Kohl zu sagen pflegt.

Der Urlauber Kohl hat die Gelegenheit genutzt, in einem WELT-Interview Diskussionen, die sommerlich entgleist waren, mit einem Kanzlerwort zurechtzurücken. Den Streit über das, was denn eine „neue Phase realistischer Entspannungspolitik" bedeuten solle, mißt er souverän an der Elle unterschiedlicher Erwartungen, die in den Dialog zwischen West und Ost gesetzt werden. Er habe bis in die 70er Jahre Strauß als Worthülse einstuft, vom programmatischen Imperativ zur beliebigen Spekulation ab, und was übrigbleibt, ist die Tatsache, daß es überhaupt den Dialog schon wieder gibt. Da läßt sich trefflich der Satz anfügen: „Die Bundesregierung hat intensiv daran mitgewirkt."

Gipfel des west-östlichen Dialogs wird die Genfer Begegnung zwischen Reagan und Gorbatschow sein. Auch da findet Helmut Kohl Gelegenheit, seine eigenen Verdienste am Zustandekommen dieses Treffens herauszustreichen – zu Recht übrigens. Gemeinsam mit Präsident Reagan hatte er am 30. November 1984 in Washington die Prinzipien des Ost-West-Dialogs formuliert: Gleichberechtigung aller Beteiligten, Verzicht auf militärisches Drohpotential, strikter Gewaltverzicht. Wenn Gorbatschow bereit sei, sagt jetzt Kanzler Kohl, auf dieser Grundlage eine Politik der Verständigung und Zusammenarbeit mit den USA einzuleiten, dann bestehe die Chance zu konstruktiven Beziehungen zwischen Ost und West. Das ist seine Definition einer neuen Phase realistischer Entspannungspolitik.

Ein letztes: Kohl erklärt, das europäische Forschungsprogramm Eureka müsse mit dem amerikanischen Forschungsprogramm SDI kompatibel sein. Wenn das so ist, dann waren alle Versuche, Eureka gegen SDI auszuspielen, dummes Zeug. Folglich waren es auch untaugliche Versuche, Bonn vor die Wahl zwischen Amerika und Frankreich zu stellen. „Es handelt sich nicht um zwei unterschiedliche außenpolitische Konzeptionen", sagt Kohl, und damit basta. War dies vielleicht ein mediales Gespräch des Kanzlers mit seinem Außenminister?

Geißler: SPD verkennt Gründe der Ost-West-Spannungen

CDU-Generalsekretär sieht Kurswechsel der Opposition

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Sozialdemokraten haben sich nach Ansicht von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler von jenem außen- und sicherheitspolitischen Konsens entfernt, der beim Bau der Mauer in Berlin – gestern vor 24 Jahren – alle Bundestagsparteien zu einhelliger Verurteilung dieses Verstoßes gegen die elementarsten Menschenrechte veranlaßte. Dieser Konsens sei von Herbert Wehner vor 25 Jahren in der Sozialdemokratie durchgesetzt worden. Er habe bis in die 70er Jahre Bestand gehabt, sei aber bei der SPD in einem „grundlegenden außenpolitischen Kurswechsel" heute einem Antiamerikanismus gewichen.

Politiker wie Parteichef Brandt, wie Bahr, Lafontaine und Eppler bestimmten die außenpolitischen Vorstellungen, die in den nationalistischen Neutralismus von links mündeten, der wiederum eine weltpolitische „Nische" suche. Dies sei der „alte gefährliche Traum" von einer deutschen oder europäischen Mittlerfunktion zwischen Ost und West.

Geißler warf den Sozialdemokraten vor, sie stellten die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion auf eine Stufe. Die Spannungen zwischen Ost und West rührten aus Sicht der jetzt dominierenden SPD-Politiker von dem Vorhandensein von Waffen auf beiden Seiten her. Das sei Verkennung der wahren Sachverhalte aufgrund einer falschen außenpolitischen Analyse. Tatsächlich beruhten die Spannungen auf dem „Unvereinbarkeit von Freiheit und kommunistischer Diktatur".

Heute sei die SPD so weit, daß sie mit doppeldeutigen Begriffen wie „Sicherheitspartnerschaft" oder „Verbündete im Kampf ums Überleben" den grundlegenden Unterschied zwischen der Demokratie im Westen und der Diktatur im Osten verwische. Egon Bahr tue die Bedrohung durch die Sowjetunion als „reinen Blödsinn" ab.

Menschenrechtsverletzungen durch die Sowjetunion, ob in Afghanistan, Vietnam, Polen oder anderswo im Ostblock, würden „weitgehend verschwiegen". Geißler: „Die SPD besitzt nicht mehr die Unabhängigkeit und innere Kraft, unangenehme Vorgänge und Realitäten in kommunistischen Staaten beim Namen zu nennen." Dagegen würden als Folge der antiamerikanischen Tendenz in der SPD den USA „imperialistische Großmachtpolitik" oder gar „Völkermord in Mittelamerika" vorgeworfen. Willy Brandt greife die Bundesregierung bei seinem Besuch in Moskau an, der SPD-eigene „Vorwärts" veröffentliche eine Beilage über die Sowjetunion, in der „sowjetische Spitzenfunktionäre unwidersprochen und ohne einschränkenden Kommentar die Politik der Bundesregierung verunglimpfen und unsere amerikanischen Verbündeten beschimpfen" dürften.

Geißler legte eine Dokumentation mit Zitaten vor, die die antiamerikanischen Tendenzen der SPD und ihren außenpolitischen Kurswechsel belegen sollen. Für den Herbst kündigte er eine „Offensive" an, „die wieder klar macht, daß es wahren Frieden ohne Freiheit und Menschenrechte nicht gibt".

Regierung Südafrikas dämpft die Hoffnung auf Reformen

Minister: Apartheid bleibt / 600 Tote seit Jahresbeginn

DW. Pretoria

Die Regierung Südafrikas hat Hoffnungen in ihre Reformbereitschaft gedämpft: Der Entwicklungs- und Erziehungsminister für die schwarze Bevölkerung, Gerrit Viljoen, erklärte im Rundfunk, die Regierung wolle den Grundsatz der Rassentrennung für Wohngebiete, Schulen und politische Vertretungen nicht aufgeben.

Auch der US-Kongreßabgeordnete Stephen Solarz glaubt nach einem Gespräch mit Präsident Pieter Botha nicht, daß dieser morgen weitreichende Reformen bekanntgibt. Solarz sagte, er sei zutiefst pessimistisch hinsichtlich eines friedlichen Wandels. Botha sei nicht dafür, den Schwarzen-Führer Nelson Mandela ohne Vorbedingungen freizulassen. Botha habe angedeutet, daß Mandela aus denselben Gründen inhaftiert sei, „wegen derer die Westmächte Rudolf Hess im Gefängnis halten". Mandelas Familie rechnet ebenfalls „nicht damit, daß die Regierung ihn freiläßt", sagte Ismail Ayob, der Anwalt von Mandelas Ehefrau Winnie. Ihr Haus am Ort ihrer Verbannung in der Kleinstadt Brandfort 330 Kilometer südlich von Johannesburg ist jetzt niedergebrannt worden. Frau Mandela, so ihr Anwalt, hielt sich zu diesem Zeitpunkt mit Wissen der Behörden in Soweto bei Johannesburg auf.

Die Zahl der Todesopfer in Südafrika ist nach inoffiziellen Angaben in diesem Jahr bereits auf fast 600 gestiegen, teilte das Südafrikanische Institut für Rassenbeziehungen in Johannesburg mit. In der Hafenstadt Durban starben bei Unruhen seit einer Woche 77 Menschen. In Molteno nördlich der Hafenstadt East London wurden am Montag drei schwarze Jugendliche von der Polizei erschossen.

Im Namen von 725 000 Christen verschiedener Rassen haben die evangelisch-lutherischen Kirchen im südlichen Afrika die sofortige Beendigung des Ausnahmezustandes gefordert. Der politische Arbeiterführer Lech Walesa hat in einem offenen Brief an den schwarzen Bischof Desmond Tutu Solidarität mit dem Kampf gegen die Rassentrennung in Südafrika bekundet.

Seite 8: Apartheid

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mund-Harmoniker

Von Peter Gillies

Zwar habe man sich über nichts einigen können, aber das Treffen sei dennoch „ein Wert an sich“ – diesen Trost spenden Chronisten stets, wenn sie die Bekanntgabe eines schieren Nullergebnisses scheuen. Die Begegnungen von Regierung, Wirtschaft und Gewerkschaften im Rahmen der Konzertierten Aktion waren vor dem Boykott des DGB zu einem Austausch von Worthülsen erstarrt.

Diese Bundesregierung versucht nun, den Trialog zu beleben und mit Substanz zu erfüllen. Das ist zu begrüßen. Alles starrt deshalb gebannt auf den 5. September. Vieles spricht dafür, daß die Begegnung – auf allen Seiten – intensiv vorbereitet wird. Jedoch sind Spekulationen, man werde dort die Beendigung der Arbeitslosigkeit verkünden oder konkrete politische Tauschgeschäfte besiegeln, so naiv wie abwegig. Das Dreier-Treff ist nicht der Ort (und schon gar nicht das Beschlußgremium), um ein Stück Mitbestimmung gegen ein Prozentpünktchen Arbeitslosenversicherung einzutauschen.

Auch Dreggers Andeutung, man solle auf die Präzisierung des Arbeitsförderungsgesetzes verzichten, weil dies die aufkeimende Harmonie zwischen Regierung und DGB störe, ist zumindest voreilig. Wie erinnerlich aus dem letzten Arbeitskampf, wurde die Bundesanstalt für Arbeit zu einer Ersatz-Streikkasse der Gewerkschaften, was dem Neutralitätsgedanken widerspricht. Hier auf gesetzliche Klarstellung zu verzichten, damit Herr Breit Herrn Kohl vielleicht etwas weniger streng ansieht, ist abwegig.

Nein, sozialer Friede ist mehr als telegene Nettigkeit im gegenseitigen Umgang. Derzeit ist er am meisten durch die hohe Arbeitslosigkeit gefährdet. Diese Regierung ist gewählt, mit ihren Methoden Erwerbslosigkeit in Vollbeschäftigung zu wenden. Verzichtet sie wegen Harmonieanwandlungen auf Rahmenbedingungen, die sie eigentlich für notwendig erachtet, nützt sie dem sozialen Frieden nicht, sondern schadet ihm.

Der erhoffte Beschäftigungs-Pakt, an dem alle brennend interessiert sind, kommt nicht durch Vernebelung der Problemlage zustande, sondern nur durch Präzisierung. Sein Erfolg und nichts anderes ist der „Wert an sich“.

Volks-Amnestie?

Von Werner Thomas

In Argentinien hat die letzte Phase des aufsehenerregenden Prozesses gegen die früheren Junta-Mitglieder begonnen. Sechs Generale und Admirale, unter ihnen die Ex-Präsidenten Videla und Viola, müssen sich für den „schmutzigen Krieg“ der Sicherheitskräfte Ende der siebziger Jahre gegen den linken Untergrund verantworten, der mehr als zehntausend Menschenleben forderte. Die Verteidigung erhält nun das Wort. Das Urteil wird für Oktober oder November erwartet.

Längst ist ein anderes Problem in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt: Wie soll dieses leidige Kapitel einmal enden? Amnestie oder nicht? Man geht davon aus, daß die sechs Angeklagten dieses im April eröffneten Verfahrens hohe Gefängnisstrafen erhalten und daß einige andere prominente Vertreter der ehemaligen Militärregierungen unmittelbar danach vor ein Gericht müssen; der General im Ruhestand Ramon Camps beispielsweise, einst Polizeichef der Provinz Buenos Aires. Über die Frage aber, wer noch alles an die Reihe kommen soll, herrscht Meinungsstreit.

Präsident Raul Alfonsin vertritt die Ansicht, daß die Entscheidungsträger und die Exzeß-Täter (Folterer) bestraft werden sollen – wenige hundert Personen. Die Angehörigen der Vermißten fordern dagegen Prozesse gegen „alle Schuldigen“. Hebe di Bonafini, die Vorsitzende der Mütter-Organisation, warnte bereits: „Wir werden nicht ruhen, bis jedes Verbrechen gesühnt ist.“ Die Folgen wären unabsehbar. Schon signalisiert die Führung der Streitkräfte Nervosität unter den Majors- und Obersten-Rängen.

Alfonsin weiß jedoch, daß die große Mehrheit der Bevölkerung hinter ihm steht. Einmal, so urteilen die meisten Argentinier, müsse ein Schlußstrich gezogen werden.

Beobachter in Buenos Aires glauben, daß der Präsident die Vergangenheit per Amnestie bewältigen möchte – aber nicht ohne Referendum. Er macht bereits Andeutungen in dieser Richtung. Er spricht von der Notwendigkeit einer „Versöhnung“ und eines „nationalen Konsenses“. Alfonsin genießt nach wie vor eine erstaunliche Popularität. Er kann sicher sein, eine solche Abstimmung zu gewinnen.

Kunden vergraulen

Von Florian Nehm

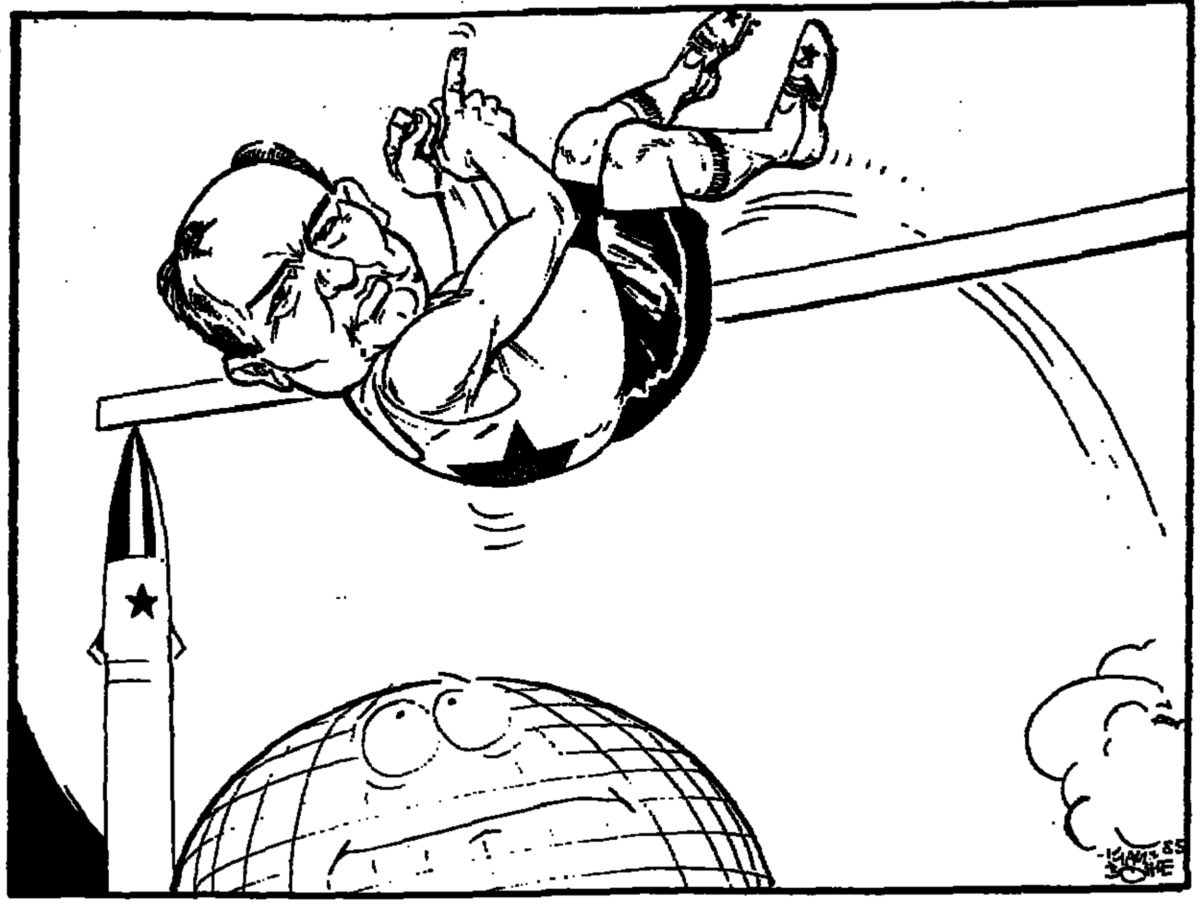
Nun treibt das Fernseh-Monopol seine Gleichschaltung der Unterhaltung noch ein Stück weiter. Weil die Kinobesitzer glauben, das Fernsehen halte ihr vorwiegend jugendliches Publikum vom Kinogang ab, wird die Probe aufs Exempel gemacht: von September bis November des Jahres wird die halbe TV-Woche garantiert spannungsfrei sein. Es soll untersucht werden, ob die Leute dann eher ins Kino gehen.

So werden diesen Herbst „publikumswirksame“ Filme an Donnerstagen, Freitagen und Samstagen bei ARD und ZDF ausbleiben. Wobei „publikumswirksam“ alles meint, was besonders dreizehn- bis dreißigjährigen Zuschauern gefällt.

Da nehmen sich also zwei Anstalten vor, ihre Zuschauer so gründlich zu langweilen, daß diese aus Verzweiflung ins Kino fliehen. Gewiß wird das den Fernsehmonopolisten nicht schwer fallen mit Problemfilmen und ähnlichen Produkten. Aber es scheint absurd, daß die Kinobesitzer, statt ihre Kunden mit bequemeren Sitzen, sauberen Hallen, günstigeren Vorführzeiten oder gar besseren Filmen locken, auf noch schlechterem Fernsehen bestehen; daß sie, anstatt zu ergründen, warum es auch ehemals regelmäßige Kinogänger immer seltener in die Lichtspielhäuser zieht, sich auf ihre These von der ruinösen Fernsehkonkurrenz versteifen. Das ist, als ließe der Verkehrsminister, um der notleidenden Bundesbahn zu helfen, auf Autobahnen nur noch Tempo 50 zu.

Im Wettlauf mit Neuen Medien, Video und Pillenknick sind Verzerrungen zugunsten der Kinobranche gewiß der falsche Ansatz. Möglich ist der Kuhhandel nur, weil die öffentlich-rechtlichen Anstalten das Fernsehangebot absolut beherrschen und sich keinem Wettbewerb zu stellen brauchen. Ob spannend oder zum Kinogehen langweilig, ihre Gebühren sind ihnen sicher. Und wer seinen Kasten noch nicht verschrottet hat, wird es wahrscheinlich auch jetzt nicht tun, zumal da es endlich Aussichten auf ein wirklich publikumswirksames Angebot gibt, nämlich durch die freien Veranstalter.

Aber was wird die Kinowirtschaft fordern, falls in den spannungsfreien Fernsehwochen tatsächlich mehr Menschen ins Kino gehen?



„Wir brechen jeden Höhenrekord!“ KLAUS BÖHLE

Bundestreue im Zwielicht

Von Enno v. Loewenstern

Als Jochen Steffen 1971 dem SPD-Bundesparteitag empfahl: „Laßt uns die Belastbarkeit der Wirtschaft erproben“, rief Karl Schiller in den Jubel: „Genossen, laßt die Tassen im Schrank!“ Heute scheint es eine Neigung zu geben, die Belastbarkeit des Föderalismus zu erproben, auch wenn das nicht so offen ausgesprochen wird.

Nehmen wir Oskar Lafontaine. Er droht mit einer Verfassungsklage zum Finanzausgleich. Nun ist die Lage des Saarlandes in der Tat katastrophal. Die Verschuldung treibt auf die doppelte Höhe des Jahresetats (4,53 Milliarden DM) zu, der Landesrechnungshof beanstandet den Etat als (schon oder demnächst) verfassungswidrig. Die laufenden Kosten werden zu fast zweiundzwanzig Prozent mit Krediten beglichen (Baden-Württemberg: drei Prozent, alle Länder im Durchschnitt: etwas mehr als neuneinhalb Prozent).

Lafontaines Aktionismus ist also auf den ersten Blick verständlich. Jedermann sieht ein, daß dem Saarland geholfen werden muß; nicht nur ist „sicherzustellen, daß die unterschiedliche Finanzkraft der Länder angemessen ausgeglichen wird“ (Artikel 107 Absatz 2 des Grundgesetzes), sondern die Republik kann und will sich keine Armenhäuser leisten. Das Irritierende ist sein Rezept: „Wenn der Bund hundert Prozent der Stahlhilfen übernehmen würde, wäre das Land praktisch gesund.“

Der Ton macht die Musik. Wohl ist der Bund zur Hilfe bei Arbed bereit, aber das Land muß mit vernünftigen Vorschlägen zu einer, wenn nicht Sanierung, so doch Kostenreduzierung beitragen. Solche Vorschläge sind freilich unpopulär. Sie bedeuten Personalabbau und andere lästige Eingriffe. Wenn nun der Eindruck entsteht, daß die Landesregierung sich da einfach herauskomplimentieren will – zumal dann, wenn sie subtil denunzierende Alarmbriefe bis zum Bundespräsidenten abschickt –, erwächst daraus Mißtrauen in ihren guten Willen.

Der ehemalige Saar-Wirtschaftsminister Rehberger (FDP) hat den Verdacht ausgesprochen, daß Lafontaine Arbed in den Konkurs treiben könnte, um die Schuld der Bundesregierung (lies: Union und FDP) zuschieben zu können. Das Schlimme daran ist, daß niemand guten Gewissens Rehberger rügen konnte, einen zwar politisch mißliebigen, menschlich aber über jeden Verdacht erhabenen Gegner verleumdet zu haben; allenfalls fragt man, ob Lafontaine so ein Vabanquespiel riskieren kann.

Lassen wir offen, was er tatsächlich plant, weil niemand das wissen kann. Stellen wir nur fest: Ob er dergleichen wagen kann, hängt davon ab, ob er der Bundesregierung zutraut, ihn öffentlich mit solcher Überzeugungskraft zu kritisieren. daß er am Ende der Verlierer ist.

Denn staatsrechtlich sind Fragen der „Bundestreue“ oder des „bundesfreundlichen Verhaltens“ nur schwer zu fassen, wenn es über Verletzung oder Nichterfüllung von Gesetzen hinausgeht. Lafontaine ist konkret kaum etwas nachzuweisen, zumal da er erst wenige Monate im Amt ist und die Misere des Saarlandes aus welchen Ursachen immer, aber jedenfalls unter einer CDU-Regierung entstand. Vor allem aber: Das Problem liegt nicht nur im Streit über Arbed als solches, sondern darin, ob Lafontaines Regierung eine wirtschaftsfreundliche Aura umgibt.

Insider wissen, daß er sich für Pieroths Vorstellungen für Wirtschaftsförderung in Berlin interessiert hat. Nach außen aber ist nicht bekannt, was daraus geworden ist; nach außen sind nur sein antiamerikanischer Affekt und jetzt seine zweifelhaften Stahlbäder bekannt. Ist das ermutigend für Investoren? Wenn nein, was folgt daraus?

Bund, Land und eine Fabrik: Arbed Saarstahl FOTO: FERDI HARTUNG

Das sprichwörtlich gewordene Süd-Nord-Gefälle ist nicht allein eine Strukturfrage. Es ist insbesondere eine Frage des politischen Klimas. Wenn in Hamburg und Bremen die Qualität der Schulen sinkt und tüchtige Leute nicht mehr gern dorthin gehen, weil sie ihre Kinder nicht solcher Erziehung aussetzen wollen; wenn Hessen gegen den Protest des Bundes wie auch vieler Gemeinden eine regelrechte Einschleusungspolitik für Asylanten und andere betreibt; wenn Hessen und Nordrhein-Westfalen aus offenbar unsachlichen Gründen gegen die Atomwirtschaft losschlagen und überhaupt gerade die Zukunftsindustrien von bestimmter Seite verteufelt werden und diese Seite in gewissen Ländern regiert; wenn da und dort gegen Übergriffe selbsternannter Menschheitsbeglücker das Gesetz laxer angewendet wird als anderswo – wenn das alles so ist, dann mögen Politiker das ernst nehmen oder nicht. Diejenigen, die Verantwortung für Investitionen tragen und langfristig planen müssen, nehmen solche Tendenzen ernst; nicht mit Unrecht.

Besonders kritisch wirkte sich das in Berlin zur Vogel-Zeit aus, als Hausbesetzungen und Straßengewalt rapide zunahmen und mit ihnen die Sorgen der Wirtschaft. Wäre die SPD nicht bald abgewählt worden, hätte es zur Katastrophe kommen können.

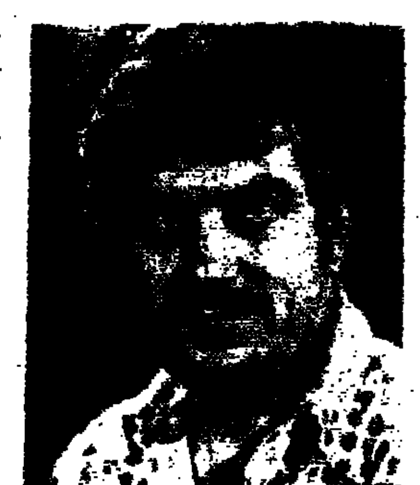
Die Republik kann es sich, verkürzt gesagt, nicht leisten, daß in gewissen Regionen vernünftig und in anderen Regionen anders gewirtschaftet wird und letztere kaltblütig die Hand gegenüber ersteren aufhalten unter Hinweis auf Artikel 107. Aber das ist keine Sache der Weisung oder gar der Bundesexekution nach Artikel 37 des Grundgesetzes. Das ist eine Frage des fundamentalen föderalistischen Konsenses, auch Bundestreue genannt. Man kann in Details verschiedener Meinung sein. Wenn aber die ideologischen Differenzen ins Fundament schneiden und das zwar im Bonner Parlament noch in der Polemik steckenbleibt, in den Ländern aber praktiziert wird – wenn, mit anderen Worten, der Konsens selbst schal wird, womit soll man ihn salzen? Die Überlegung kommt auf uns zu.

IM GESPRÄCH Uzi Baram

Der Nadelstichler

Von Rafael Seligmann

Uzi Baram, der agile 48jährige Generalsekretär der israelischen Arbeiterpartei, gilt als das As im Ärmel des israelischen Premierministers Shimon Peres. Über diesen, der seit gut einem Jahr als Chef des Koalitionskabinetts der nationalen Einheit regiert, geht der Verdacht um, er denke nicht daran, wie verabredet, 1986 mit dem Chef des Likud, Außenminister Yitzhak Shamir, die Ämter zu tauschen. Es heißt, Peres wolle, wenn schon nicht die Alleinregierung der Arbeiterpartei – was durch das israelische Verhältniswahlrecht so gut wie unmöglich gemacht wird –, zumindest eine kleine Koalition unter dem Patronat der Arbeiterpartei, ganz nach dem Muster von Staatschef David Ben Gurion, seinem politischen Ziehvater.



Soll Peres an der Macht halten: Baram FOTO: CAMERA PRESS

Beobachter deuten Peres' Politik als Doppelstrategie. Er und seine Ministerkollegen aus der Arbeiterpartei geben sich ganz als Staatsdiener, denen das Wohl des Landes über jedes opportunistische Kalkül geht. Gleichzeitig jedoch habe Parteigeneral Baram die Aufgabe, die Konfrontation gegen den Likud vorzubereiten.

Das ist keine leichte Aufgabe. Die national-liberale Allianz von Außenminister Shamir spielt nur zähneknirschend die undankbare Rolle des Juniorpartners und richtet alle Hoffnung auf den kommenden Frühsommer, in dem sie die wichtigsten Schalthebel der Macht besetzen will.

Baram, der an Gewandtheit Shimon Peres kaum nachsteht, hat sich für das Verfahren der immer tieferen Nadelstiche entschieden. Es stünde der Arbeiterpartei schlecht an, als Seniorpartner einen Bruch der Koalition herbeizuführen. Baram versucht daher, den Likud so lange zu provozieren, bis dieser verbittert die Koalition verläßt. Im Besitz der Regierungsmaschinerie und des Amtsbonus für einen allmählich Popularität gewinnenden Peres, erhofft man sich so einen deutlichen Vorsprung in den dann fälligen Knesset-Wahlen.

Barams Taktik ist simpel, aber wirkungsvoll: Durch eine Flut von parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktionen sollen Friedensbereitschaft und Wirtschaftskompetenz der Arbeiterpartei demonstriert werden. Gleichzeitig versucht man, den Likud in eine Konfrontation mit seinem rechten Wählerpotential zu treiben.

Hier setzt Baram auf die Zerstrittenheit des Likud, die er vereint mit Peres zu vertiefen sucht. Yitzhak Shamir ist als Außenminister noch blasser als zuvor als Regierungschef. Durch direkte Kontakte mit Kairo und Washington möchte Peres Shamirs Politik desavouieren. Dies wiederum ruft den bei den Massen populären Exgeneral Ariel Sharon auf den Plan, der für eine klare Politik der Konfrontation gegenüber der PLO und den radikalen arabischen Staaten eintritt. Schließlich meldet Vizepremier David Levi seine Anwartschaft auf die Nachfolge Shamirs an. Levi, ein orientalischer Jude, fürchtet, daß die sozial schwächeren, aus den arabischen Ländern eingewanderten Juden durch die Sparpolitik der Regierung dem Likud entgleiten könnten. Daher tritt er für Mäßigung in der Innen- und Außenpolitik ein.

Uzi Baram ist entschlossen, durch eine Dynamisierung seiner Konfliktstrategie diese für die Arbeiterpartei insgesamt günstige Situation auszunutzen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

SÜDWEST PRESSE

Das Ulmer Blatt fordert ein Streikgesetz:

Nun fährt der Bürger fast immer dann am besten, wenn sich der Staat aus seinen Angelegenheiten heraushält. Und so könnte man den Aufruf sehr begrüßen, daß Arbeitgeber und Gewerkschaften die Formen ihrer Auseinandersetzungen selbst bestimmen sollten, wenn die Folgen dieses Streiks nur von den Beteiligten auszuhalten wären. Doch zeigte der letzte große Tarifstreit in der Metallindustrie, daß seine Folgen entschieden das gemeine Wohl berührten. Und genau da ist der Gesetzgeber gefordert. Es geht nicht an, daß die Machtkämpfe der Tarifparteien zu Lasten unbeteiligter Bürger oder auf Kosten der öffentlichen Hand ausgetragen werden.

Neue Zürcher Zeitung

Sie bemängelt das Fehlen einer verbindlichen Einsatzdoktrin der NATO für chemische Waffen:

Die Frage der Stationierung von neuartigen Giftgaswaffen müßte im Rahmen der NATO besprochen und geklärt werden ... Die Tatsache, daß eine internationale Konvention den Gebrauch von Chemiewaffen verbietet und daß die USA und die Sowjetunion seit Jahren über ein allgemeines Verbot der Produktion und der Lagerung unter gegenseitiger Kontrolle verhandeln, hat bisher als Begründung dafür gedient, dieses heikle Thema nicht anzufassen. Die Sowjetunion deutet in der Frage von Kontrollen von Zeit zu Zeit Entgegenkommen an, aber hat im konkreten Fall Inspektionen immer wieder als „Spionage“ abgelehnt. Sie dürfte auch weiterhin auf Zeit spielen und die im Westen verbreitete Abneigung gegenüber dem garstigen Gegenstand für ihre Zwecke wirken lassen.

Badische Zeitung

Die Freiburger Zeitung schreibt zur neuen Spendenaffäre

Jetzt trifft die SPD das bittere Los des der Heuchelei bezichtigten Pharisäers. Das ist für den Betroffenen härter (und für die schadenfrohe Umwelt nebenbei gesagt prickelnder), als wenn einer der Sünde überführt wird, dem das ohnehin alle zugetraut hatten. Die höheren Ansprüche an die Moral schlagen nun also in um so drastischere Verurteilungen um. Auch im Fall der SPD hat allerdings zu gelten, was jedem Beschuldigten zugebilligt wird: daß erst einmal zu beweisen ist, was behauptet wird ... Keiner wird dadurch entlastet, wenn nun auch die SPD belastet würde.

LIBERATION

Die Pariser Zeitung meint zu Kohls Stellungnahme zum Moskauer Vertrag:

Ein deutscher Kanzler, der 1985 offen von der Notwendigkeit eines Friedensvertrages in Europa spricht und den Akzent auf eine mögliche Revision der aus dem letzten Weltkrieg ererbten Grenzen legt, kann sicher sein, daß er in allen europäischen Regierungsämtern kalten Schweiß ausbrechen läßt, im Osten wie im Westen. Auch, wenn niemand – zumindest offiziell nicht – das Recht der Deutschen auf Wiedervereinigung bestreitet.

Die Liebesgrüße aus Moskau werden intensiv

Vielleicht kein Plakat, aber eine persönliche Botschaft für Brandt / Von Carl Gustaf Ströhm

Wir lassen uns kein Russenplakat umhängen.“ Dieses Wort des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, Ende Mai in Moskau ausgesprochen nach einer besonders freundlichen Aufnahme, ließ offen, was der ehemalige Bundeskanzler und Vater der Ostverträge damit gemeint hat. War das ein Aufschrei gegen die sowjetischen Umarmungen, denen Brandt nicht erst bei diesem Besuch ausgesetzt war? Oder wollte er damit jene Kritiker zurückweisen, denen die Umarmungen zwischen Brandt und dem jeweiligen sowjetischen Parteichef von Breschnew bis Gorbatschow unheimlich werden?

Die Sowjets nehmen allerdings auf solch subtile Überlegungen wenig Rücksicht. Zum fünfzehnten Jahrestag des deutsch-sowjetischen Vertrags richtete der neue Kreml-Chef Gorbatschow eine einzige persönliche Botschaft an einen deutschen Politiker: an Willy Brandt. Weder dem Bundespräsidenten noch dem Bundeskanzler noch schließlich dem an Brandts damaliger Ostpolitik nicht ganz unbeteiligten heutigen Bundesaußenminister wurde eine solche Auszeichnung zuteil; sie alle erhielten „kollektive“ Antworten.

Da Moskau in solchen Angelegenheiten nichts dem Zufall überläßt, kann man den Sinn dieser Anonymität leicht erkennen: Keiner der jetzt führenden sowjetischen Politiker möchte etwas tun oder sagen, was direkt oder indirekt als Stärkung oder auch nur Anerkennung der Autorität der Regierung Kohl gedeutet werden könnte.

Die Sowjetführung hat, wie schon bei früheren Anlässen, auch diesmal zu erkennen gegeben, daß sie in Bonn nicht die CDU/CSU, sondern möglichst bald wieder die SPD und am liebsten Brandt an der Regierung sehen möchte. Deshalb, und nicht etwa nur aus Dankbarkeit für früheres Verdienst beim Vertragsabschluß, wurde Brandt so demonstrativ geehrt, daß man fast meinen könnte, Gorbatschow betrachte die Sozialdemokraten in Bonn als eine Art Neben- oder Ersatz- oder eigentliche Regierung, mit der man in erster Linie Kontakt halten müsse. Ganz deutlich machte das der Kreml-Sprecher Leonid Samjatin, als er soeben die Bonner Opposition pries: dort seien „die Leute, die eine neue Phase der Entspannung suchen“.

Die Sowjets konstatierten mit Genugtuung, daß zwischen Moskau und der SPD „Übereinstimmung“ und sogar „Zusammenwirken in den wichtigsten und schärfsten Problemen der Gegenwart“ herrscht. Einer der Spezialisten für Sowjetpropaganda in Richtung Bundesrepublik, Nikolaj Portugalow, hat in einem Beitrag für die „Zeit“ die sowjetischen Absichten und Präferenzen recht offen dargelegt: Der „militärisch-industrielle Komplex“ der Bundesrepublik, vor allem das „bayerische Kalifornien“, wollten Bonn durch Mitwirkung am amerikanischen SDI-Programm wieder zur militärischen Großmacht machen. Portugalow konstatiert ein „Überhandnehmen revanchistischer Mentalität“ im politischen Leben der Bundesrepublik, besonders aber auf dem „rechten Flügel der CDU/CSU“. Nach dieser düsteren Analyse gerät Portugalow ins Schwärmen über SPD und Grüne, weil bei beiden „in Sicherheitsfragen ... Auffassungen vertreten werden, die den sowjetischen ähnlich und parallel sind“. Auch Genschers FDP erhält ein Lob: Ihre Führer gäben Anlaß zu Hoffnungen.

Es gehört in dieses Bild, daß dem offensiven, fordernden, wenn nicht gar herausfordernden Beitrag Portugalows auf der gleichen Seite der Hamburger Wochenschrift ein defensiver, gequält wirkender, schier um sowjetisches Verständnis bittender Aufsatz des stellvertretenden Unions-Fraktionsvorsitzenden Volker Rühe zum gleichen Thema gegenübergestellt wurde. Ist den durch den Tod von Alois Mertes und Werner Marx dezimierten Außenpolitikern der Union klar, welches Spiel hier gespielt wird? Für Moskau ist und bleibt eine Bonner „Wunschregierung“ wichtig, welche bereit ist, die Bundesrepublik den strategisch-politischen Zielvorstellungen des Kreml zu adaptieren. In dieser Hinsicht ist vom vielgepriesenen Gorbatschow nicht viel anderes zu erwarten als von seinen Vorgängern, allenfalls mehr Geschick in den Methoden.

Bei aller diplomatischen Freundlichkeit und dem amtlichen Optimismus, der zum fünfzehnten Jahrestag des Moskauer Vertrages in Bonn an den Tag gelegt wurde, sollte man sich vielleicht der Worte des jüngst verstorbenen langjährigen Botschafters Tito-Jugoslawiens in Moskau, Veljko Micunovic, erinnern. Der jugoslawische Diplomat und alte Kommunist wunderte sich schon 1970 darüber, daß Breschnew und die anderen sowjetischen Führer nur über einen einzigen nichtkommunistischen Politiker mit Begeisterung sprachen: über Willy Brandt. Und unbeschwert von allen diplomatischen Rücksichtnahmen notierte Micunovic in sein Tagebuch, daß seine sowjetischen offiziellen Gesprächspartner den Moskauer Vertrag und das Berlin-Abkommen als „großen Sieg der sowjetischen Politik“ gefeiert haben.

Die Geschichte eines Käfers: Er lief und lief und...

Europa sagt dem Käfer Adieu. Das Symbol des deutschen Wirtschaftswunders, das erfolgreichste Auto der Welt, der klassenlose Volkswagen fährt seine letzte Runde.

Von HEINZ HORRMANN

Die letzten 3000 Käfer für Europa waren für das Abschiedsfestival mit Prominenz und Blasmusik im Emdener Außenhafen fein herausgeputzt. Die Sondermodelle vom Typ Volkswagen, dem Dauerläufer, glänzten in Metallicfarben und hatten etliche Extras, die sonst nur auf Zusatzpreislisten stehen. So aufpoliert gehen sie an die letzten Käufer auf dem Kontinent. Die 50jährige Ära des erfolgreichsten Automobils der Welt geht zu Ende.

Es war ein Abschied in Raten. Bereits 1974, in der tiefsten Krise des Autokonzerns, rollte in Wolfsburg der letzte Käfer vom Band, ein Jahr später wurde in Deutschland die Werbung für das Auto eingestellt und 1978 beendete auch das Zweigwerk Emden die Produktion. Kunden in Europa, die danach aus Liebe und Verbundenheit immer noch nicht auf ein anderes Modell umsteigen mochten, konnten fortan Importkäfer aus Mexiko bestellen. In Zukunft wird das Modell, das entscheidend für die Motorisierung in der Bundesrepublik war und den Aufstieg des Wolfsburger Autokonzerns begründete, nur noch in der Dritten Welt produziert und verkauft. In Mexiko, Brasilien und Nigeria sollen zumindest bis zum nächsten Jahrzehnt die jährlichen Stückzahlen bei 120 000 liegen.

Für den deutschen Markt hat das Fahrzeug, das gerade wegen der Preiswürdigkeit und Wirtschaftlichkeit so gefragt war, keine Chance mehr, weil es bei den gering gewordenen Verkaufszahlen viel zu teuer würde. Im ersten Halbjahr 85 registrierte das Kraftfahrtbundesamt in Flensburg noch 2350 Neuzulassungen. Das macht einen Gesamtanteil von weniger als ein Prozent der neuen VW-Fahrzeuge im Inland aus. Selbst mit einem vom Werk subventionierten Preis von 11 950 Mark – soviel kostet der 34 PS starke „Abschiedskäfer" – liegt er nur noch 80 Mark unter dem modernen Polo und müßte nach normaler Renditekalkulation noch einige tausend Mark teurer sein.

Ein weiterer entscheidender Punkt für den endgültigen Abschied der, so VW-Sprecher Günther Hornig, „sehr schmerzlich ist", sind die neuen Abgasforderungen. Um sie zu erfüllen, müßte der Käfer-Motor völlig neu entwickelt werden. Schließlich ist der Käfer trotz aller Weiterentwicklungen und Verbesserungen längst nicht so sicher wie seine Nachfahren. In schnellen Kurven schlägt das Heck spontan aus und verlangt gekonnte Reaktionen des Fahrers, bei Seitenwind wird das „Krabbeltier" oft zum Abenteuer. Auf Autobahnbrücken, in Schneisen und beim Überholen von schweren LKWs taumelt es leicht aus der vorgegebenen Richtung. Auch die passiven Sicherheitselemente, wie Knautschzone, Flankenschutz können nicht mehr den hohen Wert eines Golfs oder Passat erreichen.

Ein wenig Wehmut und Abschiedsschmerz bleibt dennoch bei Autoenthusiasten. Die Faszination des Käfers durch sein sympathisches Äußeres, das Image als klassenloses Auto in der breiten Masse der Statussymbole auf Rädern ist nicht von der Zeit abgetragen worden. Er ist und bleibt, was bei der Entwicklung vor mehr als 50 Jahren seine wichtigste Vorgabe war: Ein echter Volkswagen.

Am Anfang standen die leeren Versprechen Adolf Hitlers nach dem Prinzip Hoffnung. Bei der Eröffnung der Automobilausstellung in Berlin versprach er 1934 den Deutschen, daß sie bald einen 100 Stundenkilometer schnellen, autobahnfesten Fünfsitzer bekommen werden, dessen Motor nicht mehr als sieben Liter Treibstoff auf 100 km verbraucht. Jeder könne sich ihn leisten, der genügend Geld für ein Motorrad gespart habe. Das Auto, das einfach konstruiert sei und niedrige Reparaturkosten garantiere, solle nämlich unter 1000 Reichsmark kosten.

Der Konstrukteur, Professor Ferdinand Porsche, der damals die Rede hörte, besaß zufällig einige Zeichnungen, die genau das darstellten, was Hitler verkündete. Es waren die Ausarbeitungen, die er für Zündapp und NSU gemacht hatte. Sofort schickte er Konstruktionsvorschläge für diesen Autotyp, den ursprünglich Opel (P 4) vorgeschlagen hatte, an das zuständige Ministerium in Berlin.

In seinen Memoiren erinnert sich Porsche: „Es kam uns sehr gelegen, daß es zwar zahlreiche deutsche Automobilhersteller gab, die durchaus bereit waren ihre eigene Version des Volkswagen zu konstruieren und zu bauen, aber keiner wollte mit anderen am gemeinsamen Konstruktionsziel zusammenarbeiten. Sie waren viel zu eifersüchtig aufeinander." Das war die Chance der Konstruktionsfirma Porsche, das Auto von A bis Z zu entwickeln, ohne die Hersteller zu beteiligen. Am 22. Juni 1934 wurde der Volkswagen-Konstruktionsvertrag geschlossen, der ein Preislimit von 1000 Reichsmark vorsah. Diese Zahl basiert auf einer anfänglichen Mindestproduktion von 1000 Wagen pro Tag.

Das Porscheteam mit 40 Ingenieuren arbeitete Tag und Nacht an den Detaillösungen, nachdem das Gesamtkonzept feststand. Schon damals verwandte „der Professor", wie er auch in der eigenen Familie nur genannt wurde, die volkstümliche Bezeichnung VW. Und schon vor der Geburt seines Lebenswerkes betonte er bei jeder Sitzung, daß es sich bei dem Volkswagen um ein vollwertiges, einfach zu handhabendes und trotz der leichten Bauweise zuverlässiges Fahrzeug handeln müsse.

Anfang 1936 waren die ersten fünf Volkswagen-Prototypen verfügbar, zusammengebaut in einer Garage, und schon im Spätsommer rollten 30 Versuchswagen durch Europa.

Die härteste Nuß für Porsche und die Chefs der deutschen Automobilfabriken, die seine Konstruktion bauen sollten, war die Preisgrenze von 1000 Mark. Als billigster deutscher Wagen in dieser Klasse wurde der Opel P 4 für 1450 Reichsmark verkauft. Eine allgemeine Preisanalyse half schließlich das Problem in den Griff zu bekommen. Nahezu 30 Prozent der Kosten eines Autos waren Steuern, 20 Prozent Verkaufsprovisionen, danach betrugen die reinen Herstellungskosten nur 50 Prozent des Verkaufspreises. Der Reichsverband Deutscher Automobilexperten schlug deshalb vor, das Auto von einer gemeinnützigen, staatlichen Gesellschaft bauen zu lassen, die keine

Das Ende: die letzten für Europa bestimmten Käfer aus Mexiko rollen in Emden von Bord FOTO: DPA

Der Vater: Ferdinand Porsche FOTO: HOFFMANN

Die Kinder- und Jugendjahre: der Volkswagen beginnt zu krabbeln FOTO: RUST

Steuern zu zahlen brauchte: der Arbeitsfront.

Damit stand der Preisrahmen, den Hitler freihändig vorgegeben hatte. Doch die Freude bei den Autokunden währte nicht lange. Im neugebauten Werk des „KdF-Wagens" wurden nicht Personenwagen produziert, sondern der von Soldaten hochgeschätzte Kübelwagen, ein Kriegsfahrzeug. Die „Volkswagen-Sparer" gingen leer aus.

Von Mißklängen war auch die erste Phase im stark beschädigten Wolfsburger Volkswagenwerk nach Kriegsende begleitet. Als die ersten runden Produktionszahlen gefeiert wurden, schrieben Arbeiter erbost auf die Frontscheibe des Jubelautos „10 000 Wagen – nichts im Magen – wer kann das vertragen?". Auch die Beurteilung des VW durch den neuen Chef Heinrich Nordhoff war 1948 niederschmetternd: „Er hat mehr Fehler als der Hund Flöhe. Von der Ausstattung her ist er ein armseliges Entchen." Große Begeisterung war auch nicht bei den Siegermächten zu spüren. Ohne viel Aufhebens gaben sie Werk und Auto 1949 den Deutschen zurück. Alle Kritiker haben sich getäuscht. Der Käfer entwickelte sich und trat seinen unvergleichlichen Siegeszug an. Ständig verbessert und aufgewertet, nie aber in den Grundzügen verändert, wurde er zum Symbol des Wirtschaftswunders. Das deutsche Weltauto bestimmte nicht nur die nationale Fertigung, in seinen besten Jahren verkaufte VW über 500 000 Autos in Amerika. Der „Beetle" wurde zum beliebtesten Produkt „made in Germany" und sammelte zugleich etliche Sympathiepunkte für das Land seiner Herkunft. Auf dem Höhepunkt der Käferwelle wurde das Auto sogar zum Hauptdarsteller eines Hollywoodfilms. Als „Herbie" mit der Nummer 53 auf den Türen, avancierte er zum Kinostar; ein Alleskönner zum Liebhaben. Ein bessere Werbung gab's wohl nie für ein Transportmittel ...

Im Februar 1972 erlief sich der Volkswagen den Titel „Produktions-Weltmeister". Er überholte Henry Fords legendäres T-Modell mit 15 Millionen Exemplaren. Bis heute liefen 20,7 Millionen dieses Typs von den Bändern des Konzerns. Davon sind noch rund acht Millionen in aller Welt im Einsatz, allein auf den deutschen Straßen mehr als eine Million.

Mitentscheidend für den Dauererfolg war die ständige Weiterentwicklung unter der unangetasteten Bukkelform. Insgesamt 78 000 Änderungen an technischen Details nahm VW allein zwischen 1948 und '74 vor. Zum Schluß blieben lediglich eine Leiste und eine Gummidichtung an der Heckklappe unverbessert.

Obwohl der Käfer im Herbst seines Autolebens mit einem cw-Wert von nahezu 5 gegenüber den Schöpfungen aus dem Windkanal (cw 0,35 im Schnitt) eher wie eine Windbremse aussah, sein Herz im Heck für heutige Verhältnisse viel zu schwach schlug und das Gesamtgewicht von 800 kg entschieden zu hoch war, glaubt einer der Nachfolger Ferdinand Porsches, Peter W. Schutz, Vorstandsvorsitzender der Porsche AG, daß man sich trotz der langen Bauzeit „immer noch zu früh vom genialen Käferkonzept getrennt habe".

Der Luftige: das erfolgreichste Cabriolet aller Zeiten FOTO: LEHMANN

Der Filmheld: „Herbie, ein toller Käfer" konnte – fast – alles FOTO: DPA

Das „starke Stück" oder Ein Verband gerät in Nöte

Kommt es zur ersten Spaltung eines Spitzenverbandes in der Bundesrepublik? Es geht um die Vertretung des deutschen Außenhandels. Angesichts – allem Anschein nach – völlig unnötiger personeller Querelen droht dem BGA der Austritt der Exporteure.

Von H.-J. MAHNKE

In die Schlagzeilen ist wieder einmal der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) geraten – durch Querelen, nicht durch Leistung. Wenn nicht rasch gehandelt wird, könnten die deutschen Exporteure ihre eigene Repräsentanz außerhalb des BGA aufbauen.

„Unerklärlich, ja unverständlich ist dies alles immer noch", kommentiert ein Insider. Angefangen; aber hier dürfte nach Ansicht von Beobachtern nicht der Grund liegen, hat es damit, daß am 7. Mai der Präsident des BGA, Klaus Richter, dem stellvertretenden Hauptgeschäftsführer des Verbandes, Hans-Andreas Siemann, fristlos gekündigt hat. Vorausgegangen war am 5. Mai der – erfolglose – Versuch, Siemann von sich aus zur Kündigung zu bewegen, wobei Krankheitsgründe vorgeschoben werden sollten.

Unverständlich war dieses schon damals, weil doch gegen Siemann nichts vorlag, jedenfalls nichts, auf das sich eine Kündigung gründen ließe. Eine Ansicht, die schon damals Sachkenner äußerten und die jetzt auch von der 4. Kammer des Arbeitsgerichts Bonn vertreten wurde. Damals grassierten die tollsten Gerüchte innerhalb des Verbandes, von denen nun kaum etwas übrig blieb. Letztlich ging der Streit um Spesenabrechnungen im Wert von weniger als 150 Mark (als kurios bezeichnen es Verbandsexperten, daß Richter Anweisung gegeben habe, ihm, dem Präsidenten, müßten alle Abrechnungen vorgelegt werden). Dabei wollte Siemann in dem einen schließlich noch offenen Punkt nachweisen, daß er die Ausgaben tatsächlich gehabt habe. Nur: Er kommt an die Unterlagen in seinem Büro nicht heran. Es ist verschlossen.

Aber für das Gericht spielte dies ohnehin keine Rolle. In der Verhandlung, so berichtete der Bonner „General-Anzeiger" in der vergangenen Woche, habe die Vorsitzende es als „starkes Stück" bezeichnet, daß der Verband „ehrenrührige" Behauptungen aufstelle und mit nichts als Vermutungen aufwarte. Jedenfalls stellte das Gericht die Rechtsunwirksamkeit der fristlosen Kündigung fest.

Zunächst sprach alles für einen Konflikt zwischen einem neuen Präsidenten – Klaus Richter ist erst seit November im Amt – und seinem Geschäftsführer. Dabei wurde Richter in Kreisen des Präsidiums nicht das „Recht" bestritten, sich von einem Mitarbeiter zu trennen. Problematisch wurde es jedoch innerhalb der Verbandsorganisation, als alle Bemühungen scheiterten, die Angelegenheit so zu regeln, wie in solchen Fällen üblich: Abfindung und angemessenen Abschiedsempfang.

Richter, Baustoffhändler aus Lübeck und dort langjähriger Präses der Handelskammer, ging darauf nicht ein. Immerhin wird Richter von Leuten, die ihn gut kennen, als klug und beherrscht charakterisiert, allerdings auch als hemdsärmelig und hartleibig. Trotzdem: „Daß ein norddeutscher Dickschädel seine Entscheidung nicht korrigieren mag, möglicherweise von seinem Hauptgeschäftsführer falsch beraten, macht keinen Sinn", so der Geschäftsführer eines Mitgliedsverbandes, der zu berichten weiß, daß Jürgen Stahlmann, der BGA-Hauptgeschäftsführer, schon bei Richters Vorgänger Hans Hartwig auf eine Ablösung Siemanns gedrungen hat.

Soweit mag man dieses noch als unerfreuliche Verbandsquerele abtun, wobei die „menschliche" Seite bei vielen in der Organisation wie ein Schock gewirkt hat. Nicht nur, daß Siemann seit Mai kein Gehalt mehr erhalten hat, sondern daß auch „Mitarbeiter" strampelten, um Positionen, die Siemann als Vertreter des BGA innehatte, an sich zu reißen.

Nur: Dieser Fall hat eine andere Dimension. Dabei spielt eine Rolle, daß es sich beim BGA um einen Spitzenverband handelt, einen Verband der Verbände. Mitglieder sind Regional- und Fachverbände. Dabei soll der BGA übergeordnete Aufgaben wahrnehmen. Der Unmut über die Arbeit des BGA keimte bereits in den vergangenen Jahren. Der Hauptnenner, der auch jetzt wieder vorgebracht wird, nachdem Ende Juni eine neue Beitragstabelle verabschiedet worden war: immer mehr Beiträge ohne mehr Leistung.

Als tragende Säule erwies sich immer mehr die Außenwirtschaft. „Und das war nun einmal Siemann." Dieser barocke, trotz seiner Leibesfülle ungewöhnlich umtriebige Mensch gilt nicht nur als Sachkenner, er verfügt über hervorragende Beziehungen, ist in den Ministerien angesehen, hält jedoch auch Kontakte zur „Basis", spricht sich mit Mitgliedsverbänden ab. „Auf den können wir nicht verzichten", heißt es in Kreisen des Hamburger Außenhandels, zumal der BGA es versäumt habe, für gleichwertigen Ersatz zu sorgen. Immerhin gehörte der 56jährige Siemann 21 Jahre – zuvor war er Referent der Handelskammer Lübeck – dem BGA an.

Siemann ist aber mehr: Er ist auch einer der beiden Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands des Deutschen Exporthandels (BDEX). Dieser Verband – hervorgegangen aus der Arbeitsgemeinschaft der Exporteurvereine – hat seit Ende der sechziger Jahre mit dem BGA einen Vertrag, wonach der BDEX eine Pauschale dafür bezahlt, daß der BGA – eigentlich Siemann – die Repräsentanz in Bonn wahrnimmt. Bei der fristlosen Kündigung war der BDEX aber noch nicht einmal konsultiert worden. Er sah auch überhaupt keinen Anlaß, sich von Siemann zu distanzieren.

Was soll jetzt geschehen? Der BGA will abwarten, bis die schriftliche Begründung des Urteils vorliegt und Folgerungen ziehen. Und das, obwohl der Hausjurist schriftlich Eile empfohlen und eine Prüfung angeregt hat, ob nicht doch noch eine gütliche Einigung möglich sein könnte.

Der BDEX hat seine Marschroute bereits Montag abend in Düsseldorf festgelegt. Danach wurde erneut bestätigt, „daß Hans-Andreas Siemann nach wie vor mit unveränderten Kompetenzen die Geschäftsführung des BDEX wahrnimmt". Und: „Der BDEX arbeitet an der Sicherstellung der Arbeitsmöglichkeiten seiner Präsenz in Bonn."

Dieses läßt, wie verlautet, mehrere Möglichkeiten offen. Favorisiert werden zwei Modelle: 1. Das Arbeitsverhältnis mit Siemann wird fortgesetzt; oder 2. es wird ein gemeinsames Außenhandelsbüro von BDEX und BGA geschaffen, geleitet von Siemann. Ventiliert wird auch der Austritt aus dem BGA und der Zusammenschluß des BDEX mit anderen am Außenhandel interessierten Kreisen. Finanziell gelten auch diese Möglichkeiten als darstellbar, weil auch der Druck aus den Firmen wächst, „den Sachverstand Siemanns" nicht ungenutzt zu lassen.

Hans-Jürgen Müller, der andere Geschäftsführer des BDEX: „Wir müssen rasch sicherstellen, daß wir weiterarbeiten können. Der BGA muß sich entscheiden." Für Freitag hat Richter einige Präsidialmitglieder zum Gespräch geladen. Immerhin geht es für den BGA darum, ob er seine Sprecherrolle für den Außenhandel halten kann. Sollte es zu einer Trennung kommen, die vom BDEX nicht angestrebt wird, dann wäre dies die erste Spaltung eines Spitzenverbandes in der Bundesrepublik.

Diente auch FDP-Stiftung als Geldwaschanlage?

PETER PHILIPPS, Bonn

Im Zusammenhang mit den Parteispenden-Ermittlungen unter der Überschrift „Flick" sind die Beamten auf Hinweise gestoßen, daß die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung sowie ihr FDP-Pendant Friedrich-Naumann-Stiftung als „Geldwaschanlagen" der Parteien gedient haben könnten. Auch die Spur zum ehemaligen Chef der Bank für Gemeinwirtschaft, Walther Hesselbach, wurde bei dieser Lektüre entdeckt. Außer in drei Hesselbach-Büros wurde daraufhin im Juni vergangenen Jahres bei umfangreichen Untersuchungen in den Stiftungs-Zentralen vielfältiges Material sichergestellt, das nun die Grundlage für gezielte Ermittlungen gegen die Stiftungen, ihre „Verantwortlichen" sowie Hesselbach gegeben hat. Ein Sprecher der Bonner Staatsanwaltschaft bestätigte in diesem Zusammenhang, daß auch gegen den Geschäftsführer der Friedrich-Ebert-Stiftung, Günter Grunwald, bereits ermittelt werde und noch weitere leitende Mitarbeiter in den Verdacht der Steuerhinterziehung geraten könnten.

Im Zuge der Parteispenden-Untersuchungen sind die Beamten offenbar auch mehrfach auf Versuche gestoßen, belastende Buchungsvorgänge nachträglich zu korrigieren. Doch dies sei nach den bisherigen Erkenntnissen immer „kläglich gescheitert".

Der CDU/CSU-Obmann in diesem Untersuchungsausschuß, Heinz Günter Hüsch, forderte in dem Zusammenhang die Ebert-Stiftung auf, über den Verbleib von weiteren 2,8 Millionen Mark, die sie vom Flick-Konzern erhalten habe, ebenfalls Auskunft zu geben.

Wegen Weinskandal zurückgetreten

dpa, Mainz/Düsseldorf

Personelle Konsequenzen aus dem Weinskandal und den damit zusammenhängenden Versäumnissen im Fachministerium des deutschen Weinbaulandes Nummer eins, Rheinland-Pfalz, hat Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) bekanntgegeben. Vogel erklärte, er habe das Rücktrittsgesuch des Staatssekretärs im Weinbauministerium, Ferdinand Stark, angenommen, der die Verantwortung für Verzögerungen bei der Unterrichtung über das Auftauchen von Weinen mit der Chemikalie Diethylenglykol übernommen habe.

Unterdessen hat die rheinland-pfälzische Weinhandelsfirma Ferdinand Pieroth dem nordrhein-westfälischen Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) mit „Schadensersatzforderungen in Millionenhöhe" gedroht. Pieroth wirft dem Ministerium vor, im Zusammenhang mit dem Weinskandal mehrfach Untersuchungsergebnisse über gepanschte Produkte „ungeprüft" veröffentlicht zu haben. Dabei seien in „geschäftsschädigender Weise" Abfüllungen aus seinem Hause genannt worden.

Das NRW-Umweltministerium versicherte demgegenüber, daß Untersuchungen im Zweifelsfall mehrfach wiederholt würden und daß die Klage der Firma Pieroth nicht verfange; aus „Falschmeldungen" seien bereits „unabsehbare wirtschaftliche Schäden" entstanden.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

WELT-Interview mit Kanzler Helmut Kohl zu Bonner Personalien und zum Disput um die Außenpolitik

„SDI und Eureka keine unterschiedlichen Optionen"

DW. Bonn

WELT: Herr Bundeskanzler, kaum hatten Sie Ihren Urlaub angetreten, brach ein Streit über Grundlinien und Begriffe der Außenpolitik aus. Während der Bundesaußenminister von der Möglichkeit einer „neuen Phase realistischer Entspannungspolitik" sprach, fragte der CSU-Vorsitzende Strauß, worin eine solche neue Phase eigentlich bestehe. Beide Koalitionspolitiker beriefen sich in ihren Äußerungen auf Sie. Wie ist Ihre Meinung?

Kohl: Die Grundlinien der deutschen Außenpolitik sind in der Regierungserklärung niedergelegt und zwischen allen Koalitionspartnern unbestritten. Die gegenwärtige Diskussion bezieht sich auf Entwicklungen in den Ost-West-Beziehungen, die seit der Jahreswende in Gang gekommen sind und die von den verschiedenen Seiten mit unterschiedlichen Erwartungen verknüpft werden. So hat die gemeinsame Erklärung des amerikanischen Außenministers Shultz und des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 8. Januar zur Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle geführt, die 1983 von Moskau abgebrochen worden waren. Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow haben für November in Genf ein gemeinsames Gipfeltreffen vereinbart. Washington und Moskau haben in diesem Jahr eine Reihe zweiseitiger Gespräche über regionale Konflikte aufgenommen, so über Afghanistan, über Nahost, Mittelamerika, südliches Afrika und Südostasien. Sicherlich hat es noch keine spektakulären Ergebnisse gegeben, aber der Dialog wird geführt, und zwar auf allen Ebenen, auf der politischen, der wirtschaftlichen wie aber auch im Bereich der Sicherheit. Die Bundesregierung hat intensiv daran mitgewirkt, daß sich die Beziehungen zwischen den beiden Weltmächten wieder entwickeln. Das ist die Voraussetzung dafür, daß auch die Europäer in West wie Ost ihre Beziehungen ausbauen und intensivieren können.

Die Ergebnisse dieses Prozesses sind heute noch nicht abzusehen. Deshalb ist es nicht überraschend, daß manche die Chancen optimistischer einschätzen als andere. Ich selbst werde jedenfalls alles tun, daß dieser Verständigungsprozeß zwischen West und Ost fortgeführt wird und positive Ergebnisse möglich werden.

WELT: Auch in der Diskussion um die Strategische Verteidigungsinitiative der USA (SDI) und Eureka scheint in Bonn noch keine volle Klarheit erreicht worden zu sein. Handelt es sich bei SDI und Eureka um Ergänzungen oder um Stellvertreter-Begriffe für zwei unterschiedliche außenpolitische Optionen? Hier gibt es offenbar bei uns intern und von seiten der Verbündeten an unsere Adresse unterschiedliche Auffassungen.

Kohl: Wer die Erklärungen der Bundesregierung zur Kenntnis nimmt und das, was wir konkret tun, kann keinen Zweifel an unserer Position haben. In der gemeinsamen Erklärung der Bundesregierung vom März und in meiner Regierungserklärung vom April kommt klar zum Ausdruck, daß wir die amerikanischen Forschungen über ein Strategisches Verteidigungssystem (SDI) für gerechtfertigt halten. Die Sowjetunion betreibt seit zwei Jahrzehnten vergleichbare Forschungen. So hat der sowjetische Ministerpräsident Kossygin schon im Februar 1967 darauf hingewiesen, daß ein Defensivsystem, das einen Angriff verhindere, keine neue Quelle für ein Wettrüsten sei. Das Ziel eines Antiraketensystems sei es nicht, Menschen zu töten, sondern menschliches Leben zu retten. Präsident Reagan will nichts anderes. Außerdem hat die Bundesregierung immer gesagt, daß solche Forschungen in den USA und in der Sowjetunion in kooperative Lösungen einmünden müssen. Und darüber muß in Genf verhandelt werden.

Gleichzeitig hat die Bundesregierung ihre Bereitschaft erklärt, Möglichkeiten einer Zusammenarbeit im Forschungsbereich zu prüfen. Sie hat dafür klare Bedingungen genannt. Anfang September wird eine gemischte Regierungs- und Industriedelegation nach Washington reisen, um die Voraussetzungen für eine solche Zusammenarbeit zu untersuchen. Anhand der Ergebnisse wird die Bundesregierung dann entscheiden, was sie zu tun gedenkt. Wir lassen uns dabei nicht unter Zeitdruck setzen.

Dies gilt auch für Eureka. Die Bundesregierung hat auf diesen französischen Vorschlag sofort positiv reagiert und innerhalb von drei Tagen die Gespräche mit der französischen Regierung auf Arbeitsebene aufgenommen. Der Europäische Rat hat in Mailand dieses Vorhaben unterstützt. Inzwischen hat es in Paris eine erste Konferenz der Teilnehmerstaaten gegeben. Die nächste Konferenz wird im November in Hannover stattfinden. Konkret geht es jetzt darum, die Technologie-Projekte zu bestimmen, die wir gemeinsam in Europa in Angriff nehmen wollen. Wir haben immer gesagt, Eureka muß mit SDI kompatibel sein. Insofern handelt es sich nicht um zwei unterschiedliche außenpolitische Optionen. Wenn die Europäer verstärkt zusammenarbeiten und auf diese Weise ihren technologischen Standard erhöhen und ausweiten, dann verbessert das auch ihre Position gegenüber den USA. Dann wird die Diskussion über eine technologische Zweibahnstraße zwischen Amerika und Europa weniger theoretisch sein als heute, sondern stärkeren Bezug zur Realität haben.

WELT: Sie haben sich seit langem für eine Begegnung zwischen Präsident Reagan und dem sowjetischen Parteichef ausgesprochen. Welche Chancen für die Belebung konstruktiver Ost-West-Verhandlungen sehen Sie in dem Genfer Treffen im Spätherbst?

Kohl: Ich bin bereits 1982 bei meinem ersten Gespräch mit Präsident Reagan für ein Gipfelgespräch mit dem sowjetischen Generalsekretär, damals war es Andropow, eingetreten. Als ich dann im Juli 1983 in Moskau war, habe ich auch bei Generalsekretär Andropow für ein solches Treffen geworben. Ich bin deshalb sehr zufrieden, daß es jetzt endlich im November zu einer solchen Begegnung zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem sowjetischen Generalsekretär kommt. Sicherlich darf man die Erwartungen nicht zu hoch ansetzen. Es ist wichtig, daß sich die höchsten Repräsentanten beider Weltmächte persönlich kennenlernen und sich gegenseitig besser einschätzen können und nicht nur über öffentliche Erklärungen miteinander sprechen.

Niemand weiß heute, ob dieses Gipfeltreffen erste konkrete Ergebnisse bringen wird, aber es kann wichtige Impulse geben, z. B. für die Rüstungskontrollverhandlungen in Genf, für die Konferenzen in Stockholm und Wien. Ich bin sicher, daß beide Seiten die Gespräche sorgfältig vorbereiten werden. Die Bundesregierung wird sich daran intensiv beteiligen und ihre Vorstellungen dazu einbringen.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist bereits in der Gemeinsamen Erklärung von Präsident Reagan und mir anläßlich unserer Gespräche am 30. November 1984 in Washington erfolgt. Ich möchte noch einmal ausdrücklich daran erinnern. In dieser Erklärung hat Präsident Reagan seine Bereitschaft zu regelmäßigen Gesprächen und Zusammenkünften unterstrichen, um in allen Fragen des Friedens, der Sicherheit und der internationalen Stabilität mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten.

Wir haben auch noch einmal die Prinzipien bekräftigt, die für einen solchen Dialog gelten müssen: die Anerkennung gegenseitiger legitimer Sicherheitsinteressen; Gleichberechtigung aller Beteiligten; Verzicht auf militärische Potentiale, die über die legitimen Verteidigungserfordernisse hinausgehen, und strikte Einhaltung des Gewaltverzichts, wie er in der UN-Charta verankert ist.

Wenn Generalsekretär Gorbatschow bereit ist, auf der Grundlage dieser Prinzipien eine Politik der Verständigung und Zusammenarbeit mit den USA einzuleiten, dann besteht eine Chance zu konstruktiven Beziehungen zwischen Ost und West. Wir sind fest entschlossen, auf diesem Weg voranzugehen.

WELT: Speziell auf dem Gebiet der innerdeutschen Beziehungen besteht Handlungsbedarf. Sehen Sie Möglichkeiten zum Beispiel für den Abschluß eines Kulturabkommens mit der „DDR" unter Einbeziehung West-Berlins?

Kohl: Es ist eine vorrangige Aufgabe der Bundesregierung, die Not zu lindern, die sich aus der Teilung Deutschlands für die Menschen ergibt. Dies erfordert geduldige und zielstrebige Anstrengungen. Unsere Deutschlandpolitik ist nicht ohne Erfolg geblieben, weil sie klar, berechenbar und pragmatisch ist.

„Kein Bürger hätte Verständnis, wenn wir fast eineinhalb Jahre vor der nächsten Bundestagswahl über die Verteilung von Kabinettsposten diskutieren würden." Bundeskanzler Helmut Kohl im Interview mit der WELT. Die Fragen stellten Herbert Kremp und Manfred Schell.
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

In den fast drei Jahren meiner Regierungszeit haben wir trotz angespannter Ost-West-Lage spürbare Verbesserungen für die Menschen im geteilten Deutschland erreichen können. Ich erinnere nur an die beträchtliche Zunahme von Übersiedlern aus der DDR, an die Senkung der Mindestumtauschsätze für Rentner und Jugendliche, an die positive Entwicklung im Bereich des Reiseverkehrs. Hervorheben möchte ich auch die wirtschaftlichen Vereinbarungen, die wir Anfang Juli mit der DDR abgeschlossen haben. Im Bereich des Umweltschutzes gehen die Gespräche gut voran. Auch die Verhandlungen mit der DDR über die Grunderneuerung von Teilstrecken der Autobahn Berlin–Hirschberg kommen in diesen Tagen zum Abschluß. Ich bin zuversichtlich, daß wir in der Frage eines Kulturabkommens, das Sie angesprochen haben, noch in diesem Jahr zu einem Verhandlungsabschluß kommen können.

WELT: „Das große Wasser nimmt das kleine mit..." Damit haben Sie selbst zum Ausdruck gebracht, daß die Breite des innerdeutschen Handlungsspielraums ein Ergebnis der Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion ist. Gibt es Anzeichen dafür, daß sich seit langem bestehende Wünsche – zum Beispiel die Senkung des Reisealters für die Bürger der „DDR" – realisieren lassen?

Kohl: Ich habe immer wieder gesagt, daß vernünftige Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion sich insgesamt günstig auf die Beziehungen zwischen den kleineren und mittleren Staaten in Ost und West und insbesondere auf die innerdeutschen Beziehungen auswirken können. Meine Begegnung mit Generalsekretär Honecker am 12. März 1985 in Moskau hat in den deutsch-deutschen Beziehungen eine Bewegung in Gang gesetzt, die andauert. Wer heute Deutschlandpolitik betreibt, muß sich aber den Blick für Realität und Nüchternheit bewahren. Der 13. August 1961, der Tag des Mauerbaus, gemahnt uns: Solange Deutschland geteilt ist, solange es Mauer und Stacheldraht zwischen den beiden Teilen Deutschlands gibt, solange unseren Landsleuten in der DDR Menschenrechte vorenthalten werden, müssen wir alle Anstrengungen daran setzen, die Grenzen durchlässiger zu machen, um die Menschen zueinanderzubringen.

So positiv es auch ist, daß die Reisen aus der DDR in dringenden Familienangelegenheiten in diesem Jahr deutlich zugenommen haben, so nachdrücklich und beharrlich werden wir nach wie vor eine grundlegende Verbesserung der Möglichkeiten der Begegnung der Menschen in beiden Staaten in Deutschland fordern. In diesem Zusammenhang weise ich auf die im „Neuen Deutschland" abgedruckte Erklärung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR aus Anlaß des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki hin.

WELT: Die Europapolitik Ihrer Regierung steht und fällt mit der Mitwirkung Frankreichs. Hier ist seit neuestem Distanz zu verspüren. Wir erinnern an den letzten EG-Gipfel in Mailand und an die militärtechnische Zusammenarbeit „Jäger 90".

Kohl: Es gibt keine Distanz zwischen Frankreich und uns. Seit den freundschaftlichen Beziehungen zwischen Konrad Adenauer und Charles de Gaulle war das Verhältnis zwischen der Bundesregierung und der französischen Regierung nie besser und enger als heute. Es gab zu keinem Zeitpunkt so häufige und intensive Kontakte und Gespräche zwischen beiden Regierungen wie in den letzten drei Jahren – und zwar auf allen Ebenen. Gerade der EG-Gipfel in Mailand hat bewiesen, wie eng wir zusammenwirken. Schließlich haben wir gemeinsam einen Vertragsentwurf für die Europäische Union im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik vorgelegt. Damit haben wir den Anstoß dafür gegeben, daß im September auf einer Sonderkonferenz der Außenminister aller EG-Staaten auf dieser Grundlage weitergearbeitet werden kann. Es bleibt ein Grundprinzip meiner Außenpolitik, daß die enge Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland die Voraussetzung dafür ist, Fortschritte im Europäischen Einigungsprozeß zu erzielen. Die enge deutsch-französische Freundschaft ist ein Faktor der Stabilität und des Friedens in Europa.

Dies wird auch in Zukunft unterschiedliche Interessen und Meinungen nicht ausschließen. Deshalb müssen beide Seiten immer wieder daran arbeiten, das gegenseitige Verständnis zu fördern. Dies gilt natürlich auch für das Projekt „Jäger 90". Wenn die Entwicklung eines gemeinsamen Kampfflugzeuges für die 90er Jahre heute Probleme aufwirft, dann liegt das auch daran, daß das gemeinsame Projekt 1981 von dem damaligen SPD-Verteidigungsminister Apel in der Regierung von Helmut Schmidt aufgegeben worden ist. Während Frankreich seine Konzeption weiter verfolgt hat, ist die deutsche Industrie daran gehindert worden und jetzt ins Hintertreffen geraten. Wir zahlen heute die Zeche für das Versagen der SPD.

Dennoch wollen Frankreich und wir unsere Bemühungen fortsetzen, doch noch zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen.

WELT: Aufmerksamkeit erregte Ihr Hinweis, daß Sie sich für den Fall des Wahlsieges 1987 die volle Entscheidungsbreite bei der Bildung des Kabinetts vorbehalten, das Außenministerium eingeschlossen. Was hat Sie veranlaßt, an diese Selbstverständlichkeit des Grundgesetzes (Art. 64) zu erinnern?

Kohl: Sie haben recht, daß ich mit meiner Erklärung nur an eine Selbstverständlichkeit erinnert habe. Aber gelegentlich ist auch das nötig, um eine öffentliche Diskussion zu beenden, die so überflüssig ist wie ein Kropf. Außerdem hätte kein Bürger Verständnis, wenn wir heute, fast 1½ Jahre vor der nächsten Bundestagswahl, über die Verteilung von Kabinettsposten diskutieren würden.

WELT: In Bonn wird viel über eine Kabinettsumbildung nach den Parlamentsferien gesprochen. Bislang ist nur bekannt, daß Heiner Geißler durch eine Ministerin ersetzt werden soll. Wird die Umbildung damit ihr Bewenden haben?

Kohl: Die Erfahrung in Bonn zeigt, daß nichts so interessant ist wie Spekulationen über Personen. Dies ist auch einfacher, als sich über Sachthemen auseinanderzusetzen. Dies gilt sowohl für Politiker wie für die Medien. Ich werde mich aber daran nicht beteiligen.

Die Ausreisepraxis von Warschau führt zu Irritationen in Bonn

Viele „Touristen" aus Polen bleiben, aber nur wenige Umsiedler kommen

BERNT CONRAD, Bonn

Die Bundesregierung sieht sich gegenüber Polen zunehmend in einer Zwickmühle: Sie registriert zwar wachsende Zahlen deutscher Aussiedler, muß aber gleichzeitig feststellen, daß mehr als 90 Prozent von ihnen keine polnische Umsiedlungsgehmigung besitzen, sondern als Touristen oder Besuchsreisende die Grenze überschritten haben und nun nach amtlicher polnischer Auffassung „illegal" in der Bundesrepublik bleiben wollen.

Das Problem für Bonn besteht darin, daß die „Illegalen" – auch wenn sie unbestreitbar deutscher Volkszugehörigkeit sind – auf absehbare Zeit keine Familienangehörigen nachholen dürfen; die Regierung in Warschau weigert sich sogar, in solchen Fällen „Interventionsnotizen" der deutschen Botschaft entgegenzunehmen. Andererseits geben die polnischen Behörden kaum noch offizielle Umsiedlungsgenehmigungen aus. Diese unerfreuliche lage widerspricht nach Ansicht der Bundesregierung dem Sinn der deutsch-polnischen Vereinbarungen.

Staatsminister Jürgen Möllemann hat die jüngste Entwicklung dem CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Czaja in einer brieflichen Auskunft exakt beschrieben: „Für einen Antrag auf Ausreise aus Polen im Wege der Aussiedlung oder Familienzusammenführung ist die im Zusammenhang mit dem Warschauer Vertrag abgestimmte und aufgrund der ‚Offenhalteklausel' im Ausreiseprotokoll vom 9.10.1975 fortgeltende ‚Information' der polnischen Regierung vom 7. 12. 1970 Berufungsgrundlage", heißt es dort.

„Tatsächlich wird die ‚Information' – insbesondere durch Bezweifeln der deutschen Volkszugehörigkeit – so restriktiv gehandhabt, daß z. B. von den 7973 Aussiedlern im ersten Halbjahr 1985 nur 692 (gleich 8,7 Prozent) mit Genehmigung der polnischen Behörden umsiedeln konnten", schreibt Möllemann weiter. Die anderen – 7281 (gleich 91,3 Prozent) – hätten Besuchs- oder Touristenreisen für die oft abgelehnte Aussiedlung benutzt. In der Praxis werde Ehegatten und minderjährigen Kindern solcher „Illegaler" die Ausreise frühestens nach drei Jahren gestattet.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat nach Angaben Möllemanns schon bei seinem Kurzbesuch in Warschau im März 1985 „eindringlich an die polnische Regierung appelliert, zu einer dem Geist der getroffenen Vereinbarungen entsprechenden Praxis zurückzukehren. Hierzu gehören u. a. die Anerkennung der deutschen Volkszugehörigkeit Ausreisewilliger, auch wenn sie aus von ihnen nicht zu vertretenden Gründen der deutschen Sprache nicht mächtig sind, größeres Wohlwollen in ‚Illegalen'-Fällen und die vorbehaltlose Entgegennahme von Interventionsnotizen".

Dieser Appell blieb ebenso wirkungslos wie ähnliche, von Bundesratspräsident Lothar Späth am 10. Juni 1985 in Warschau erhobene Forderungen und intensive Demarchen des deutschen Chefdelegierten Eickhoff auf dem KSZE-Menschenrechtstreffen in Ottawa. Eickhoff hat in Ottawa sowohl im Konferenzplenum als auch im bilateralen Meinungsaustausch die polnische Seite zur Änderung ihres Verhaltens aufgefordert. Doch nichts geschah.

Darum sprach Genscher das Thema noch einmal mit Nachdruck an, als er am 31. Juli am Rande der KSZE-Jubiläumstagung in Helsinki mit dem polnischen Außenminister Stefan Olszwoski zusammentraf. Ihre Begegnungsstätte, die Residenz des polnischen Botschafters – so erinnerte der Bundesaußenminister seinen Kollegen – sei der historische Ort, an dem 1975 Bundeskanzler Helmut Schmidt und Parteichef Edward Gierek die deutsch-polnische Ausreisevereinbarung vorbereitet hätten. Leider werde die damals ins Auge gefaßte Offenhalteklausel heute äußerst restriktiv gehandhabt. Genscher fragte: Wäre nicht gerade im 15. Jahr nach Unterzeichnung des Warschauer Vertrages Großzügigkeit am Platze?

Von deutscher Seite verlautete nach dem Gespräch, die Polen dächten an „positive Signale" zum Jahrestag des Vertragsabschlusses am 7. Dezember 1985. Ob damit allerdings längst fällige Erleichterungen bei der Umsiedlung oder nur politische Absichtserklärungen gemeint sind, wird sich noch zeigen müssen.

Experten der CDU/CSU gehen davon aus, daß die „illegalen" Aussiedler mehr als 100 000 auf die Ausreise wartende Familienmitglieder in Polen zurückgelassen haben. Insgesamt wird die Zahl der Deutschen, die auf eine Ausreisegenehmigung durch die polnischen Behörden warten, mit 250 000 angegeben.

Genscher hat gegenüber Olszowski in Helksinki die Meinung geäußert, daß die Ausreisewünsche erheblich zurückgehen würden, wenn die Warschauer Regierung die kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten der Deutschen in Polen erleichtern würde. Darauf hat Olszowski offenbar nicht reagiert.

Die Reform der Rentenversicherung muß drei Prinzipien bewahren

Forderung des VdK an die Bundesregierung / Heute Gespräch mit Minister Blüm

PETER JENTSCH, Bonn

Um das „angeschlagene Schiff Rentenversicherung wieder seetüchtig" zu machen, die Rentenfinanzen mittel- und langfristig zu sichern und damit das Vertrauen der Bevölkerung in die Alterssicherung wiederherzustellen, plädiert der Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands (VdK) für eine umfassende Strukturreform der Rentenversicherung. Das VdK-Präsidium wird seine Vorstellungen heute Bundesarbeitsminister Norbert Blüm vortragen. Die WELT sprach aus diesem Anlaß mit dem Rentenexperten und Schatzmeister des Verbandes, Walter Hirrlinger (59), von 1968 bis 1972 Arbeits- und Sozialminister in Baden-Württemberg.

Eine Reform der Rentenversicherung darf nach Darstellung Hirrlingers drei Prinzipien nicht verletzten: „Die Renten müssen lohn- und leistungsbezogen bleiben (Beitragsäquivalenz), wesentliche Eingriffe in den Rentenbestand darf es nicht geben und schließlich soll es bei der heutigen Form des Umlageverfahrens bleiben," die Ausgaben sollen also im wesentlichen durch Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber sowie durch den Bundeszuschuß finanziert werden. Hirrlinger widerspricht damit Überlegungen etwa von Bundeswirtschaftsminister Bangemann (FDP), eine Grundrente einzuführen.

Voraussetzung für eine „konjunkturunabhängige, dauerhafte Sicherung der Rentenfinanzen" sei die Wiederherstellung der von der Bundesanstalt für Arbeit früher nach dem letzten Bruttolohn gezahlten vollen Beiträge für Arbeitslose an die Rentenversicherung. Heute zahlt die Bundesanstalt Beiträge, die sich nach dem Arbeitslosengeld bemessen; das entspricht in etwa 45 Prozent der früheren bruttolohnbezogenen Beiträge.

Hirrlinger plädiert auch für eine Veränderung der heutigen Rentenformel, die die „demographische Entwicklung berücksichtigen muß". Er schlägt eine „modifizierte Bruttoanpassung" vor. Danach „soll vom jährlichen Anpassungsbetrag ein bestimmter Prozentsatz von den Rentenversicherern zur Liquiditätssicherung einbehalten werden". In ähnlicher Form ist dies bereits mit dem Krankenversicherungsbeitrag der Rentner, der jüngst auf 5,9 Prozent angehoben wurde, eingeführt. Hirrlingers Kritik: „Mit der Anhebung hat man sich der Chance begeben, diese Mittel in die Rentenfinanzierung mit einzubringen."

Schließlich fordert Hirrlinger, „den Bundeszuschuß wieder in seine originäre Aufgabe einzuordnen und den Fremdanteil der Rentenversicherung (versicherungsfremde Leistungen wie beitragslose Versicherungszeiten oder Leistungen aufgrund familienpolitischer Erwägungen) zu finanzieren, der zwischen 25 und 30 Prozent liegt". Diese Größenordnung müsse der Bundeszuschuß (heute etwa 18 Prozent) wieder erreichen.

Mit diesen Maßnahmen „ist die Rentenversicherung aber mittel- und langfristig noch nicht ausreichend finanziert; dazu brauchen wir ein zusätzliches Bein", betonte Hirrlinger. Dieses „Bein" sieht er in einem „Mischsystem zwischen dem lohnbezogenen Arbeitgeberbeitrag und einem wertschöpfenden Arbeitgeberbeitrag". Vehement wendet sich Hirrlinger dabei gegen die in diesem Zusammenhang diskutierte „Maschinensteuer". Sie könne kein Regulativ sein, da sie über den Bundeszuschuß manipulierbar sei. Zudem bedeute sie eine Abkehr von der Lohnbezogenheit der Rente.

Vielmehr müsse das „finanzielle Standbein Arbeitgeberbeitrag aufgespalten werden in einen lohnbezogenen Teil für arbeitsintensive Betriebe und in einen wertschöpfenden Beitrag für kapitalintensive Betriebe". Dabei „soll die Wertschöpfung erhoben werden nach den Kriterien gezahlter Löhne, Gewinne, Zinsen und Abschreibungen", wobei der lohnbezogene und der wertschöpfende Beitrag der Betriebe gegenseitig verrechnet werden sollen: Für die öffentliche Hand werde man dabei bestimmte Eckwerte festlegen müssen, da sie nicht ausgenommen bleiben könne.

Hirrlinger hält einen derartig gesplitteten Arbeitgeberbeitrag „auch aus marktwirtschaftlichen Erwägungen angesichts der technologischen Entwicklung für notwendig". Er verweist in diesem Zusammenhang auf den Bericht der Bundestagskommission Neue Informationstechnologien, nach dem bis 1990 in Büro und Verwaltung 1,5 Millionen Arbeitsplätze entfallen.

„Unter dieser Prämisse verfälscht der reine lohnbezogene Arbeitgeberbeitrag den Wettbewerb, er schafft unterschiedliche Ausgangsbasen für die Betriebe, da kapitalintensive Unternehmen kaum Abgaben zu leisten haben, während personalintensive Betriebe mit hohen Lohnnebenkosten für die Altersversorung ihrer Mitarbeiter über Gebühr belastet werden." Die personalintensiven Betriebe würden damit auch im internationalen Wettbewerb benachteiligt.

Pilger für den Export der Revolution

Wie Irans Mullahs in Mekka und Medina Unruhe schüren / Auch die Türkei im Visier der islamischen Fanatiker

Von JÜRGEN LIMINSKI

Persische Bonbons sind süß. Ein halbes Pfund aus dem Hause Kham, was soviel bedeutet wie lekker, kostet in Teheran umgerechnet etwa vier Mark. Interessanter als der Geschmack aber ist die Verpackung. Denn damit große und kleine Feinschmecker bei ihren Gaumenfreuden auch wissen, was wichtig, also des Revolutionärs Sache ist, hat die Firma das Wickelpapier der Süßstücke mit rechtgläubigen Parolen bedruckt: „Tod für Amerika!" und „Hoch leben die islamischen Kämpfer!" wird der Schlecker belehrt. Der große Ayatollah ist überall.

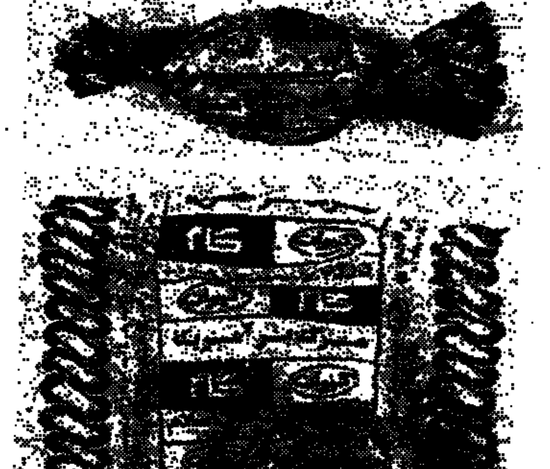
Offensichtlich will das Regime der Mullahs jetzt auch verstärkt im Ausland die „unterdrückten Volksmassen" auf den richtigen Geschmack an der islamischen Revolution bringen. Aus mehreren Geheimdokumenten, die dem Oppositionsführer Shapur Bachtiar in Paris aus Iran in die Hände gespielt wurden, geht hervor, daß die Revolutionäre in der Türkei „islamischen Aufruhr" vorbereiten und die Pilgerfahrt nach Mekka und Medina dazu benutzen wollen, Unruhen unter den Wallfahrern aus aller Welt und vor allem aus den Ländern am Golf zu schüren.

Jeder Muslim muß mindestens einmal in seinem Leben die heiligen Stätten in Saudi-Arabien besuchen. Nach der Pilgerreise (Hadsch) darf er sich Hadschi nennen. Die Behörden in Saudi-Arabien sind seit der Besetzung der großen Moschee von Mekka im November 1979 und ernsten Unruhen in den letzten Jahren überaus vorsichtig geworden. Besonders die „Pilger-Bomber" aus Teheran werden peinlich genau nach potentiellen Revolutionären untersucht. Dem trägt Teheran in diesem Jahr Rechnung. In der Geheimdepesche Nr. 63/731/312 vom 12. Februar 1985 aus dem Ministerium für islamische Propaganda heißt es, die in die Pilgerzüge einzuschleusenden „Revolutionswächter müssen den Idealen der Kämpfer Gottes ergeben" sein. Es wäre „unverzeihlich", wenn für „die Operation Hadsch" Personen ausgesucht würden, über die man „irgendeinen Zweifel hinsichtlich ihrer Rechtgläubigkeit" äußern könnte.

Das Dokument spricht von insgesamt 15 000 Revolutionswächtern zwischen 24 und 32 Jahren, die in Gruppen zu je rund 100 Mann unter die Pilger verteilt werden sollen. Nur Freiwillige sollen mit dieser Aufgabe betraut werden. Abitur und Studium seien erwünscht, ebenso Fronterfahrung bei den großen Infanterieoffensiven gegen Irak.

Ayatollah Khomeini ist, so das Dokument, mit den Ergebnissen der Pilgerreisen im vergangenen Jahr nicht zufrieden. Deshalb müßten die 15 000 Kämpfer und ihre 150 Anführer rechtzeitig ausgesucht und gründlich auf ihre Aufgabe vorbereitet werden. Bis zum 21. April 1985 hätten sich die Gruppenführer bei der unabhängigen Brigade 110 zu melden. Diese Brigade ist für Terroraktionen im Ausland zuständig. Angesichts des „hohen taktischen und technischen Niveaus" des für die diesjährige Hadsch vorgesehenen Revolutionsprogramms und der knappen noch zur Verfügung stehenden Zeit müßten die Gruppenführer einen Intensivkurs von vier Neun-Stunden-Tagen pro Woche absolvieren. Das Aktionsprogramm für die Pilgerreise sei vom Präsidenten der Republik, Khamenei und vom Parlamentspräsidenten Rafsandschani beschlossen und von Revolutionsführer Khomeini gebilligt worden. Für Khomeini ist, wie er dem Komitee zur Betreuung iranischer Pilger auch dieses Jahr wieder einschärfte, die „Hadsch Teil des Heiligen Kriegs. Und ich kenne keinen Heiligen Krieg ohne Märtyrer". Zur Zeit sollen sich mehrere hunderttausend iranische Pilger in Saudi-Arabien aufhalten. Auch sei es schon zu Protestkundgebungen in Medina gekommen. Nach einem Gebet in der Moschee, in der der Religionsstifter Mohammed bestattet ist, seien die Pilger durch die Straßen gezogen und hätten gerufen: „Nieder mit Amerika! Nieder mit Israel! Nieder mit Rußland!" Die Führer der Pilger hätten die Gläubigen aufgerufen, die Hadsch in einen „Vulkan gegen die Unterdrücker" zu verwandeln.

Aus einem weiteren Dokument (Nr. 110/1426) der Terrorbrigade 110 an Außenminister Velayati, das als streng geheim klassifiziert ist und vom 4. Januar 1985 datiert, wird Velayati mit Bezug auf entsprechende Vorgänge gebeten, iranische Pässe und Personalausweise der diplomatischen Mission in Istanbul zukommen zu lassen, damit rund 100 armenische Türken unbehelligt nach Iran gelangen und dort eine „islamische Ausbildung" absolvieren können. Danach sollen sie wieder in die Türkei zurückkehren. Es sei jetzt noch nicht an der Zeit, heißt es in einer anderen erklärenden Depesche vom selben Tag, den islamischen Widerstand in der Türkei jetzt schon direkt zu unterstützen. Aber man müsse sich vorbereiten und zu diesem Zweck vorwiegend Armenier für die Ziele der islamischen Revolution gewinnen.



Parolen gegen den „Satan Amerika" und für die Revolution der Mullahs: Islamisches Bonbon made in Teheran

Managua läßt die Indianer zurückkehren

WERNER THOMAS, Miami

Es ist ein emotionales Wiedersehen mit vertrauten Gebieten, aus denen Managua die Indianer vor drei Jahren vertrieben hatte. Manche springen vor Freude in den lehmigen Coco-Fluß. Andere weinen beim Anblick der Verwüstungen. Von Waspam, einem einst pulsierenden Handelszentrum, stehen nur noch Ruinen.

Die sandinistische Regierung erlaubt jetzt der Indianerbevölkerung im Nordosten des Landes die Rückkehr in ihre Heimat. Zwischen 3500 und 5000 Personen wurden repatriiert. Weitere 5000 sollen folgen – wenn der Waffenstillstand in dieser Region nicht zusammenbricht. Brooklyn Rivera, einer der einflußreichsten Indianer-Führer, glaubt nicht an einen dauerhaften Frieden. „Die Probleme sind nicht gelöst", sagte er dieser Tage.

Die Probleme: Die 100 000 Miskito-, Sumo- und Rama-Indianer der riesigen nicaraguanischen Dschungelprovinz Zelaya fordern einen autonomen Status. Die marxistischen Sandinisten wollen sie dagegen in den Revolutionsprozeß integrieren.

Innenminister Tomas Borge, neuerdings für die Entwicklung der Atlantik-Küste zuständig, betonte: „Die nicaraguanische Nation ist unteilbar." Dazu Rivera: „Borge sieht die Lage nicht unter ethnologischen Gesichtspunkten, sondern unter dem Freund-Feind-Aspekt."

Zwangsumsiedlungen der Indianer zählen zu den dunkelsten Kapiteln der sandinistischen Herrschaft. Selbst Sympathisanten des Regimes kritisierten dies. Mehr als 10 000 Miskitos mußten zwischen 1981 und 1982 ihre Heimat am Coco-Fluß verlassen und tagelang durch den Urwald zu Lagern oder in die Hafenstadt Puerto Cabezas marschieren.

Sandinistische Soldaten zerstörten 50 Dörfer und Städte, darunter Waspam; sie erschossen Haustiere und Vieh. Niemand weiß genau, wieviele Menschen dabei ums Leben kamen. Nach Schätzungen der Menschenrechtsorganisationen gab es – je nach politischer Färbung – einige Dutzend bis einige hundert Tote.

Weitere 25 000 Indianer flohen über den Fluß nach Honduras. Steadman Fagoth Müller, der wohl bekannteste Miskito-Führer, gründete in Honduras die Kampforganisation „Misura".

„In den vergangenen Wochen wurden die Lügen und Verleumdungen der sandinistischen Regierung entlarvt", sagte Brooklyn Rivera. „Bisher haben die Sandinisten immer behauptet, daß unsere Leute zum Schutz vor Konterrevolutionären umgesiedelt worden seien. Der Krieg ging nicht zuende, weshalb dann die Rücksiedlung?"

Lino Hernández, der Direktor der ständigen Menschenrechtskommission in Managua, mißtraut den Erklärungen der Comandantes, sie wollten Fehler der Vergangenheit korrigieren und eine Autonomie zulassen. Ähnlich urteilen Fagoth Müller und Rivera, der von Costa Rica aus die Misurasata-Bewegung führt.

Diplomatische Beobachter glauben dagegen, daß sich die Sandinisten zumindest vorübergehend den Rücken an dieser Front (2000 Guerrilleros) freihalten möchten, während sich der Krieg mit den 12 000 Rebellen der Demokratischen Kräfte Nicaraguas verschärft. Die Indianer wollen schließlich die Comandantes nicht stürzen, sondern Autonomie. (SAD)

Jugoslawische Arbeiter im Streik

Soziale Spannungen an der Adria / Auch Mitglieder der KP am Ausstand beteiligt

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die jugoslawische Teilrepublik Slowenien – das wirtschaftlich am weitesten entwickelte und den höchsten Lebensstandard genießende Gebiet des Vielvölkerstaats – wird von sozialen Spannungen heimgesucht. In Radovljita bei Laibach sind die Arbeiter eines Betriebes in den Streik getreten und haben gleichzeitig ihre Gewerkschafts-Mitgliedsbücher zurückgegeben. Ihr Argument: während sie monatlich 35 000 Dinar (umgerechnet etwa 350 DM) verdienen, betrage das Einkommen der Gewerkschaftsfunktionäre sowie der Beamten und Angestellten im Verwaltungsapparat der Gemeinde das Fünffache eines Arbeiterlohnes – nämlich bis zu 200 000 Dinar, also 2000 DM. Die Arbeiter erklären, sie seien jetzt unterhalb jener Einkommensgrenze angelangt, die das Lebensminimum garantiere.

In größerem Umfang war es im jugoslawischen Adria-Hafen Koper (Capodistria) zu einem Streik der Schauerleute gekommen. Der Hafen Koper ist nicht nur ein Prestigeobjekt der Republik Slowenien. Er liegt wenige Kilometer von der italienischen Grenze entfernt und wurde als billigere und effizientere Konkurrenz zum wirtschaftlich darniederliegenden itaienischen Hafen von Triest ausgebaut. Eines der Hauptargumente der Jugoslawen und Slowenen bei der Werbung für den Hafen Koper, der vor allem für Österreich und den süddeutschen Raum interessant ist, war der Hinweis, daß es in Italien durch Streiks zu ständigen Verzögerungen bei der Be- und Entladung von Schiffen komme. Dagegen, so argumentierten die Jugoslawen, funktioniere Koper reibungslos.

Um so empfindlicher reagierten die Hafenverwaltung und die örtliche KP-Organisation, als es im Juli zu einem Streik der Hafenarbeiter in Koper kam. Die Schauerleute legten aus Protest die Arbeit nieder, weil sie angesichts der durch die Inflation drastisch gestiegenen Lebenshaltungskosten glaubten, mit ihrem Lohn nicht mehr das Auslangen zu finden. Außerdem war ihnen auf Grund der geringeren Auslastung der Hafenkapazitäten von der Verwaltung der Lohn gekürzt worden.

Die Arbeiter von Koper aber, gewohnt an eine gewisse privilegierte Position, wollten unter allen Umständen ihren „sozialen Besitzstand" wahren. So legten sie für zwei Tage die Arbeit nieder. Der Hafen Koper kam gegenüber seinen Auftraggebern und den Schiffseignern in Schwierigkeiten. Die Antwort bestand in „rigorosen Maßnahmen" gegen die „Aufhetzer und Rädelsführer" sowie in einer Erklärung aller zuständigen Instanzen – von der Betriebsleitung bis zum Betriebsrat, einschließlich der örtlichen KP-Organisation –, daß der Streik vollkommen ungerechtfertigt und daher zu verurteilen sei.

Mehrere „Rädelsführer" sind inzwischen auf Beschluß der Disziplinarkommission aus dem Arbeitskollektiv ausgeschlossen – das heißt: fristlos gefeuert worden. Nun aber bekommt die Affäre Koper eine weitere, national-politische Dimension: zur sozialen Unruhe, die hier sichtbar wurde, tritt die nationale Unzufriedenheit – denn die entlassenen Arbeiter tragen fast durchweg nicht slowenische, sondern kroatische und serbische Familiennamen. Sie sind also Zuwanderer oder sogar innerjugoslawische „Gastarbeiter", die aus den anderen, ärmeren Teilrepubliken Jugoslawiens in das „reiche" Koper gekommen sind, um hier am höheren Lebensstandard der Slowenen zu partizipieren.

Das Argument der Hafen-Instanzen und der örtlichen Parteiführung lautet, die Arbeiter hätten schon deshalb kein Recht auf Streik, weil ihre Einkommen weit über dem jugoslawischen, ja sogar über dem slowenischen Durchschnitt lägen. Die Hafenarbeiter argumentieren wiederum, daß ihre Tätigkeit außerordentlich schwer und körperlich belastend sei.

Wie aufgebracht die Atmosphäre im Hafen Koper war, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Streikenden ihre Arbeit erst wieder aufnahmen, als das „Komitee für allgemeine Volksverteidigung und gesellschaftlichen Selbstschutz" zusammentrat und die ganze Arbeitsniederlegung damit zu einer Frage der Staatssicherheit wurde – was in kommunistischen Ländern immer noch ein sehr heikles Thema ist. Die am Streik beteiligten KP-Mitglieder erwarten scharfe Disziplinarmaßnahmen. Der Parteisekretär des Hafenunternehmens „Generalni Teret", Milos Radulovic (seinem Namen nach gleichfalls kein Slowene, sondern ein Serbe), erklärte, daß im August eine „parteipolitische Abgrenzung und Abrechnung" gegenüber den Streikenden stattfinden werde.

Norweger setzen auf die Bürgerlichen

Der Aufschwung in der Wirtschaft ist Willochs beste Werbung / Am 9. September wird gewählt

JOCHEN SCHILDE, Oslo

„Wir müssen die Rechtsflut dämmen, um unseren Wohlfahrtsstaat zu beschützen." Fast beschwörend spricht die Ärztin und ehemalige Präsidentin Norwegens, die Sozialdemokratin Gro Harlem Brundtland, diese Worte in einer Osloer Wahlversammlung aus. Doch das emotionale Resultat bleibt bei den Zuhörern aus. Obwohl am 9. September Parlamentswahlen sind, kann keine Partei wirklich die Massen begeistern.

Vier Jahre haben die drei bürgerlichen Parteien unter der Leitung des konservativen Ministerpräsidenten Kaare Willoch das Land des nördlichsten NATO-Partners regiert. Wenige Wochen vor der Wahl kann der Beobachter feststellen: nie war Norwegen so reich, nie war die Inflationsrate in den letzten zehn Jahren so niedrig. Umgerechnet fast 30 Milliarden Mark besitzt die Staatsbank an Überschuß, während die Inflationsrate von 15,5 Prozent (1981) auf 5,5 Prozent in diesem Jahr herunterging. Die Zahl der Arbeitslosen liegt unter drei Prozent im Landesdurchschnitt.

Dies bei einer Parteienkoalition, die seit Frühjahr 1983 politische Gegensätze in sich vereinigt, die nach Meinung der Sozialdemokraten eher zum Fall der Regierung Willoch hätten führen sollen. Die Konservative Partei mit ihren 53 von insgesamt 155 Sitzen im Parlament braucht die Stimmen der Christlichen Volkspartei mit 16 Vertretern sowie der Bauernpartei mit zehn Mandaten.

Willoch, der seine tiefe Freundschaft zur Bundesrepublik Deutschland vor allen Dingen durch eine Regierungseinladung an Lothar Späth in diesem Jahr unter Beweis gestellt hat, hat es geschafft, die parteipolitischen Gegensätze zu überwinden und eine Regierungsmannschaft zu schmieden, die eindeutig als bürgerlicher Block gegen Sozialdemokraten und die Linkssozialisten antreten kann. So wollte die Christliche Volkspartei ein eindeutiges Nein zur Freigabe der Abtreibung und eine schärfere Alkoholpolitik erzwingen. Die Duty-free-Einfuhr für Norweger sollte verboten werden.

Die Bauernpartei versuchte sich mit einer grünen Politik, der Abbau der gewaltigen Erdöl- und Erdgasvorräte sollte verlangsamt werden. Programme, die kraß einer konservativen Politik widersprachen. Willoch schaffte es, die bürgerlichen Streithähne zu einigen.

Als Europas führende Erdöl- und Erdgasnation – im Trollfeld vor der alten Hansestadt Bergen in der Nordsee liegen allein 1300 Milliarden Kubikmeter Erdgas, die Westeuropa bis ins Jahr 2000 versorgen können – sind sich die bürgerlichen Partner nun einig, 138 neue Blöcke im Nordmeer auszuschreiben.

Die jetzige Regierung teilt auch mit der Opposition ein Hauptproblem: Wie sollen die Menschen ohne Industrie an der 21 000 Kilometer langen Küste gehalten werden? Die Abwanderung aus Nordnorwegen liegt pro Jahr bereits bei fast zehn Prozent. Lehrern und Ärzten, die bereit sind, in die Finnmark an die russische Grenze zu gehen, werden Steuererleichterungen versprochen. Dennoch wollen in erster Linie junge Leute nach Oslo oder aber in die Erdölzentren Stavanger und Bergen.

Vor diesem Problem stand aber auch Willochs sozialdemokratische Vorgängerin Brundtland. Warum beschwört sie wie ihre linkssozialistischen Verbündeten, die Norwegens Austritt aus der NATO fordern, die „Rechtsflut", die die Errungenschaften des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates anscheinend verschlingt.

Vielleicht, weil Willoch mit seinem Kulturminister Lars Roar Langslet das bisher von der Sozialdemokratie beherrschte Medienmonopol total aufgehoben hat. Wie Pilze schießen nun überall Rundfunkstationen aus dem Boden. Die bürgerlichen Parteien wollen ein zweites unabhängiges Fernsehprogramm schaffen.

Der Spionageskandal des Sozialdemokraten Arne Treholt hat klar gezeigt, daß in der Sicherheitspolitik die Arbeiterpartei – sie ist nach wie vor Norwegens größte Partei – gespalten ist. Ihre Jungsozialisten träumen vom NATO-Austritt. Willoch hat Norwegen Europa näher gebracht. Sein klares, unmißverständliches Ja zur NATO hat die NATO-Nordflanke mit ihrer Energiezukunft für Westeuropa sicherer werden lassen.

Einer der anerkannten Wahlexperten, Helge Seip, erklärte, noch nie seien die Tendenzen vor einer Storting-Wahl so klar gewesen wie 1985. Die bürgerlichen Parteien führen nicht nur nach Prozenten, sondern noch deutlicher bei der vorausgesagten Sitzverteilung. Nach den letzten Umfragen können die nichtsozialistischen Parteien mit zusammen 48 Prozent der Stimmen und 79 bis 82 Mandaten rechnen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Keine Abkehr vom Konzept

Der Auftrag des Bundespostministers an die Oberpostdirektionen, freie lokale Fernsehfrequenzen zu suchen, hat in den letzten Tagen vielfältige Spekulationen ausgelöst. Die SPD behauptet, die Post habe damit ihre Verkabelungspolitik aufgegeben und verfolge nun ein neues – überdies noch verfassungswidriges – Konzept. Nichts davon ist wahr.

Richtig ist, daß vier unionsregierte Bundesländer den Postminister gebeten haben, die Verfügbarkeit zusätzlicher drahtloser Fernseh-Übertragungsmöglichkeiten zu prüfen. Es handelt sich also nicht um eine Initiative der Post, sondern der Länder. Sie richtet sich nicht gegen die Verkabelung, sondern dient im Gegenteil dazu, die Akzeptanz der Verkabelung – die unmittelbar von der Akzeptanz neuer Angebote abhängt – zu erhöhen. Gleichzeitig soll sie die „Durststrecke" der lokalen privaten Fernsehveranstalter (wie der Münchener „Tele-Zeitung") verkürzen, die derzeit Millionen investieren, aber noch ein begrenztes Kabel-Publikum haben.

In einigen der 65 Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern – besonders dort, wo bisher aufgrund günstiger Umstände keine Füllsender benötigt wurden – gibt es dem Vernehmen nach tatsächlich eine freie Fernsehfrequenz, die von einem Sender mit geringer Reichweite („low power") genutzt werden könnte. In Berlin stehen sogar zwei Frequenzen zur Verfügung; zu den Fehlmeldungen der letzten Tage gehört übrigens, daß die Post eine dieser Sendemöglichkeiten dem Hörfunksender RIAS zugedacht habe – darüber darf nur der Berliner Kabelrat entscheiden. In den meisten Städten ist das Frequenzspektrum jedoch vollständig ausgeschöpft, so daß schon von daher eine Änderung des bisherigen Konzepts ausgeschlossen ist.

Falsch ist auch, daß der Postminister nur in unionsregierten Ländern nach freien Frequenzen forschen läßt. Dies geschieht vielmehr auch in den 29 großen Städten Nordrhein-Westfalens. Der Vorwurf der Ungleichbehandlung und „Verfassungswidrigkeit" ist also unbegründet. Daß er ausgerechnet von der Düsseldorfer SPD kommt, erstaunt allerdings: Sie sorgt derzeit mit einer Verschleppungstaktik dafür, daß das zur Zulassung privater lokaler Veranstalter erforderliche Landesmediengesetz frühestens im Herbst 1986 in Kraft treten kann.

M. Arnold,
Bad Zwischenahn

Unruhen in Südafrika

„Die Homelands im Sog des Terrors"; WELT vom 30. Juli

Weil die WELT eine der wenigen Zeitungen ist, die im allgemeinen objektiv über die Zustände im südlichen Afrika berichten, muß ich Ihnen zu dem Beitrag von W. Lützenkirchen schreiben. Ich schicke voraus, daß ich als Apartheids-Gegner auch die Politik der Homelands für unglücklich halte.

Der Anfang ist eine Schilderung der Zustände in Homeland Kwazulu. Ich war dort im November, war auch, wie Ihr Berichterstatter, in Mkuzi, dem herrlichen kleinen Naturreservat. Dort hat meine Frau viele Kinder gefilmt, die keineswegs freudlos, sondern vergnügt waren. Wir sind weder dort noch in der Kwazulu-Gegend rund um Mooi River dem Hunger begegnet. Natürlich hat auch dort die ungewöhnliche Trockenheit der Jahre 1983 und 1984 ihre Spuren hinterlassen – es ist richtig, daß in den Homelands sehr viel Vieh verendete.

Für viele Mißstände in Südafrika kann man die Regierung verantwortlich machen, nicht aber für die Dürre. Das sollte man besonders in Windhuk wissen, wo die Dürre sieben Jahre dauerte und sehr viel schlimmere Folgen hatte als in den Homelands – von der Sahel-Zone ganz zu schweigen. Wenn Teile der Homelands versteppt sind, liegt dies daran, daß zum Beispiel in der Transkei von den Schwarzen seit ihrer Autonomie kein einziger Baum gepflanzt ist, während im nördlichen Natal und im östlichen Transvaal von den Weißen Hunderttausende von Hektar aufgeforstet sind.

Der Auslöser für die Unruhen der letzten Monate ist die Tatsache, daß die Reformen der Regierung von einem großen Teil der arbeitenden Schwarzen positiv aufgenommen worden sind. Das paßt nicht in das Konzept der Radikalen der United Democratic Front und der Terroristen vom A.N.C., die keine Beteiligung an der Macht wollen – sie wollen die Alleinherrschaft auf Grund ihrer Zahl. Wenn die schwarzafrikanischen Staaten seit etwa 30 Jahren ein Bild ihrer Unfähigkeit bieten, das sich in Willkür, Mord, Korruption, Tyrannei, wirtschaftlichem Chaos und Mißhandlung von Minderheiten zeigt, kann man von den seit 300 Jahren in Südafrika lebenden Weißen nicht erwarten, daß sie den radikalen Schwarzen die Macht überlassen.

H.-A. Schultz,
Bremen

*

Wie vorauszusehen, haben die auch von unseren Kirchenleuten und SPD-Politikern vielfach angefeuerten Unruhen in Südafrika eine Weiterführung der von Botha eingeleiteten Reformen vorläufig unmöglich gemacht. Genau das war auch die Absicht jener radikalen schwarzen Organisationen, die in den letzten Wochen in erster Linie Angehörige der schwarzen Townshipverwaltung ermorden ließen.

Wer die ganze Macht allein für sich haben will, muß Kontakte mit dem Gegner verhindern. Er kann sich allenfalls auf taktische Gespräche einlassen, wie Tutu, der keine Ahnung von den Entwicklungsproblemen seines Landes zu haben scheint, aber alle Talente eines Zauberlehrlings.

Die Realisten unter den Stammesführern aber, die immmer wußten oder wie Buthelezi in den letzten Jahren gelernt haben, daß ohne die Weißen auf lange Zeit keine kontinuierliche Entwicklung möglich ist, warten nun erst einmal ab, ob die weiße Regierung überhaupt Ruhe und Ordnung wieder herzustellen vermag. Keiner will sich schließlich selbst umbringen.

Mit wem soll die Regierung also verhandeln, wo doch gerade der nächste Schritt ihrer Reformen auf die Mitwirkung der Schwarzen gerichtet sein sollte? Gerade das aber konnten und wollten Revolutionäre nicht dulden. Hat wirklich jemand von denen, die das Feuer in Südafrika mit Rat und Tat anfachen halfen, geglaubt, dadurch könnten die Reformen beschleunigt werden?

Prof. Dr. H.-D. Ortlieb,
Hamburg 52

Versailles 1919

„Leserbrief: Der explosive Kern"; WELT vom 3. August

Herr A. Toepfer irrt, wenn er schreibt, das Friedensdiktat (Versailles) sei „ohne Mitwirkung der Amerikaner" zustande gekommen. Die Vereinigten Staaten haben vom Anfang bis zum Ende durch Präsident Wilson und seine Mitarbeiter an der Konferenz teilgenommen, und der Präsident hat den Vertrag auch unterzeichnet. Der amerikanische Senat hat indessen seine verfassungsmäßige notwendige Zustimmung verweigert und damit die Unterschrift des Präsidenten null und nichtig gemacht. Der Grund für dieses Verhalten lag in der mangelnden Bereitschaft, dem Völkerbund beizutreten, dessen Verfassung als Teil I integrierter Bestandteil des Vertrags von Versailles war. Die USA haben dann am 25. 8. 1921 in Berlin mit dem Deutschen Reich einen separaten Friedensvertrag geschlossen, der an Härte dem von Versailles in nichts nachstand!

Mit freundlichen Grüßen
Dr. G. Milich,
Kronsberg/Ts.

Weltverbesserer

„Leinen stoppt Auto-Rallye im Saarland"; WELT vom 7. August

Ich bin kein Motorsportfan. Doch ich betrachte das Auto als eine glückliche Erweiterung der persönlichen Freiheit.

Eine Auto-Rallye ist nicht nur ein wichtiger Werbefaktor für die Autoindustrie. Sie ist vor allem und zuerst eine Freude für Fahrer und Tausende von Zuschauern im Saarland und Hunderttausenden in ganz Deutschland. Mag sein, daß Herr Leinen lieber zu Fuß geht. Aber verzichten kann er auf das Auto nicht, und die Autoindustrie bringt Millionen Menschen Wohlstand. Die Sozialisten in Frankreich wollten die Reitjagd verbieten, weil sie nichts von der Freude des Reitens verstanden. Herr Mitterrand spielt lieber Golf.

Als vor einigen Jahren nach einer höheren Besteuerung von Luxus und Vergnügen gerufen wurde, sagte der damalige Wirtschaftsminister Friedrichs, er scheue sich, anderen Menschen vorzuschreiben, was Luxus und Vergnügen sei. Er verstand von vernünftiger Wirtschaftspolitik und von der Freiheit und Würde der Menschen, für die er die politische Verantwortung übernommen hatte, tausendmal mehr als die verklemmten rot-grünen Weltverbesserer, die zur Zeit im Saarland an der Macht sind.

H. Eckert,
Essen-Werden

Wort des Tages

» Der Liberalismus, auf seine äußersten Grenzen getrieben, öffnet dem Mörder die Tür. Das ist ein Gesetz. «

Ernst Jünger; dt. Autor (geb. 1895)

Personalien

GEBURTSTAGE

Der Stuttgarter Verleger **Hans Weitpert**, Ehrenpräsident des Bundesverbandes Druck e. V., feiert morgen seinen 80. Geburtstag. Der in München geborene Unternehmer, der nach dem Zweiten Weltkrieg entscheidend zum Wiederaufbau der Druckindustrie beigetragen hat, ist Besitzer des Druckhauses Tempelhof in Berlin, der Druckerei Franz W. Wesel in Baden-Baden und des Christian Belser Verlags in Stuttgart. Weitpert wurde 1932 Betriebsleiter und später Direktor der Union Deutscher Verlagsgesellschaft und des W. Kohlhammer Verlags in Stuttgart. Weitpert, Senator der Gutenberg-Gesellschaft in Mainz, gründete unter anderem auch die Kulturzeitschrift „Standpunkt" mit. Die Belser Druckerei verkaufte er 1976 an Bertelsmann.

*

Der Geschäftsführer der Firmen Schill & Seiler GmbH & Co. in Böblingen und Hamburg, Dr. **Erwin Quendt**, feiert am 17. August seinen 65. Geburtstag. Quendt, der an der Technischen Hochschule in Darmstadt studierte und 1953 zum Dr. rer. nat. promovierte, begann danach eine Tätigkeit als Entwicklungschemiker in der chemischen Fabrik Schill & Seiler in Stuttgart. Später übernahm er dann auf dem Ledersektor den technischen Außendienst und wurde Leiter der Lederabteilung. In dieser Eigenschaft knüpfte er ein weltweites Netz von Verbindungen zu vielen Leder-Produktionsstätten und begründete damit den außergewöhnlichen Exportanteil der Firma auf dem Ledersektor. 1965 wurde er zum Geschäftsführer der Firma bestellt. In die Zeit seiner Geschäftsführungstätigkeit fallen einige Gründungen von Tochter- und Beteiligungs-Gesellschaften im Ausland, an denen er maßgeblich beteiligt war. Dr. Quendt, der zum Jahresende in den Ruhestand tritt, war Mitglied des Vorstandsbeirates der Tegewa zu Frankfurt am Main, des Vorstandsbeirates des Verbandes der Chemischen Industrie Baden-Württemberg und der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar/Stuttgart.

*

Der 65. Geburtstag des Kölner Chirurgen und Urologen Professor Dr. **Horst Bourmer** ist am Samstag, dem 17. August, und nicht am Freitag, wie irrtümlich berichtet wurde.

AUSWÄRTIGES AMT

Die deutsche Bundesregierung hat dem zum Leiter der Berufskonsularischen Vertretung der Arabischen Republik Ägypten in Frankfurt am Main ernannten **Fakhry Ahmed Osman** die vorläufige Zulassung als Generalkonsul erteilt. Der Konsularbezirk umfaßt die Länder Hessen, Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und Saarland.

AUSZEICHNUNG

Der baden-württembergische Minister für Wissenschaft und Kunst, Professor Dr. **Helmut Engler**, hat in Bernau, dem Geburtsort des Malers **Hans Thoma**, den diesjährigen Hans-Thoma-Preis des Landes Baden-Württemberg für bildende Kunst dem Stuttgarter Kunstmaler Professor **Manfred Henninger** verliehen. Da der 90jährige Künstler an dem Festakt nicht teilnehmen konnte, nahm an seiner Stelle sein Sohn **Arnold Henninger** die Auszeichnung entgegen. Professor Henninger hat die gesamte Preissumme der Auszeichnung über 20 000 Mark der „Vereinigung der Freunde der Staatlichen Akademie der bildenden Künste Stuttgart" mit der Bestimmung geschenkt, besonders begabte Kunststudenten zu fördern. Professor Henninger, im Dezember 1894 in Backnang geboren, studierte von 1919 bis 1928 an der Stuttgarter Kunstakademie und in den Jahren 22/23 an der Dresdner Akademie. Von 1942 bis 1962 übte er eine Lehrtätigkeit an der Staatlichen Akademie der bildenden Künste aus, deren Rektor er 1955 bis 1957 war. Professor Henninger ist Gründungsmitglied des Künstlerbundes Baden-Württemberg, dem er lange Jahre vorstand.

VERÄNDERUNG

Neuer Korrespondent des ZDF-Büros in New York wird **Hans Scheicher**. Der 54jährige Journalist tritt am 1. Oktober die Nachfolge von **Hanns Joachim Friedrichs** an, der zur ARD wechselt. Scheicher, der seit 1964 bei dem Mainzer Sender tätig ist, war unter anderem Südostasien-Korrespondent und Leiter des ZDF-Studios in Beirut.

NACHRICHTEN

Führung ausgebaut

Copper Mountain (sid) – Der amerikanische Radprofi Greg Lemond erreichte auf der schwersten Etappe der „Coors Classic" in den USA den zweiten Platz. Bei der Ankunft im 3449 Meter hohem Copper Mountain hatte er 25 Sekunden Rückstand hinter seinem Landsmann Jeff Pierce. Tour-Sieger Hinault (Frankreich) folgte mit einer Minute Rückstand als Zehnter. In der Gesamtwertung führt Lemond.

Thuraus Sperre

Düsseldorf (sid) – Der Frankfurter Radprofi Dietrich Thurau ist vom französischen Verband vom 5. bis 20. August gesperrt worden. Damit wurde seine angebliche Tätlichkeit gegen einen belgischen Rennkomissär bei der Tour de France geahndet. An der Weltmeisterschaft am 1. September in Italien will Thurau teilnehmen.

Wieder Dörner gewählt

Berlin (sid) – Wie schon 1977 und 1984 wurde der 34jährige Dresdner Libero und 100malige „DDR"-Auswahlspieler Hans-Jürgen Dörner zum „DDR"-Fußballspieler des Jahres gewählt. Auf dem zweiten Platz folgte der 19jährige Stürmer Andreas Thom (BFC Dynamo Ost-Berlin).

Acht unter Hundert

Hamburg (dpa) – Boris Becker bleibt in der neusten Tennis-Weltrangliste auf Platz neun. Andreas Maurer kletterte vom 41. auf den 36. Platz. Außer diesen beiden sind unter den ersten Hundert noch sechs Deutsche aufgeführt: Schwaier (46.), Westphal (61.), Osterthun (76.), Keretic (86.), Bauer (88.), Popp (96.).

Problemlose Operationen

Bremen (sid) – Ohne Komplikationen verliefen die Operationen bei den beiden Fußball-Profis Benne Möhlmann und Günter Hermann von Werder Bremen. Die beiden Mittelfeldspieler hatten zum Saison-Auftakt bei Schalke 04 doppelte Bänderrisse im rechten Knöchel erlitten. Bremens Vereinsarzt Rolf Wiedenmann: „Sofern die Wundheilung nicht beeinträchtigt wird, sind die beiden in acht bis neun Wochen wieder spielfähig."

Entwicklungshilfe

Frankfurt (sid) – Im Rahmen der sportlichen Entwicklungshilfe entsendet das NOK für Deutschland einen Handballtrainer nach Zaire. Manfred Hinkel von der Universität Mainz soll in Kinschasa Trainer ausbilden.

ZAHLEN

TENNIS

Damen-Turnier in Mahwah/New Jersey, 1. Runde: Hanika – Schropp (beide Deutschland) 6:1, 6:4. – 2. Runde: Shriver (USA) – Fairbank (Südafrika) 6:1, 7:5. – Internationale Meisterschaften von Kanada in Montreal, 1. Runde: Sundstroem (Schweden) – Segal (Kanada) 6:2, 6:1, Mayotte – Denton 6:4, 5:7, 6:2, Arias – Scanlon (alle USA) 7:6, 3:6, 6:4.

HOCKEY

Junioren-WM (bis 21 Jahre) in Vancouver, 1. Spieltag: Gruppe A: Deutschland – Argentinien 5:3, Niederlande – Indien 2:0. – Gruppe B: Australien – Malaysia 4:0, Pakistan – Kanada 3:1.

WASSERBALL

Europameisterschaft der Frauen in Oslo, 2. Spieltag: Niederlande – Belgien 18:1, Ungarn – Frankreich 18:1, Norwegen – Großbritannien 10:4, Deutschland – Schweden 25:6.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 483 462,90 Mark, 2: 116 697,90, 3: 11 629,60, 4: 192,10, 5: 12,60. – **Toto,** Elferwette: 1: unbesetzt, Jackpot 478 882,00, 2: 9 976,70, 3: 465,90. – **6 aus 45:** 1: unbesetzt, Jackpot 165 926,60, 2: 55 308,80, 3: 5656,50, 4: 86,20, 5: 6,90. – **Rennquintett,** Rennen A: 1: 326,00, 2: 142,20. – Rennen B: 1: 97,20, 2: 10,50. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 1 381 212,90 Mark.

(ohne Gewähr)

MOTORSPORT / Anklagen nach dem Tode des deutschen Rennfahrers Manfred Winkelhock

Rettung „grausam und dilettantisch"

sid, **Toronto**

Heftige Vorwürfe wegen unzureichender Sicherheitsmaßnahmen erheben Augenzeugen des tödlichen Unfalles von Manfred Winkelhock gegen die Veranstalter des 1000-km-Rennens von Mospot in Kanada. Der seit drei Jahren in Kanada lebende Aachener Willi Kauhsen, früher selbst erfolgreicher Rennfahrer und Rennstallbesitzer, spricht gar von „unglaublichen Zuständen."

Winkelhock sei fast eine Stunde lang in dem Porsche-Wrack eingeklemmt gewesen, weil das Rettungspersonal keine Werkzeuge gehabt habe. Kauhsen: „Winkelhock ist regelrecht zu Tode gerettet worden. Es hat eine Ewigkeit gedauert, bis endlich ein Hubschrauber kam, um ihn ins Krankenhaus zu fliegen."

Kauhsen ist der einzige sachkundige Augenzeuge des Unfalls. Er stand genau in jener Kurve, in der Winkelhock von der Strecke abkam und in eine Betonmauer raste. Einen Reifendefekt schließt er aus. Kauhsen vermutet technischen Defekt, denn „Winkelhock kam absolut sauber auf der Ideallinie. Plötzlich machte der Wagen einen kurzen Schlenker und raste geradeaus, ohne zu bremsen, in die Mauer." Kauhsen schätzt die Geschwindigkeit dabei auf über 200 km/std.

Manfred Winkelhock und seine Frau Martina. FOTO: SVEN SIMON

Nach Manfred Kremer, dem Kölner Teamchef von Manfred Winkelhock, sei Winkelhock vor der Unfallkurve schon leicht von der Ideallinie abgewichen („etwa anderthalb Meter"). Nicht auszuschließen sei auch ein „black out" Winkelhocks für den „Bruchteil einer Sekunde", weil an dieser Stelle eine leichte Senke liegt. Allen Ernstes meinte Kremer: „Vielleicht mußte Winkelhock in dieser Sekunde auch nur niesen." Zu einem möglichen technischen Defekt sagt Kremer: „Wir haben das Wrack sofort untersucht und dabei keine Anhaltspunkte für einen Defekt gefunden."

Die Versuche der Streckenposten, Winkelhock aus dem total zerstörten Wrack zu befreien, nennt Kauhsen „das Grausamste und Dilettantischste, was ich jemals erlebt habe". Kauhsen: „Es war ein Drama. Mit nackten Händen zerrten drei Mechaniker des Kremer-Teams an den Karosserieteilen, um Manfred rauszubekommen. Er hing bewußtlos in den Gurten. Uns war klar, daß die Beine gebrochen waren (was sich nicht bestätigte). Schädelverletzungen waren nicht zu erkennen, da der Helm kaum Kratzer hatte."

Winkelhocks Teamchef Manfred Kremer, der ebenso wie der mehrfache deutsche Rennsportmeister Hans Heyer (Wegberg) zur Unfallstelle gerannt war, nahm sich ein umherstehendes Auto und raste an die Boxen, um Werkzeuge zu holen. Dort hielt man ihn fest und ließ ihn nicht wieder zur Unfallstelle zurückfahren. Nach einer halben Stunde, so Kauhsen, konnte Winkelhock mit Unterstützung hydraulischer Werkzeuge aus dem Wrack geborgen werden. Mit einer Bahre trug man den weiterhin bewußtlosen Winkelhock zu einem Krankenwagen, der – so Kauhsen – eigentlich keiner war.

Während der Fahrt an die Boxen sei Winkelhock mehrfach von der Trage gefallen, weil man ihn nicht anschnallen konnte. Der Arzt habe wie verrückt auf den Fahrer eingeschrien, langsamer zu fahren.

Kauhsen: „Es war ein Alptraum. Ich bin bereit, diese Aussagen unter Eid zu wiederholen. Ich bin es Manfred schuldig."

Leidenschaft und der große Frust der Erfolglosigkeit

Luxemburg-Bertrange, ein Fernsehstudio: Manfred Winkelhock im Kreuzverhör der Journalisten. Er antwortete geschickt, verblüffend routiniert, aber auch glaubwürdig. Wäre er doch nur immer so geschickt gewesen, er hätte es weit bringen können in der Formel 1. Wir wollten darüber noch einmal reden, gestern, in einem langen Telefongespräch. Das ging nicht mehr. Manfred Winkelhock ist tot. Gestorben nach einem Unfall auf der Rennstrecke.

Dabei verstand er sein Handwerk, er war ein guter Rennfahrer. Doch er war so wenig Diplomat. Darauf sollten sich die anderen einen Vers machen. Es war im Juni in Spa, als der Grand Prix von Belgien abgesagt wurde, weil die Straßendecke nicht hielt, als wir über sein Team ohne Wenn und Aber redeten: Die Motoren hielten nicht, mit den Finanzen stand es miserabel. Winkelhock: „Na klar, die Situation ist beschissen und sie bleibt auch beschissen."

Eigentlich sollte er ja ganz anders reden, er, die Nummer eins seines Teams: Positiv, zukunftsorientiert, auch, wenn es so etwas wie Zukunft gar nicht mehr zu geben schien.

Aber so zu denken und erst recht so zu reden, hat er sich gar nicht erst angewöhnt. Dafür waren die Erfahrungen, die er machte, ungeeignet.

1980 war das, auf dem Hockenheimring. Winkelhock fuhr damals seine erste Saison in der Formel 2 und wir hatten vor dem Rennen lange im Wohnwagen gesessen und über die Zukunft geredet. Dann ging er hinaus, um sein Rennen zu fahren. Weit kam er nicht, weil ihn der Italiener Andrea de Cesaris regelrecht abschoß, mit dem Fuß auf dem Gaspedal fuhr er ihm hinein ins Heck. Es war an jenem Tag, als Markus Höttinger starb und Winkelhock am Abend nicht mehr von Zukunft sprach, sondern von „teilweise krimineller Handlungsweise auf der Strecke".

Er hätte ja den Mund halten können, so, wie die meisten seiner Kollegen. Kaum jemand hätte es ihm übel genommen, fast jeder hätte gesagt: Klar doch, der Mann will nach oben kommen.

Sicher wollte er das, deshalb fuhr er kompromißlos, schon zu Beginn seiner Karriere in der deutschen Rennsportmeisterschaft, im „BMW-Juniorteam". „Weißt du", sagte er damals, „wenn es zu einem Zweikampf kommt und beide Fahrer sind gleich schnell, dann gibt es haarige Situationen. Und ich finde, dann hat jeder ziemlich alle Rechte frei. Denn wenn der eine den anderen in der letzten Runde noch berührt und gewinnt das Rennen, dann gibt der Erfolg ihm ja immer recht." Und dennoch wetterte er, es sei unbegreiflich, daß es für Fahrer, die andere von der Strecke drängen, keine Strafen gebe.

Als er dann in die Formel 1 aufstieg, verärgerte er sogar den großen Niki Lauda, weil er so daherredete wie er dachte. Aber Winkelhock und die Formel 1, der Mann aus Waiblingen-City, wie sie anfangs lästerten – das waren im Grunde zwei paar Schuhe. Er fuhr ja mit großer Leidenschaft in dieser Klasse und mochte den Frust der Erfolglosigkeit fast bis zum Schluß nicht wahrhaben, aber er konnte den Hollywood-Glamour dieses Geschäfts nie ausstehen. Wenn andere sich eine Motoryacht anschafften, borgte er sich ein Surfbrett. Und von wegen in Monte Carlo wohnen. Die sollten mal alle zu ihm kommen, nach Berglen-Steinach bei Waiblingen. Da wüßten sie, was sie hätten.

Das alles war so in Ordnung und es hat auch nicht anders sein dürfen.

Auch der Streit damals nicht, als er in die Formel 1 ging und gerade geheiratet hatte. Ich hielt das für unverantwortlich und erinnerte an seinen Überschlag 1980 im Formel-2-Fahrzeug auf dem alten Nürburgring. Er sagte damals: „Martina und ich müssen damit leben." Ich sagte: „Das machst du dir zu einfach, das ist keine Antwort." Er blieb dabei: „So ist das nun mal."

Damals spürte ich, was ihn verletzen könnte: Wenn man seine kompromißlose Ehrlichkeit nicht akzeptierte, wenn man – anderer Meinung zwar – ihn partout nicht begreifen wollte.

Er war ein Mann ohne Fortune in der Formel 1. Ein fünfter Platz beim Grand Prix von Brasilien 1982, das ist, was bleibt. Zu wenig, viel zu wenig für einen wie Manfred Winkelhock.

KLAUS BLUME

SEGELN

Deutsche Yachten kurz vor dem Sieg im Admiral's Cup

dpa/DW. **Plymouth**

Die deutschen Yachten stehen zum dritten Mal nach 1973 und 1983 vor dem Sieg im Admiral's Cup, der inoffiziellen Weltmeisterschaft für Hochseesegler. Sie müssen bei der letzten Prüfung, dem 605 Seemeilen langen Fastnet-Race in der Irischen See, in der Nacht zum Mittwoch nur noch in den Hafen zurückkehren. Der Grund: Von den ursprünglich 18 Mannschaften sind nur noch die Teams von Deutschland, Irland und Australien komplett in der Wertung. Kurz nach der Hälfte des Fastnet-Race, 85 Seemeilen nach Umrundung des Fastnet-Rock, segelten die deutschen Yachten hinter der führenden britischen Panda auf guten Plätzen. Die Outsider, die von Achim Griese, dem Olympiazweiten im Starboot gesteuert wird, lag auf Platz zwei. Die Rubin folgte auf dem fünften, die Diva auf dem 18. Rang.

Die britische Mannschaft, stärkster Konkurrent der deutschen Segler, ist geplatzt. Die Jade mußte nach einem Mastbruch aufgeben. Sie kam nach ersten Informationen über einen Amateurfunker zusammen mit der neuseeländischen Epic offensichtlich in eine Böe mit Windstärke neun und in heftigen Regen.

Einige Rätsel gab auch die Diva des Lübeckers Peter Westphal-Langloh auf. Am Fastnet-Felsen lag sie noch auf Platz neun und verlor dann in kurzer Zeit neun Ränge. Der deutsche Teamchef Michael Iwand, der in Plymouth auf die Yachten wartet: „Hoffentlich wissen sie, daß sie rückwärts durchs Ziel segeln können, um zu gewinnen."

Von den am 10. August in Cowes gestarteten 236 Yachten waren am Dienstag nur noch 129 im Wettbewerb, darunter 28 der 52 Admiral's Cupper. Alle übrigen Yachten waren in der teilweise stürmischen See durch Materialschäden ausgefallen. Damit ist jetzt schon sicher, daß weniger Yachten das Ziel erreichen werden als im Jahre 1979, als es beim Fastnet-Race bei stürmischem Wetter 15 Tote gab.

Bereits gestern morgen kehrte die amerikanische Nirvana, ein sogenannter Maxi-Segler von 22,40 Metern Länge, in den Hafen zurück. Mit zwei Tagen, zwölf Stunden, 41 Minuten und 15 Sekunden für die 605 Seemeilen lange Strecke stellte sie einen Rekord auf. Nur 31 Sekunden später traf die Atlantic Privater (ebenfalls USA) ein, die wie die Nirvana außerhalb der Wertung des Admiral's Cup segelt. Die alte Bestmarke aus dem Jahre 1979 (Condor) war um zehn Stunden, 18 Minuten und 55 Sekunden schlechter.

STAND ● PUNKT

Es gibt auch Schnee auf dem Kilimandscharo

Ja, ja, wir wissen es, wir haben in der Schule schließlich aufgepaßt: Auf ganz hohen Bergen liegt immer Schnee, in den Alpen, im Himalaja, in den Anden. Und wenn wir uns (hoffentlich irgendwann wieder einmal) am Sommer erfreuen *können*, herrscht Winter in anderen Weltengegenden. Wir wissen es.

Deshalb braucht noch lange nicht alles in einen normal denkenden Kopf hineinzugehen, was geschäftstüchtige Manager des Sports daraus folgern, daß die Erde rund ist und sich dreht. Tennis wird jetzt gespielt, der Fußball hat begonnen, Michael Groß ist wieder schneller als alle anderen geschwommen. Das paßt in die Klimazone, in der sich auch die Alpen erheben. Und die haben einem großen sportlichen Vergnügen den Namen gegeben: Alpiner Skisport.

Den Alpinen Ski-Weltcup gibt es in dieser Saison, im Winter 1985/86, zum 20. Mal. Ein Jubiläum, das steht fest. Aber wann ist Saison, wann Winter? Die Frage ist einfach zu beantworten: Ab morgen. Sogar live im Fernsehen (ZDF, ab 17.15 Uhr), also wird es schon stimmen.

Gestern kamen die Trainingsergebnisse des ersten Abfahrtslaufes. Der Schweizer Peter Müller war 0,69 Sekunden schneller als sein Landsmann Karl Alpinger – in Argentinien, 1200 Kilometer westlich von Buenos Aires, da gibt es hohe Berge, auf denen liegt Schnee.

Die Urlaubsbilder aus den (diesmal selten) sommerlichen Alpen sind noch gar nicht entwickelt, aber wir feiern Jubiläum im Ski-Weltcup, mitte August. Das hat seinen Sinn. Aber nur für den Mann, der diesen Wettbewerb erfunden hat. Der Elsäßer Serge Lang kam 1966 in Portillo in Chile auf die Idee. Nun meint er, der Sport müsse zurück an seine – Langs – ureigenste gedankliche Wiege. Ein Glück, daß der wackere Weltcup-Direktor seine Idee nicht auf den Fidschi-Inseln hatte.

Der Sport kann eine schöne, weltumspannende Sache sein. Immer da, wo er auch hingehört. Wasserball in der Sahara, Eiskunstlauf auf den Malediven, Skilanglauf auf Hawaii? Ist ja alles möglich. Scheichs setzen sich Schwimmbäder in die Wüste, Platz für eine Eishalle mit starken Kühlmaschinen ist auf der kleinsten Insel, Schnee gibt es auch auf Hawaii. Nur alles ist eben so absurd, sportlich so pervertiert wie jetzt dieser Saison-Auftakt in dem 2200 Meter hoch gelegenen argentinischen Ort Las Lenas.

Übrigens, Herr Lang, auf dem Kilimandscharo liegt auch Schnee . . .

que

LEICHTATHLETIK / Igor Paklin für die UdSSR

Powarnizin nicht dabei

DW. / sid / dpa, **Moskau**

„Die Sowjets müssen eine Korrektur ihrer Europacup-Mannschaft vornehmen und Powarnizin aufstellen. Wenn nicht, wird die Unglaubwürdigkeit erhöht, entstehen große Zweifel an dieser Leistung." Hochsprung-Bundestrainer Dragan Tancic hatte das in einem WELT-Interview gesagt. Der sowjetische Leichtathletik-Verband hat Hochsprung-Weltrekordler Rudolf Powarnizin, der am Sonntag in Donetzk als erster Mensch 2,40 m übersprang, nicht nachträglich in das UdSSR-Aufgebot für das Europacup-Finale am Wochenende in Moskau berufen. Stattdessen wird, wie ursprünglich vorgesehen, der frühere Hallen-Weltrekordler Igor Paklin, in der sowjetischen Mannschaft stehen.

Es sollte nunmehr daran erinnert werden, daß die Sowjets 1982 bei den Europameisterschaften in Athen ebenso verfuhren, als sie Diskus-Weltrekordler Dumtschew ohne Angabe von Gründen nicht beriefen. Und es sollte daran erinnert werden, daß so manche als Weltrekord aus der Sowjetunion gemeldete Leistung später nicht anerkannt werden konnte, weil dafür die Dokumente nicht beizubringen waren. So geschehen bei einem angeblichen 100-m-Weltrekordlauf der späteren Olympiasiegerin Ludmilla Kondratjewa und auch bei einem nicht nachprüfbaren Weltrekordsprung des Stabhochspringers Sergej Bubka auf einem sogenannten „Fest der Eisenbahner" in Tscheljabinsk.

Nun hat sich ISTAF-Chef Rudi Thiel um einen Start Powarnizins am 23. August im Berliner Olympiastadion bemüht.

FUSSBALL / VfL Bochum: Torwartfrage ist vorläufig gelöst – Frankfurt: Streit um Jürgen Mohr

Wolfgang Kleff: „Ich bin nur ein Aushilfskellner"

sid, **Bochum**

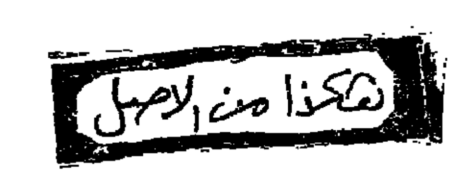
Ein kurzer Anruf des Bochumer Trainers Rolf Schafstall genügte: Torwart Wolfgang Kleff (38) wird (wie die WELT in ihrer Montagausgabe bereits andeutete) in die Fußball-Bundesliga zurückkehren. Kleff, der erst vor wenigen Wochen Abschied vom bezahlten Fußball genommen hat, soll die akuten Torwart-Probleme des VfL Bochum lösen: „Wir mußten schnell handeln, denn wir haben nach der Schulterverletzung von Ralf Zumdick und dem Platzverweis von Markus Croonen keinen Torhüter mehr. Der 17jährige Drescher wird nicht spielen. Sein Einsatz in Nürnberg war eine einmalige Ausnahme," erklärte Schafstall.

Zur Erinnerung: Am Samstag wurde Ersatztorwart Croonen nach 25 Minuten wegen Foulspiels vom Platz gestellt und wird in den nächsten Wochen ebenso ausfallen wie Stammtorwart Zumdick, der wegen einer Schulterverletzung möglicherweise ein halbes Jahr pausieren muß. Jugendtorwart Dirk Drescher hatte seinen ersten Bundesligaeinsatz in Nürnberg zwar ohne Gegentor überstanden, doch Trainer Schafstall hat kein Vertrauen in den jungen Mann, der noch nicht geboren war, als Wolfgang Kleff bereits sein erstes Bundesligaspiel absolvierte.

Schafstall entschied sich für Kleff, „weil wir einen routinierten Mann brauchen." An Erfahrung mangelt es dem ehemaligen Profi Kleff wahrlich nicht. Immerhin hat er in 17 Bundesligajahren 413 Spiele für Borussia Mönchengladbach und Fortuna Düsseldorf bestritten, bevor er seine Karriere in der letzten Saison beim Zweitligaklub Rot-Weiß Oberhausen ausklingen ließ. Doch bereits am Samstag wird er in die Bundesliga zurückkehren – ausgerechnet im Spiel gegen seinen ehemaligen Arbeitgeber Düsseldorf.

„Ich habe kein Geld gefordert. Ich nehme, was man mir gibt. Ich bin eine Art Aushilfskellner. Sobald Stammtorhüter Ralf Zumdick wieder einsatzfähig ist, mache ich für ihn Platz," erklärte Kleff. Weil bis zum Comeback jedoch nur noch wenige Trainingseinheiten möglich sind, um die Abstimmung mit der Mannschaft zu koordinieren, warnt Kleff vor übertriebenen Hoffnungen: „Man kann keine Wunderdinge von mir erwarten." Den Trainer bat er um Rücksicht: „Nur kein Konditionstraining, sonst bin ich am Samstag platt," flachste er, „außerdem habe ich mich in Prominentenspielen und mit Waldläufen fit gehalten."

Andere Sorgen plagen den Aufsteiger 1. FC Saarbrücken, der die von Eintracht Frankfurt geforderte Ablösesumme von 700 000 Mark für Mittelfeldspieler Jürgen Mohr nicht aufbringen kann. Saarbrücken muß auf die gewünschte Verstärkung verzichten, weil Frankfurt den Spieler nicht ausleihen will, sondern auf einer vollständigen Übernahme besteht. Mohr, der mit Saarbrücken bereits handelseinig war, hat seinem ehemaligen Klub Konsequenzen angedroht. Er erwägt eine Klage vor dem Arbeitsgericht oder die Reamateurisierung. Dagegen behauptet Eintracht Frankfurt, Mohr sei bereits an Olympiakos Piräus verkauft worden. Zur Klärung des Streites wurde die Europäische Fußball-Union (UEFA) eingeschaltet.



Auch zur Herbstmesse Ihre Verbindung nach Leipzig.

Vom 1. 9. bis 7. 9. 85 fliegt Lufthansa zweimal täglich von Frankfurt nach Leipzig und zurück (am 31. 8. und 8. 9. je einmal).

Lufthansa

Buchung und Beratung in Ihrem Reisebüro mit Lufthansa Agentur.

Lehrstellen: Die Schere schließt sich

p. p. Bonn

Mit Erleichterung ist vom Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, Anton Pfeifer, die „in jeder Hinsicht" positive Entwicklung auf dem Lehrstellenmarkt begrüßt worden. Nach den gestern bekannt gewordenen Daten (Stichtag 31.7.) gibt es bei den auf den Arbeitsämtern gemeldeten Ausbildungsplätzen mit 449 225 rund 4,8 Prozent mehr als vor einem Jahr zum selben Zeitpunkt. Gleichzeitig ist bei 624 906 Bewerbern nur ein Plus von 1,8 Prozent vorhanden. Die Schere beginnt sich also zu schließen – verstärkt noch dadurch, daß zwar fast alle Bewerber (86 %), aber nur knapp zwei Drittel (64 %) der Lehrstellen bei den Arbeitsämtern erfaßt werden. Hinzu kommt, daß mit 50 907 gemeldeten, noch offenen Stellen 21,8 Prozent mehr auf dem Markt sind als vor zwölf Monaten und mit 208 463 noch nicht vermittelten Bewerbungs-Meldungen ein Minus von 2,1 Prozent erreicht ist. Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) hat ergänzend mitgeteilt, daß im Bereich der Kammern 4,5 Prozent mehr Lehrverträge abgeschlossen worden sind als zum gleichen Stichtag 1984.

Unabhängig von dieser positiven Tendenz bleibt das Problem der Jugendarbeitslosigkeit von erheblicher Brisanz. Nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit sind inzwischen fast 500 000 junge Deutsche unter 25 Jahren ohne Arbeitsplatz. Dies ist eine Quote von 9,6 Prozent. Aufgrund der in den vergangenen Jahren verstärkten Anstrengungen auf dem Lehrstellenmarkt liegt die Quote bei den unter 20jährigen „nur" bei 6,7 Prozent. Allerdings gibt das IAB zu bedenken, daß diese Zahl relativiert werden muß. Denn viele junge Menschen tauchten allein deshalb nicht in der Arbeitslosen-Statistik auf, weil sie entweder auf Warteschleifen in Form von „zusätzlichen Bildungsmaßnahmen" ausgewichen seien oder sich „resigniert" vom Arbeitsmarkt „zurückgezogen" hätten.

Nach den Daten des Nürnberger Instituts bereiteten sich Ende 1984 mehr als 50 000 Jugendliche in Kursen auf ihren künftigen Ausbildungsberuf weiter vor, 150 000 besuchten zur Berufsvorbereitung länger die Schule oder absolvierten ein Berufsgrundbildungsjahr, weitere 150 000 gingen für ein Jahr in Berufsfachschulen. In Verbindung mit der seit einigen Jahren zu beobachtenden grundsätzlichen Tendenz, länger zur Schule zu gehen, um einen möglichst „hohen" Abschluß zu erreichen, führt dies dazu, daß die Lehrstellen-Bewerber immer älter werden und altersmäßig sich kaum noch von Studien-Anfängern unterscheiden: Rund die Hälfte der Lehrstellen-Bewerber ist heute 18 Jahre oder älter.

Bonner Finanzhilfe für SDI-Forschungsprojekte?

Mit Rahmenabkommen soll Kooperation abgesichert werden

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Bundesregierung wird möglicherweise zur Absicherung der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit bei der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) öffentliche Gelder einsetzen. Damit könnten Forschungsarbeiten deutscher Unternehmen, die in den SDI-Rahmen passen, finanziert werden. Diese Überlegung spielt bei der Vorbereitung der nächsten Reise einer deutschen Kommission, die im September zur weiteren Erkundung einer bilateralen SDI-Kooperation in die USA fliegt, eine Rolle.

Ob es am Ende zu einem Vertrag zwischen den Regierungen in Bonn und Washington zur amtlichen Absicherung der Zusammenarbeit zwischen deutschen und amerikanischen Industrie- und Forschungseinrichtungen kommen wird, ist noch nicht abzusehen.

Die gemischte Kommission, die am 4. September für zwei Wochen in die USA reisen wird, hat, wie aus Bonner Regierungskreisen bekannt wurde, noch nicht die Aufgabe, ein entsprechendes Rahmenabkommen vorzubereiten. Sie soll unter Leitung von Ministerialdirektor Horst Teltschik vom Bundeskanzleramt die dafür vorhandenen politischen, rechtlichen und technischen Voraussetzungen so genau wie möglich für die demnächst erwartete Grundsatzentscheidung in Bonn erkunden.

Die Kommission setzt sich aus Vertretern der Ressorts Auswärtiges, Verteidigung, Wirtschaft sowie Forschung und Technologie zusammen. Auch Repräsentanten deutscher Industrie- und Forschungseinrichtungen werden mitreisen. Zur Vorbereitung der Reise wird sie sich am Donnerstag und Freitag in einem Forschungsinstitut in Euskirchen bei Bonn treffen und den genauen Fragenkatalog besprechen, den sie in den Vereinigten Staaten beantwortet sehen möchte.

Zielsetzungen erkunden

Die Gruppe von etwa 30 Mitgliedern wird zu einem Drittel aus hohen Beamten und zu zwei Dritteln aus Vertretern der Wirtschaft und Forschung bestehen. Für drei Tage sind Informationsgespräche bei den entsprechenden Regierungsstellen in Washington geplant.

Danach teilt sich die Kommission und reist in vier Gruppen durch die USA, um in den entsprechenden Einrichtungen der amerikanischen Industrie und Wissenschaft die SDI-Forschungsprogramme und deren Zielsetzungen kennenzulernen.

Über die Möglichkeiten und Formen eines eventuellen SDI-Regierungsabkommens sind die Bonner Vorstellungen noch nicht sehr klar. Einerseits denkt man an eine Art Vertrag, der der Bundesregierung die Verpflichtung auferlegen würde, die deutschen Industrieinteressen gegenüber der US-Regierung wahren und sichern zu helfen. Das wäre in der Form eines „Memorandum of Understanding" ebenso möglich wie in einem „Data Exchange Agreement".

Gelder für Joint-ventures?

Andererseits hält man es in Regierungskreisen auch nicht für ausgeschlossen, daß Bonn Finanzmittel für gemeinsame deutsch-amerikanische Forschungsprojekte (Joint-ventures) zur Verfügung stellt. Die US-Administration hat zwar bisher nicht ihre Bereitschaft erklärt, die Beteiligung ausländischer Gelder zu erlauben. Gerade dies hält Bonn jedoch für einen Weg, um die rechtlichen wie tatsächlichen Voraussetzungen für einen gleichberechtigten Technologietransfer zu schaffen.

Denn in Washington gilt die Regel, nach der mit amerikanischen Geldern erzielte Technologiekenntnisse von nicht-amerikanischen Unternehmen in ihrer eigenen Unternehmenspolitik nicht vermarktet werden dürfen.

Eine andere Möglichkeit zur Sicherung des Technologietransfers wird in der Bundesregierung im Zusammenhang mit einer „Europäischen Verteidigungsinitiative" (EVI) gesehen, die der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Alfred Dregger, während seines jüngsten Besuchs in Washington ins Gespräch gebracht hatte.

Nach seinem eigenen Bekunden war EVI bei den Amerikanern auf großes Interesse gestoßen. EVI könnte ein Komplementärprogramm zu SDI werden und vor allem den europäische Sicherheitsinteressen dienen, die sich auch auf die Abwehr von Raketen mit nicht strategischer Reichweite richten müssen.

Wie die Kooperation zwischen den Projekten SDI und EVI politisch, industriell und militärisch funktionieren soll, ist beim gegenwärtigen Stand der Diskussion noch nicht absehbar. Auch zur Erörterung dieser Frage soll die Kommission gesicherte Erkenntnisse mitbringen.

Unterschiedliche Stellen setzen in die Informationsgespräche unterschiedliche Erwartungen. In Bonn will offenbar niemand einen Erfolg prognostizieren. Das Ziel ist zwar, nach Möglichkeit ein Rahmenabkommen zu erreichen. Jede andere Absicherung der Kooperation zwischen der amerikanischen und deutschen Seite würde aber auch schon als Erfolg gewertet.

„Es ist die Apartheid und nicht ihre Opfer, die wir heute beerdigen"

FRITZ WIRTH, Washington

Sie trugen 50 schwarze Särge aus Pappmaché durch die Innenstadt von Washington und deponierten sie vor dem Diplomateneingang des amerikanischen Außenministeriums. Das State Department ist eine seltene Protestadresse, doch da der Präsident nicht in der Stadt ist, war sie die nächstliegende.

Es war der Abschluß und der Höhepunkt der bisher größten Anti-Apartheid-Demonstration dieses Jahres in Washington. Sie wurde von den gleichen Männern organisiert, die seit dem 20. November 1984 Protestdemonstrationen vor der südafrikanischen Botschaft inszeniert haben, bei denen bisher 3000 Menschen verhaftet wurden, ohne jedoch jemals angeklagt zu werden. Unter den Verhafteten waren auch eine Reihe von Senatoren und Mitgliedern des Repräsentantenhauses.

Dem Protest der mehr als 5000 Demonstranten schlossen sich dieses Mal Unterhaltungsstars wie Paul Newman und Harry Belafonte an, Vertreter der jüdischen Gemeinde Washingtons und der katholischen Kirche, die Bürgermeister von Washington D.C., New York City und Chicago und Bürgerrechtler, angeführt von der Witwe Martin Luther Kings.

Die fünfzig schwarzen Särge sollten die Opfer unter der schwarzen Bevölkerung Südafrikas symbolisieren, die seit der Verhängung des Ausnahmezustands getötet wurden. Die Veranstalter des Protestmarsches hatten den Montag zum „Nationalen Tag der Trauer für die schwarzen Bürger Südafrikas" ausgerufen.

„Beerdigungen sind für jene, die weiterleben", erklärte Rabbi Andrew Baker vom „Amerikanisch-Jüdischen Komitee". „Es ist die Apartheid und nicht ihre Opfer, die wir heute beerdigen", sagte er.

Coretta Scott King zitierte ihren Mann: „Ungerechtigkeit irgendwo in der Welt ist eine Bedrohung der Gerechtigkeit überall in der Welt." Der New Yorker Bürgermeister Edward Koch zog Vergleiche mit der Nazizeit. So wie die Nazis nach 1933 Juden verfolgt und gefoltert hatten, würden nun von einer mit den Nazis zu vergleichenden Regierung die Farbigen verfolgt und gefoltert. Koch kritisierte die Haltung der Reagan-Administration gegenüber der südafrikanischen Regierung, die ebenso nachgiebig sei, wie sie anfänglich nach 1933 gegenüber dem Hitlerregime nachgiebig gewesen sei. „Wir verhielten uns falsch im Jahre 1933, wir verhalten uns ebenso falsch im Jahre 1985," sagte er in einer Pressekonferenz.

Hauptziel und Hauptforderung der Demonstranten war es, die amerikanische Regierung zu veranlassen, ihre Politik des „konstruktiven Engagements", die sie als eine „Politik des Appeasements" und eine „amerikanische Schande" bezeichneten, zu beenden, und stattdessen strikte Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika zu verhängen. Edward Koch forderte außerdem den sofortigen Abbruch aller diplomatischen Beziehungen zu Pretoria.

Einer der Vorsitzenden der „Free South Africa Movement", Randall Robinson erklärte, angesichts der wachsenden Proteste in den USA und der zunehmenden Unterdrükkung in Südafrika bemühe Reagan sich weiterhin, Entschuldigungen „für die tödlichen Exzesse" des Apartheid-Systems zu finden.

Die Reagan-Administration hat sich bisher allen Sanktionsforderungen widersetzt, weil sie die farbige Mehrheit in Südafrika härter treffen würden als die Weißen. Reagan ist jedoch in den letzten Wochen unter wachsenden Druck des Kongresses geraten, diese Haltung zu ändern.

Das State Department reagierte nicht direkt auf den Protest vor seiner Haustür. Es veröffentlichte jedoch später fast zeitgleich mit dem Weißen Haus eine Erklärung, die sich in erster Linie an die Regierung in Pretoria wendet und sie aufruft, daß dies „die Zeit für kühne Entscheidungen" sei und Verhandlungen mit den schwarzen Führern Südafrikas aufzunehmen. Washington rechnet damit, daß die südafrikanische Regierung am Donnerstag Vorschläge in dieser Richtung bekanntgeben wird.

Die Washingtoner Demonstrationen verliefen ohne Zwischenfälle. Es gab keine Verhaftungen, sondern nur Opfer der großen Hitze, die im Augenblick über Washington liegt.

Papst fordert Unabhängigkeit für Namibia

DW. Jaunde

Auf der dritten Station seiner Afrikareise hat Papst Johannes Paul II. in Kamerun die Unabhängigkeit Namibias gefordert und erneut die Rassentrennungspolitik Südafrikas verurteilt. In der Landeshauptstadt Jaunde begrüßte er am Montag, daß die nationale Unabhängigkeit „mittlerweile in fast allen Ländern des Kontinents" verwirklicht sei: „Und man kann hoffen, daß diejenigen, die noch nicht unabhängig sind – ich denke im besonderen an Namibia – es ohne Verzögerung auch werden."

Ohne den Namen der Republik Südafrika zu nennen, verurteilte der Papst aufs neue die Apartheidpolitik: „Es ist beklagenswert, zusehen zu müssen, daß ein System der Apartheid mit den Mitteln harter Unterdrückung noch immer besteht, weiterhin viele Opfer fordert und die menschlichen Grundrechte mit Füßen tritt." Johannes Paul II. forderte, die Zukunft der Länder der Sahelzone längerfristig abzusichern.

Ärzte wollen ein Ressort „Umwelt und Gesundheit"

dpa, Bonn

Bei einer Regierungsumbildung soll nach Ansicht des Ärzteverbandes Hartmannbund ein Ministerium für Gesundheit und Umwelt eingerichtet werden. Der Verband erklärte gestern, wegen des ursächlichen Zusammenhanges zwischen Umweltbelastung und Krankheiten sollte dem Beispiel von Rheinland-Pfalz gefolgt und die Verantwortlichkeit des Bundesgesundheitsministers auf den Umweltschutz erstreckt werden.

Der Hartmannbund erneuerte auch seine Forderung, dem künftigen Bundesministerium für Gesundheit und Umwelt alle Umweltreferate des Bundesinnenministeriums sowie die für die Krankenversicherung zuständige Abteilung des Bundesarbeitsministeriums anzugliedern. Dann wären endlich alle gesundheitlich wichtigen Fragen in einem fachlich dafür gerüsteten Ministerium zusammengefaßt.

Dem Arbeitsministerium, das vorwiegend an Renten- und Arbeitsmarktpolitik interessiert sei, wäre dann diese Materie entzogen.

Regierung plant Gespräch mit DAG und Arbeitgebern

rtr. Bonn

Die Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG) wird voraussichtlich nicht an dem für den 5. September vorgesehenen Dreier-Gespräch zwischen Regierung, Arbeitgebern und Deutschem Gewerkschaftsbund (DGB) beteiligt. Regierungssprecher Friedhelm Ost erklärte gestern in einem Interview der Deutschen Welle, er gehe davon aus, daß Bundeskanzler Helmut Kohl Arbeitgeber und DAG zu einem Gespräch auf ähnlichem Niveau wenige Tage nach dem 5. September einladen werde. Für eine DAG-Teilnahme auf Gewerkschaftsseite an dem seit 1977 ersten Spitzentreffen von Regierung und Tarifparteien hatte sich vor allem Bundesarbeitsminister Norbert Blüm eingesetzt. Ost erklärte, die Tarifparteien hätten die Aufgabe, gemeinsam mit der Regierung wichtige Fragen anzugehen. Allerdings sollte „man hier nicht allzu große Hoffnungen in Patentrezepte oder Patentlösungen setzen".

Berlin gedenkt der Opfer des Mauerbaus

F. DIEDERICHS, Berlin

Mit einer Kranzniederlegung am Mahnmal für die Opfer des Stalinismus haben gestern der Berliner Senat und Vertreter des Abgeordnetenhauses der 184 Menschen gedacht, die seit dem Bau der Mauer am 13. August 1961 bei Fluchtversuchen an der Demarkationslinie ums Leben gekommen sind. Die Redner von CDU, SPD und FDP setzten sich in der Feierstunde dafür ein, das Ziel der Überwindung der Trennung nicht aus den Augen zu verlieren und eine größere Durchlässigkeit der innerdeutschen Grenze anzustreben.

Berlins Innensenator Heinrich Lummer (CDU) erklärte für den Berliner Senat, die Mauer werde keinen Bestand haben, weil den Menschen auf Dauer nicht das Recht auf Freiheit und Freizügigkeit verwehrt werden könne. Die „DDR", so Lummer, solle im eigenen Interesse wie auch im Interesse ihrer Bürger auf einen Zustand hinarbeiten, der das Mauermonstrum überflüssig mache.

Die Berliner SPD hatte im Zusammenhang mit dem 24. Jahrestag des Mauerbaus einen Forderungskatalog an die „DDR" veröffentlicht, der sich unter anderem für eine Verringerung der Kontaktverbote für „DDR"-Bewohner ausspricht. Außerdem forderte ihr stellvertretender Vorsitzender, Nils Diederichs, einen Verzicht der „DDR" auf Einreiseverweigerung gegenüber ehemaligen „DDR"-Bewohnern.

Mehrere Mitglieder der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte haben gestern am Westberliner Grenzübergang „Checkpoint Charlie" und an den Gedenkkreuzen für erschossene Flüchtlinge nahe des Berliner Reichstags mit Mahnwachen gegen die andauernden Verletzungen der Menschenrechte in der „DDR" protestiert. Sie forderten die Abschaffung des Schießbefehls sowie die Freilassung mehrerer aus politischen Gründen inhaftierter Frauen.

Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" hat in seiner gestrigen Ausgabe den Mauerbau als eine Maßnahme zu rechtfertigen versucht, die „schon längst fällig gewesen war" und den Frieden gerettet habe. West-Berlin sei damals, so der Leitartikel, zur „Frontstadt" und zum „Pfahl im Fleisch" der „DDR" erklärt worden. „Massenmedien der BRD kündigten den bevorstehenden Einmarsch der Bundeswehr mit klingendem Spiel durch das Brandenburger Tor an."

Aus der Grenzsicherung sei vor allem die Lehre zu ziehen, schreibt das SED-Zentralorgan, daß der Frieden auch heute und morgen „angesichts neuer Bedrohungen durch die aggressivsten, am meisten reaktionären Kräfte der USA, durch die sichtbare Belebung des Militarismus und Revanchismus in der BRD" verteidigt und gefestigt werden müsse.

Bremser und Heizer

fu. (London) – Die Staatsbahn British Rail sieht sich einmal mehr der Drohung eines landesweiten Streiks ausgesetzt. Bereits jetzt werden Teile des Schienennetzes durch inoffizielle Streikaktionen beeinträchtigt oder gar lahmgelegt.

Wieder einmal geht es um die von British Rail geplante Einführung des Ein-Mann-Betriebs zunächst der Güterzüge und danach auch der Nahverkehrs- und Eilzüge. Bis jetzt fahren auf allen Zügen, einschließlich der Güterzüge, Zugbegleiter mit, die im Prinzip nichts anderes sind als ehemalige Bremser oder Heizer. So gehören der Nationalen Eisenbahnergewerkschaft immerhin rund 10 000 Zugbegleiter an.

Man mag durchaus Sympathien empfinden, wenn ein Berufsstand an Traditionen festhält. Doch im vorliegenden Fall geht es um nichts anderes als um einen Anachronismus. Bremser und Heizer haben auf Diesel- und E-Lok-betriebenen Zügen nichts mehr verloren. Der Berufsstand als solcher ist längst ausgestorben, doch seine Träger haben sich unter einem Decknamen in die heutige Zeit hinübergerettet.

Wie anderswo auch ist die britische Staatsbahn zunehmendem Wettbewerb auf der Straße und vor allem in der Luft ausgesetzt. Doch die für ein erfolgreiches Bestehen und damit für die langfristige Sicherung von Arbeitsplätzen erforderlichen Abspeckungskuren werden gerade in Großbritannien immer wieder nicht eingesehen.

So sitzen denn der Heizer oder Bremser von früher als Zugbegleiter hinten im letzten Wagen und lassen dösend den Schienenstrang hinter sich verschwinden. Auch das ist ein Beruf. Und nicht schlecht bezahlt.

Zahlen-Spiele

hg – Wem soll man da glauben: Das Bundesbauministerium beziffert den Leerstand an Mietwohnungen auf 370 000, der Zentralverband der Haus- und Grundeigentümer nennt eine Million. Hat da einer falsch gerechnet? Es kommt darauf an. Die Eigentümer zählen auch die Wohnungen mit, die gerade leerstehen, weil der alte Mieter aus- und der neue noch nicht eingezogen ist. Ebenso Wohnungen, die zwar schon vermietet sind, aber noch nicht bezogen. Auf diese Weise kommt man natürlich zu einer eindrucksvollen Zahl, die Klagen über die eigene wirtschaftliche Situation untermauert. Im Hause Schneider nennt man diese kontinuierlichen Leerstände „wohnungswirtschaftlich nicht relevant", denn sie seien schließlich immer da. Der Bundesbauminister wertet „seine" Zahlen als Normalisierung des Wohnungsmarktes, der seiner Meinung nach ein bis zwei Prozent des Bestandes als Reserve verfügbar halten sollte. Vielleicht ist auch seine Rechnung nicht richtig. Aber sie klingt plausibel.

FINANZMÄRKTE / Der Dollar hat sich weiter auf 2,7736 Mark abgeschwächt

Im Kreditgewerbe wird jetzt eine Senkung des Diskontsatzes erwartet

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die weitere Abschwächung des Dollars, dessen amtlicher Kurs gestern von 2,7984 auf 2,7736 DM und damit auf den niedrigsten Stand seit dem 22. Juni letzten Jahres zurückgenommen wurde, verstärkt in Bankkreisen die Erwartung, daß der Zentralbankrat auf seiner morgigen ersten Sitzung nach der Sommerpause die Notenbankzinsen senken wird. Man spekuliert auf eine mindestens halbprozentige Ermäßigung des Diskontsatzes (derzeit 4,5 Prozent) und des Lombardsatzes (derzeit sechs Prozent).

Nach dem deutlichen Rückgang der Geldmarktzinsen während der letzten Wochen gilt ein solcher Schritt der Bundesbank jetzt als überfällig. Aus dem Kreditgewerbe werden die Frankfurter Währungshüter ermuntert, sich schon morgen für eine Anpassung der Notenbankzinsen an das Marktniveau zu entscheiden und nicht etwa noch zwei Wochen bis zur nächsten Sitzung zu warten. Für vordringlich halten Bankiers eine Senkung des Diskontsatzes, nachdem sich die Zinssätze für Ein- bis Dreimonatsgeld am Bankengeldmarkt bei nur noch 4,70 bis 4,85 Prozent eingependelt haben. Auf eine Verbilligung dieser wichtigen Refinanzierungsquelle haben sich die Banken in der jüngsten Zeit bereits dadurch eingestellt, daß sie der Bundesbank deutlich weniger Wechsel zur Rediskontierung anboten.

Eine gleichzeitige Senkung des Lombardsatzes wird zwar in Bankkreisen für materiell weniger dringlich gehalten, weil die Bundesbank dem Kreditgewerbe die benötigte Liquidität schon seit Monaten billiger über Wertpapierpensionsgeschäfte zur Verfügung stellt, zuletzt zum Zinssatz von 4,8 Prozent. Einer Lombardsatzsenkung würde allerdings Signalcharakter beigemessen, wodurch sich die Kreditinstitute aufgefordert fühlen könnten, die bisher schon von der Bundesbank bewirkte Zinssenkung am Geldmarkt stärker an die Kreditkunden weiterzugeben. Zugleich mit einer Senkung des Diskontsatzes erwartet man auch eine Ermäßigung des Zinssatzes (4,5 Prozent), zu dem die Bundesbank Schatzwechsel ankauft, um ein Absinken des Tagesgeldzinses am Bankengeldmarkt zu verhindern.

In Bankkreisen wird die Auffassung vertreten, daß – abgesehen von der aktuellen Marktentwicklung – auch alle anderen relevanten Daten für eine Notenbankzinssenkung sprechen. Die Preisentwicklung verläuft ruhig und verspricht – nicht zuletzt dank der Dollarabschwächung – eine weitere Entspannung. Die Zentralbankgeldmenge bewegt sich mit einer Zunahme um knapp 4 Prozent (saisonbereinigte Jahresrate) in der Mitte des Geldmengenkorridors von 3 bis 5 Prozent.

Vor allem wird darauf hingewiesen, daß der Rückgang des Dollarkurses von fast 3,50 DM auf unter 2,80 DM der Bundesbank Handlungsspielraum verschafft habe. Der Dollar gilt nach der Teilkorrektur seiner horrenden Überbewertung als „angeschlagen". Nachdem sich die Finanzmärkte des Wechselkursrisikos der US-Währung wieder bewußt geworden sind, hat der Zinsnachteil der D-Mark gegenüber dem Dollar deutlich an Einfluß auf die Wechselkursbildung verloren, so daß weniger Gefahr unerwünschter Dollarkursausreißer nach oben besteht. Auch die Entwicklung des langfristigen Kapitalverkehrs, die von Zuflüssen geprägt ist, steht einer Zinsermäßigung in der Bundesrepublik Deutschland nicht entgegen.

In diesem Zusammenhang wird in Bankkreisen überdies darauf hingewiesen, daß auch Zinsvorteile von EWS-Währungen gegenüber der D-Mark nicht mehr als überzeugend empfunden werden, weil das Risiko einer Wechselkursneuordnung mit Aufwertungseffekt für die D-Mark nach der jüngsten Lira-Abwertung nach Einschätzung des Marktes eher größer geworden ist. Man rechnet damit, daß deutsche Engagements in hochverzinslichen Anlagen in EWS-Währungen deutlich zurückgehen. Die Angst vor möglichen künftigen Turbulenzen im EWS als Folge einer Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem Dollar wird als weiteres Argument für eine Zinssenkung angeführt.

VERSCHULDUNG

Frankfurt liegt nach den Stadtstaaten an der Spitze

dpa/VWD, Hamburg

Die Stadt Frankfurt am Main ist nach den Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin der größte Schuldenmacher in der Bundesrepublik Deutschland. Nach einer dpa/VWD-Umfrage bei den Stadtkämmerern der größten 25 deutschen Städte war hier der absolute Schuldenstand zum 30. Juni mit 3,31 Milliarden Mark wie auch die Pro-Kopf-Verschuldung mit 5398 Mark am höchsten.

Zwar wurde die Gesamtverschuldung gegenüber Ende 1984 leicht um 1,5 Prozent zurückgeführt, gegenüber Ende 1980 war jedoch ein Anstieg von 93,43 Prozent zu verzeichnen.

Übertroffen wurde die Main-Metropole – relativ gesehen – nur noch von Stuttgart, dessen Schulden Ende 1984 mit 1,37 Millarden um 101 Prozent höher lagen als 1980.

Der Stadtstaat Bremen häufte in diesem Zeitraum seinen Schuldenberg ebenfalls um bedenkliche 76,84 Prozent auf 7,19 Milliarden Mark an, gefolgt von München (plus 69,8 auf 1,87 Milliarden), Mannheim (66,13 auf 0,86 Milliarden) und dem Stadtstaat Hamburg (62,1 auf 13,3 Milliarden). Allein im letzten Jahr machten die Hamburger 18,1 Prozent mehr Schulden.

Deutsche Meister im Sparen waren in den vergangenen fünf Jahren hingegen die Städte Wuppertal und Karlsruhe, deren Schuldenstand mit 686 und 421 Millionen Mark nur um 1,2 bzw. 1,8 Prozent zunahm. Vergleichsweise bescheiden waren auch die Zuwächse in Wiesbaden (10,48 Prozent), Münster (12,5), Duisburg (16) und Köln (17,4).

Die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin ist allerdings nicht mit der der anderen Städte zu vergleichen, da kommunale und Landesschulden in einem ausgewiesen werden.

So müßte der „Bürgerschuld" Frankfurts ein Teil der hessischen Landesschulden zugerechnet werden, um vergleichbare Daten zu bekommen.

Die Stadt Frankfurt und andere Stadtoberen wiederum weisen darauf hin, daß die Pro-Kopf-Verschuldung wenig aussagekräftig sei, da die Schulden in Bezug zu den Einnahmen gesetzt werden müßten. Auch sei zu berücksichtigen, daß einige Kommunen zahlreiche Betriebe, die im Besitz der Stadt seien, in ihre Rechnung einbezögen, andere wiederum nicht.

Zu den Städten, die allein innerhalb der ersten sechs Monate 1985 ihre Schulden zurückführen konnten, zählen der Umfrage zufolge Münster (minus 5,3 Prozent), das auch mit 1052 Mark Pro-Kopf-Schuld an letzter Stelle der 25 Städte steht, gefolgt von Wuppertal (minus 5,16) und Dortmund (minus 4,2). Bei den Münchnern war die Entwicklung dagegen im ersten Halbjahr von einer Zunahme der Schulden um 14,6 Prozent geprägt.

Mangel an Flexibilität

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Während Frankreich im Kampf gegen die Inflation und im Außenhandel Erfolge erzielt hat, hat sich die Lage am Arbeitsmarkt verschlechtert. Das ist nicht nur eine Folge des sehr schwachen Wirtschaftswachstums und damit der Stabilisierungspolitik, welche die sozialistische Regierung nach ihrem fehlgeschlagenen Vollbeschäftigungsexperiment eingeleitet hat. Darüber hinaus müssen unter dem Druck des verschärften internationalen Wettbewerbs Strukturanpassungen nachgeholt werden, die andere Länder schon hinter sich haben.

Bereits in den letzten zehn Jahren ist die französische Industriebelegschaft um rund eine Million oder 17 Prozent zurückgegangen. Gleichzeitig aber wurden im tertiären Sektor zwei Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen. Dadurch konnten auch die Abgänge der Bau- und Landwirtschaft mehr als kompensiert werden. Dieses Reservoir ist inzwischen erschöpft. Dabei steht verschiedenen Industriezweigen, insbesondere der Automobilindustrie (Renault) der Gesundschrumpfungsprozeß erst noch bevor.

So droht Frankreich nach einer Untersuchung des Statistischen Amtes (Insee) bis 1988 ein weiterer Verlust von 900 Arbeitsplätzen. Gleichzeitig aber wird die aktive Bevölkerung um 700 000 Personen zunehmen. Andererseits werden 800 000 wegen Erreichen der Altersgrenze aus dem Berufsleben ausscheiden. Aber selbst wenn die Regierung das bereits sehr weit getriebene System der vorzeitigen Pensionierung noch verstärken sollte, wird die Zahl der Arbeitslosen – zur Zeit 2,4 Millionen oder 10,5 Prozent der aktiven Bevölkerung – nach Schätzung der OECD in den nächsten vier Jahren noch um mindestens eine halbe Million steigen, während die meisten westlichen Industriestaaten mit einer Stabilisierung oder einem Rückgang rechnen können.

Der vielleicht wichtigste Grund für diese Diskrepanz ist die Starrheit des französischen Arbeitsmarktes. Sie kommt vor allem in den strengen Entlassungsschutzbestimmungen zum Ausdruck. Danach bedarf jede kollektive oder individuelle Entlassung aus wirtschaftlichen Gründen der ausdrücklichen behördlichen Zustimmung – ein Verfahren, das in dieser Schärfe in keinem anderen europäischen Land existiert. Zwar werden in der Praxis inzwischen die meisten Anträge genehmigt, allerdings erst nach mehreren Monaten und unter zahlreichen, für die Unternehmen sehr kostspieligen Auflagen, angefangen von der teilweisen Finanzierung der Frühpensionierung bis zum sogenannten Umschulungsurlaub.

So überrascht es nicht, daß in Frankreich die Unternehmer bei Neueinstellungen größte Zurückhaltung üben. Lieber überläßt man einen Auftrag der ausländischen Konkurrenz, als dafür zusätzliches Personal einzustellen, von dem man sich später nicht mehr trennen kann. Dies ist die Erklärung dafür, daß bei jedem Nachfrageschub die Importe in die Höhe schnellen.

Die Flexibilität des Arbeitsmarktes wird außerdem durch das übermäßige Gewicht des öffentlichen Sektors behindert. In Frankreich dürfen nicht nur Beamte nicht entlassen werden. Auch die Angestellten der durch die sozialistische Nationalisierungsaktion beträchtlich erweiterten staatlichen Banken und Industriekonzerne besitzen eine weitgehende Arbeitsplatzgarantie. Allerdings sind auch private Großunternehmen wegen der Streikmacht der Gewerkschaften mit Entlassungen eher zurückhaltend.

Der französische Arbeitsmarkt ist allerdings auch von der Angebotsseite her sehr unflexibel. Die (geographische) Mobilität der Arbeitskräfte ist gering, und die Berufsausbildung ist dem Bedarf der Wirtschaft wenig angepaßt. Das erklärt die hier extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit. Auch liegt die durchschnittliche Arbeitslosendauer wegen des hohen Anteils freigesetzter ungelernter Arbeitskräfte wesentlich über dem internationalen Durchschnitt.

Diese und andere strukturelle Mängel sind aber nicht von heute auf morgen zu beheben. So drohen die bereits sehr hohen Kosten der Arbeitslosigkeit weiter zuzunehmen. Aber dies erscheint immer noch als kleineres Übel gegenüber den inflatorischen und defizitären Konsequenzen einer Vollbeschäftigungspolitik, wie sie die französische Regierung 1981 und 1982 praktizierte.

AUF EIN WORT

„Bauherren und Modernisierer sind sehr schlecht beraten, wenn sie den sogenannten Billigbau mit einschneidendem Komfortverlust und explodierenden Folgekosten bezahlen müssen."

Manfred Henning, Vorsitzender der Vereinigung Deutsche Sanitärwirtschaft, Hagen FOTO: DIE WELT

Auftrieb erwartet

dpa/VWD, Bonn

Die Genossenschaftsbanken rechnen mit einer Verstärkung der Auftriebskräfte. In seinem Konjunkturbericht geht der Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) davon aus, daß die Wachstumsrate im zweiten Quartal 3,5 Prozent erreicht. Für das gesamte Jahr hält der BVR ein reales Wachstum des Bruttosozialprodukts von 2,5 Prozent für möglich. Auf die Zahl der Arbeitslosen werde sich die Belebung nicht auswirken. Während die Beschäftigtenzahlen im Jahresdurchschnitt um etwa 90 000 steigen dürften, halte zugleich der Zustrom neuer Arbeitssuchender an.

PREISE

Sparkassenverband erwartet weitere Stabilitätserfolge

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Mit weiteren Fortschritten bei der Stabilisierung des Preisniveaus rechnet der Sparkassenverband. Die Jahressteigerungskosten könnte im Herbst vorübergehend sogar wieder eine Eins vor dem Komma haben. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Preissteigerungsrate mit etwas über zwei Prozent gegenüber der vorjährigen (2,4 Prozent) nochmals etwas sinken, womit die Bundesrepublik neben Japan international wieder eine Spitzenposition einnehmen würde. Diese Prognose begründet der Sparkassenverband mit der Erwartung, daß die Importpreissteigerungen als Folge des gesunkenen Dollarkurses im weiteren Jahresverlauf deutlich zurückgehen sowie mit nur geringem Preisdruck aus dem Inland.

An der Außenwirtschaftsfront erwartet der Verband Rekordüberschüsse in der Handels- und Leistungsbilanz für dieses Jahr, die allerdings weniger aus der Zunahme der Exporte im Jahresverlauf als vielmehr aus einer deutlichen Zurückhaltung bei den Importen resultieren.

Diese Importschwäche beruht nach Einschätzung der Sparkassen nicht nur auf der bisher schwachen Inlandsnachfrage, sondern könnte auch ein Zeichen für eine gewisse Skepsis der Unternehmen hinsichtlich ihrer künftigen Produktionsmöglichkeiten sein, worauf jüngste Unternehmensbefragungen hinwiesen. Andererseits dürfte auch die auf dem Inlandsmarkt verbesserte preisliche und technische Konkurrenzfähigkeit deutscher Unternehmen die Importneigung vermindert haben. Bei den Arbeitnehmereinkommen erwartet der Verband eine allmähliche Zunahme.

KONJUNKTUR

Wirtschaftsministerium gibt einen positiven Lagebericht

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der seit dem Herbst wieder in Gang gekommene Anstieg der Beschäftigung dürfte sich in den nächsten Monaten nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums verstärkt fortsetzen. In dem jüngsten Lagebericht weist das Ministerium darauf hin, daß die Kurzarbeit im Juli um 60 Prozent unter dem Stand des Vorjahres lag. Bei einer Ausdehnung der Produktionstätigkeit könnten die Unternehmen nunmehr immer weniger auf betriebsinterne Arbeitskraftreserven zurückgreifen. Sie müßten Neueinstellungen vornehmen.

Die Wirtschaft der Bundesrepublik, so der Lagebericht, stand auch im ersten Halbjahr 1985, im Zeichen der konjunkturellen Expansion. Während das Bruttosozialprodukt im ersten Quartal wegen des außergewöhnlich strengen Winters real nur um rund 0,5 Prozent höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres gelegen hatte, dürfte die entsprechende Rate im zweiten Quartal rund 3,5 Prozent betragen haben, wobei freilich der lange Arbeitskampf im Frühsommer 1984 den aktuellen Wachstumstrend überzeichnet. Im Durchschnitt des ersten Halbjahres dürfte der Vorjahresstand real um rund zwei Prozent übertroffen worden sein.

Der Wachstumstrend wird sich nach Meinung des Ministeriums im zweiten Halbjahr fortsetzen. Bei anhaltend lebhaftem Exportgeschäft dürften dabei die binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte zunehmend an Gewicht gewinnen. Die Einzelhandelsumsätze – ein kurzfristiger Indikator für den privaten Verbrauch – haben im zweiten Quartal ebenfalls leicht zugenommen. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie hat ihren letzten Höchststand vom Herbst 1979 inzwischen nahezu erreicht.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Schulden lasten auf der Welt

Bruttoverschuldung gegenüber dem Ausland in Mrd Dollar 1984 – jeweils letztverfügbarer Stand

Region	Land	Mrd Dollar
Lateinamerika	Brasilien	100
Lateinamerika	Mexiko	91
Lateinamerika	Argentinien	45
Lateinamerika	Venezuela	35
Lateinamerika	Chile	20
Lateinamerika	Peru	13
Osteuropa	Polen	26
Osteuropa	UdSSR	23
Osteuropa	Jugoslawien	21
Osteuropa	DDR	12
Osteuropa	Rumänien	9
Mittlerer Osten und Afrika	Ägypten	30
Mittlerer Osten und Afrika	Israel	29
Mittlerer Osten und Afrika	Nigeria	20
Asien	Südkorea	42
Asien	Philippinen	26
Asien	Indonesien	24
Asien	Malaysia	14
Asien	Thailand	11

© Globus 5781

Vor der in den Entwicklungsländern angehäuften Schuldenlast von über 900 Milliarden Dollar haben beide Angst – die Gläubigerländer und die Schuldnerländer. Die Gläubiger haben eine schwere Erschütterung ihres Bankensystems zu erwarten, wenn die Zahlungsunfähigkeit einzelner Schuldnerländer zum Zusammenbruch größerer Banken führen sollte. Die Schuldnerländer fürchten ebenfalls eine Bankrotterklärung, weil sie die Kreditquellen auf lange Zeit verstopfen würde. QUELLE: GLOBUS

Japan soll aus den USA mehr importieren

Tokio (dpa/VWD) – Die amerikanische Regierung mit Präsident Ronald Reagan an der Spitze lehnt freiwillige japanische Exportkontrollen ab. Statt dessen erwartet sie, daß das fernöstliche Inselreich seinen hohen Überschuß im Außenhandel mit den USA durch massive Käufe amerikanischer Satelliten, Flugzeuge und Telekommunikationseinrichtungen abbaut. Das hat Reagans Handelsbeauftragter Clayton Yeutter am Dienstag in Tokio dem japanischen Regierungschef Yasuhiro Nakasone klargemacht. Reagan halte die Mechanismen des freien Marktes für das geeignete Mittel zum Abbau des amerikanischen Handelsdefizits mit Japan, das im vergangenen Jahr immerhin 37 Milliarden Dollar (105,45 Mrd. DM) erreicht hatte.

Schnaps-See

Bonn (dpa/VWD) – Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AGV) hat die Wein-Verspritungsaktion der Europäischen Gemeinschaft am Dienstag in Bonn scharf kritisiert. Rund 2,5 Milliarden Liter Wein werden nach Angaben der AGV so 1985 aus dem Markt gezogen und zu Weinalkohol verarbeitet. Das werde den Steuerzahler mehr als 1,2 Milliarden DM im Jahr kosten. Da aber der Weinalkohol trotz hoher Subventionen teurer bleibe als der gleichwertige synthetische Alkohol, würden die unverkäuflichen Schnapsvorräte der EG 1985 zu einem See von zehn Millionen Hektolitern anwachsen.

Fusion mit Auflagen

Berlin (Wz.) – Das Bundeskartellamt hat der BASF AG, Ludwigshafen, den Erwerb einer Mehrheitbeteiligung an der Inmont Corp., Clifton (Delaware/USA), nicht untersagt, nachdem das Unternehmen den einschränkenden Auflagen des Amtes zustimmte. Aufgrund der Auflagen soll BASF die Tochtergesellschaften der Inmont-Gruppe in der Bundesrepublik, die Hartmann Druckfarben GmbH und die Inmont GmbH, innerhalb einer angemessenen Frist veräußern. Ohne den Verkauf der inländischen Tochtergesellschaften hätten die Unternehmen eine marktbeherrschende Position auf den Binnenmärkten bei Buchdruck- und Tiefdruckfarben sowie bei Autolacken erreicht.

Baulandpreise gesunken

Wiesbaden (AP) – Der im Durchschnitt pro Quadratmeter Bauland bezahlte Betrag lag im ersten Quartal 1985 in der Bundesrepublik bei 75,07 DM gegenüber 81,77 DM im vierten Vierteljahr des Vorjahres. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden vom Dienstag wurde baureifes Land im Durchschnitt für 111,21 DM je Quadratmeter verkauft, in den letzten drei Monaten des Vorjahres waren es noch 118,92 DM.

Rekord im Einzelhandel

London (AFP) – Der Index des Einzelhandelsabsatzes stieg im Juli in Großbritannien um 0,1 Prozent auf den Rekordstand von 116,1 (Basis 100 im Jahre 1980). Dies wurde aus offizieller Quelle in London bekannt. Im Mai und im Juni war eine Zunahme von 1,1 Prozent bzw. 1,3 Prozent registriert worden. Der Absatz in der Dreimonatsperiode Mai bis Juli stieg gegenüber den vorhergehenden drei Monaten im Volumen um zwei Prozent und im Vergleich zur Vorjahresperiode um fünf Prozent.

Höhere Erzeugerpreise

Washington (dpa) – Die Erzeugerpreise in den USA sind im Juli um 0,3 Prozent gegenüber dem Vormonat gestiegen. Wie das US-Arbeitsministerium mitteilt, sorgten vor allem Preiserhöhungen bei mehreren Nahrungsmitteln für den seit April höchsten Anstieg in einem Monat. Insgesamt ergab sich für das Jahr bisher nur ein Anstieg von 1,4 Prozent bei den Erzeugerpreisen, die maßgeblich dazu beitragen, daß die Inflationsrate in den USA derzeit bei unter vier Prozent liegt.

„Fibor" im Kursblatt

Bonn (DW.) – Im Kursblatt der WELT werden ab sofort täglich die in Frankfurt ermittelten Fibor-Sätze veröffentlicht. Fibor (Frankfurt Interbank Offered Rate) ist ein aus 12 Referenzzinssätzen ermittelter Wert, der als Basis für den Zins von variabel verzinsten Anleihen (Floating Rate Notes) dient.

WOHNUNGSMARKT

Bauministerium: 370 000 Mietwohnungen stehen leer

dpa, Bonn

Nach einer Schätzung des Bundesbauministeriums stehen in der Bundesrepublik etwa 370 000 Mietwohnungen leer. Mit diesen am Dienstag in Bonn veröffentlichten Angaben liegt das Bauministerium weit unter den Zahlen des Zentralverbands der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, der von einer Million leerstehender Wohnungen spricht. Insgesamt gibt es im Bundesgebiet gut 24 Millionen Wohnungen, davon sind 14 bis 15 Millionen vermietet.

Die Schätzung des Ministeriums beruht auf der Hochrechnung einer vom Gewos-Institut für Stadt-, Regional- und Wohnforschung durchgeführten Analyse in den Städten Dortmund, Hamburg, Norderstedt, Nürnberg, Osnabrück, Stuttgart und Wuppertal. In diesen sieben Städten standen nach Angaben des Ministeriums 1,4 Prozent aller Wohnungen leer.

Das Bauministerium geht davon aus, daß außerhalb der Großstädte mehr Wohnungen leerstehen als in den Ballungsräumen. Zunehmende Vermietungsschwierigkeiten und Wohnungsleerstände hätten bereits dazu geführt, daß Eigentümer freifinanzierter Wohnungen von Mieterhöhungen absähen oder sogar Mietsenkungen vornähmen. In älteren Beständen würden Verbesserungen vorgenommen.

Um Leerstände bei Sozialwohnungen abzubauen, empfiehlt die Studie ein Zusammenwirken von Eigentümern und der öffentlichen Hand. Die Mieten sollten durch veränderte Finanzierungsmodalitäten auf ein vertretbares Maß gesenkt werden.

EG / Ein Aktionsprogramm zur Ausbildung im Technologiebereich vorgeschlagen

Industrie und Hochschule als Partner

WILHELM HADLER, Brüssel

Mit Finanzzuschüssen von rund 180 Mill. Mark will die EG-Kommission die Bemühungen um eine praxisorientiertere Ausbildung von Ingenieuren, Naturwissenschaftlern und Technikern unterstützen. Ziel ihrer Vorschläge für ein „Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Aus- und Weiterbildung im Technologiebereich" (COMETT) ist vor allem die Schaffung eines europäischen Netzes von „Ausbildungspartnerschaften" zwischen Hochschulen und Wirtschaft.

Die rasche Entwicklung der neuen Technologien erfordere es, daß sowohl Jugendliche wie Erwachsene besser vorbereitet würden, um die Veränderungen im Laufe ihres Berufslebens zu bewältigen, heißt es in der Begründung des Programmentwurfs. Qualifikation, Vielseitigkeit und Unternehmungsgeist seien mehr denn je gefragt.

Nach Angaben der Kommission übersteigt der Bedarf an Ingenieuren und Spitzentechnikern sowohl quantitativ wie qualitativ eindeutig die derzeitige Zahl der Hochschulabgänger.

Die EG-Behörde stützt sich dabei unter anderem auf eine wissenschaftliche Erhebung, wonach in der Bundesrepublik nicht weniger als 55 Prozent der Benutzerfirmen den Mangel an Fachkräften mit angemessenen Kenntnissen im Bereich der Mikro-Elektronik für ein größeres Problem halten als den Mangel an Finanzmitteln. In Großbritannien liegt diese Quote bei 45, in Frankreich bei 51 Prozent.

Mehr und mehr werde daher in der EG die Notwendigkeit hervorgehoben, fachübergreifende Lehrprogramme auszuarbeiten, „die das Bewußtsein für die allgemeine betriebliche und wirtschaftliche Realität schärfen und die Menschen auf die soziale Bewältigung des technologischen Wandels vorbereiten".

Die Kommission verweist nicht nur auf „die heutigen Klagen" der Wirtschaft über die Überspezialisierung und die allzu theoretischen Kenntnisse der eingestellten Hochschulabsolventen; sie konstatiert auf der anderen Seite auch eine „Isolierung" der Wirtschaft von den Hochschulen.

Erstaunlich sei besonders die geringe Studentenmobilität. Weniger als ein Prozent aller Hochschüler machten von der Möglichkeit Gebrauch, ihr Studium in einem anderen EG-Land zu vervollständigen.

Die vorgeschlagenen Partnerschaften sollen vor allem ein effektiveres System für Studentenpraktika in der Wirtschaft schaffen. Dabei denkt die Kommission an Zuschüsse für rund 10 000 Praktika, was den Finanzministern der EG wahrscheinlich bei weitem zu teuer wird.

AUTOZULASSUNGEN

Ausländer legten in Frankreich zu

J. Sch., Paris

Der französische Automobilmarkt scheint sich zu erholen. Nachdem im ersten Halbjahr ein Absatzrückgang von 0,7 Prozent (Jahresvergleich) verbucht wurde, stiegen die Pkw-Zulassungen im Juli – trotz des Ferienbeginns – gegenüber dem Vormonat auf 164 657 (143 133). Das waren 14,58 Prozent mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Zwar zählte der Juli einen Arbeitstag mehr, wenn man ihn abzieht, dann erreichte der Zuwachs aber immer noch 9,8 Prozent.

Von dem Nachfrageschub profitierten allerdings in erster Linie die Importeure. Sie konnten ihren Absatz im unbereinigten Juli-Vergleich um 27,3 Prozent steigern und so ihren Marktanteil auf 45,2 Prozent (erstes Halbjahr: 34,7 Prozent) verbessern. Zwar werden im Juli in Frankreich stets besonders viele ausländische Wagen gekauft. Aber ihr Zulassungsanteil war noch niemals so hoch. Dies erklärt sich vor allem daraus, daß die französischen Hersteller zum Monatsbeginn ihre freigegebenen Preise kräftig erhöht haben.

SÜDAFRIKA / Unruhen belasten die Wirtschaft – Vertrauensschwund bei westlichen Banken nimmt rapide zu

Gefahr droht von hohen kurzfristigen Schulden

WILHELM FURLER, London

Die politischen Unruhen in Südafrika haben auch zu einer Verschlechterung der wirtschaftliche Lage geführt. Dabei geht es insbesondere um die Einhaltung finanzieller Verpflichtungen gegenüber dem Ausland sowie um eine unbefriedigende Konjunkturentwicklung.

Die Verhängung des Ausnahmezustandes in 36 der insgesamt 256 Distrikten Südafrikas hat nicht nur zu einem Stopp neuer Investitionen durch Frankreich, sondern mit dem Ruf nach totalen Sanktionen in anderen Ländern, wie sie inzwischen von Brasilien verhängt wurden, zu einer allerdings nicht quantifizierbaren Verschlechterung der allgemeinen Investitionsbereitschaft geführt. Gleiches gilt auch für die Kreditvergabe nicht nur an die Regierung in Pretoria, sondern auch an individuelle Kreditnehmer des Landes.

So hat etwa das Vorgehen der Chase Manhattan Bank, die Kreditvergabe an alle südafrikanischen Kreditnehmer zu beenden, ohne Zweifel Einfluß auf andere Auslandsbanken, von denen Südafrikas Wirtschaft ganz erheblich abhängig ist. Käme es zu einem weitergehenden Vertrauensschwund im westlichen Bankensystem, wäre nicht auszuschließen, daß die laufenden Kreditlinien nicht verlängert würden.

Gegenwärtig wird die gesamte Auslandsverschuldung Südafrikas auf 19 bis 20 Mrd. Dollar (53 bis 56 Mrd. DM) geschätzt. Dabei gilt das Land als hervorragender Kreditnehmer, was die Zinstilgung und pünktliche Rückzahlung betrifft. Ein Problem ergibt sich für Pretoria allerdings daraus, daß nach Berechnungen Londoner Bankiers die Auslandsverschuldung zu nahezu zwei Dritteln kurzfristig ist, das heißt innerhalb von zwölf Monaten fällig wird.

Als gesund wird dagegen von Beobachtern die südafrikanische Leistungsbilanz bezeichnet, die im ersten Quartal dieses Jahres einen Überschuß in Höhe von gut 1,6 Mrd. DM auswies. Für das gesamte Jahr wird ein Leistungsbilanz-Überschuß von mehr als fünf Mrd. DM erwartet, nachdem noch im letzten Jahr ein Defizit von 1,275 Mrd. DM ausgewiesen worden war.

Weniger gut sieht es dagegen im Kapitalverkehr aus: Netto-Zuflüssen langfristigen Kapitals in Höhe von 2,7 Mrd. Rand standen 1984 kurzfristige Kapitalabflüsse in Höhe von rund drei Mrd. Rand gegenüber. Seit Ende letzten Jahres hat sich der Abfluß kurzfristigen Kapitals rapide beschleunigt: 366 Mill. Rand an Zuflüssen von langfristigem Kapital im ersten Quartal dieses Jahres (fast ausschließlich Wertpapierkäufe an der Johannesburger Börse) standen Abflüsse kurzfristigen Kapitals in Höhe von knapp 2,8 Mrd. Rand gegenüber, davon 2,87 Mrd. Rand aus dem Privatsektor.

Dennoch wird es nach Ansicht von Beobachtern kaum zu einer Kapitalknappheit kommen. Praktisch alle großen Investitionsvorhaben wie Kraftwerksbauten und Kohlevergasungsanlagen sind vollendet. Auch ein Boykott seitens der internationalen Banken würde erst in vielen Jahren Auswirkungen zeigen – dann nämlich, wenn Investitionen für den Ersatz veralteter Anlagen unumgänglich würden.

Schwerwiegender sind da Befürchtungen, daß sich der Bergarbeiter-Streik der Schwarzen nach dem von der Gewerkschaft gesetzten Stichtag am 26. August rapide ausweiten könnte, und daß der gegenwärtige Boykott weißer Einzelhändler und Geschäftsleute durch die schwarze Bevölkerung in der östlichen Kap-Region auf andere Regionen, insbesondere auf die Minen-Gegenden, übergreift. Dies dürfte die südafrikanische Wirtschaft belasten und damit nicht ohne Auswirkungen auf die Banken des Landes bleiben, was wiederum das Vertrauen ausländischer Banken zusätzlich untergraben könnte.

Ursprünglich war für dieses Jahr ein reales Wirtschaftswachstum von bis zu zwei Prozent erwartet worden. Doch diese Prognose mußte inzwischen deutlich nach unten revidiert werden. Der stark unter Druck geratene Rand (gegenwärtig liegt der Randkurs bei 1,28 DM) läßt eine Lokkerung der strengen Währungs- und Fiskalpolitik der Regierung Botha, unter der die verarbeitende Wirtschaft des Landes leidet, in absehbarer Zeit als unwahrscheinlich erscheinen.

JAPAN / Sanko Steamship erklärt sich zahlungsunfähig

Minister zurückgetreten

dpa/VWD, Tokio

Die japanische Tankerreederei Sanko Steamship Co., die als größte der Welt gilt, hat gestern vor einem Gericht in Kobe ihre Zahlungsunfähigkeit erklärt und Schutz vor der Einzelverfolgung durch Gläubiger nach japanischem Recht gesucht. Das Gericht akzeptierte den Antrag und leitete die vorgeschriebenen Maßnahmen ein, die zu einem Vergleich oder zum Konkurs führen können. Ebenfalls gestern hat Japans Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone den Rücktritt seines 74jährigen Staatsministers Toshio Komoto angenommen. Er ist Hauptaktionär von Sanko und war dort viele Jahre lang Präsident.

Sanko hat, wie es in der japanischen Presse offenbar aufgrund gezielter Informationen der Gläubiger hieß, zusammen mit den Tochterfirmen wie Zuito Kaiun, Sanko Marine und Eastern Shipping Schulden in Höhe von mindestens einer Billion Yen (12,5 Mrd. DM). Drei Fünftel davon schuldet die Gruppe ausländischen Schiffseignern an Chartergebühren, und viele Werften in Japan und anderen Ländern dürften auf ihren Sanko-Aufträgen sitzenbleiben. An der Börse in Tokio wurde der Handel mit Sanko-Aktien am Montag eingestellt, nachdem die Hausbanken neue Kredite verweigerten. Dies versetzte der Reederei den letzten Stoß.

In der japanischen Regierung hat die Sanko-Krise beträchtliche Unruhe ausgelöst. Nakasone wäre nach den komplizierten Regeln in der Regierungspartei verpflichtet, einen von Komotos Anhängern zu seinem Nachfolger zu ernennen. Japanische Regierungsbeobachter vermuten jedoch bereits, daß er die Entscheidung möglicherweise bis Oktober – dem Zeitpunkt der geplanten Kabinettsumbildung – vertagt.

Finanzminister Noboru Takeshita hat die Befürchtung geäußert, daß der Sanko-Fall die Banken und andere Sektoren nicht unberührt lassen werde, und er wies seine Beamten an, Vorkehrungen zum Schutz dieser Institutionen zu treffen. Verkehrsminister Tokuo Yamashita dagegen versicherte, sein Ministerium werde den Wiederaufbau der zahlungsunfähigen Reederei unterstützen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bergisch Gladbach: Breidenbach Verwaltungs GmbH, Kürten; **Berlin-Charlottenburg:** E. u. H. Sonntag Tischlereibetrieb GmbH; FBV Frauenbuchvertrieb u. SISSI Verlag Berlin GmbH; Paass GmbH Werkzeug u. Maschinenhandel; **Bielefeld:** König Bauunternehmen GmbH; **Bochum:** Rosendahl u. Aßmus GmbH; Hermann Wozniak; **Dortmund:** Hoffmann u. Maier Bauges. mbH, Castrop-Rauxel; **Düsseldorf:** RAOR-Wohnungsbau GmbH, Ratingen; LEVOR-Wohnungsbau GmbH, Ratingen; **Hamburg:** „TST" Türen-Service-Taube GmbH; MONTAN-UNION GmbH; TREUBAU Treuhandges. f. Bauherren mbH; MONTAN-UNION Vertriebsges. mbH Nord; MONTAN-UNION Vertriebsges. mbH Süd, Stuttgart; Naasz Import u. Export Handelsges. mbH; **Hannover:** Windsurfing Studio Handelsges. mbH; **Köln:** IMBA-Immobilien-, Bauträger- u. Baubetreuungsges. mbH; AUTO „GOTLAND" GmbH; **Krefeld:** Ruth Meyer; **Neuss:** Gabor Mathe, Meerbusch; Friedrich Hermann-Josef Sangs, Dormagen; **Nordhorn:** Horst Müller, Tischlermeister; **Oldenburg/Holstein:** Textilhaus Rieckmann KG (GmbH u. Co.); **Usingen:** K. D. Bauges. mbH; **Wesel:** Wilhelm Selic, Hamminkeln; Oswin Lauschus, Dinslaken; **Wiesbaden:** A. T.-Tiefbau u. Abbruchges. mbH, Wiesbaden-Dotzheim; **Wittlich:** Josef Hohn, Noviand; Heizung Wirtz GmbH.

BRASILIEN / Der Gürtel sitzt schon eng genug – Präsident José Sarney trotzt dem Internationalen Währungsfonds

Optimismus über die wirtschaftliche Situation

WERNER THOMAS, São Paulo

Präsident José Sarney will dem Druck aus Washington widerstehen. „Wir können uns von der dogmatischen Haltung internationaler Finanz-Behörden keine unnötige Rezessionspolitik aufzwingen lassen", erklärte er dem Volk während einer Fernsehansprache. „Eine große Nation wie Brasilien kennt ihre Pflichten."

Zwischen der Sarney-Regierung und dem internationalen Währungsfonds (IWF) herrscht ein erbittertes Tauziehen um ein weiteres Anpassungsprogramm. Die IWF-Experten stellen Austeritätsforderungen, die der Präsident und seine Wirtschaftsberater nicht erfüllen wollen. Die befürchten eine neue Rezession. „Brasilien", erläuterte Sarney dem New Yorker „Wall Street Journal", „kann keine neue Rezession verkraften. Die sozialen Kosten wären zu hoch."

Die Zeit drängt. Am 31. August läuft ein bereits um 90 Tage verlängertes Abkommen über die Umschuldung kurzfristiger Schulden aus, dessen Schicksal von IWF-Vereinbarungen abhängt. Dann sind die massiven Umschuldungspläne – 45,3 Mrd. Dollar – in Gefahr, wenn keine Einigung mit dem Währungsfonds erzielt wird. Brasilien hat die höchsten Schulden der Dritten Welt, 104 Mrd. Dollar.

José Sarney (55), ein Jurist und Freizeitdichter, übernahm Mitte März nach einer 21jährigen Herrschaft der Militärs als erster demokratischer Präsident die Führung des größten Landes Lateinamerikas. Der IWF-Konflikt ist eines seiner bisher schwersten Probleme, weil er zwischen zwei Fronten geriet.

Auf der einen Seite braucht Sarney den Segen des Währungsfonds, auf der anderen Seite aber auch die Unterstützung der linken Kräfte seiner Koalitionsregierung. Diese drängen zur Konfrontation. Im November stehen zudem wichtige Kongreßwahlen an.

Die Meinungsverschiedenheiten betreffen besonders die Bekämpfung der Inflation, nach Ansicht des Präsidenten „unser Hauptfeind". Die Lebenshaltungskosten steigen zur Zeit um jährlich 220 Prozent. Wie Sarneys Wirtschaftsberater Luis Paulo Rosemberg berichtete, beträgt das Haushaltsdefizit 5,1 Prozent des Bruttosozialproduktes. Der Währungsfonds wünsche jedoch bis Ende des Jahres einen Überschuß von 1,2 Prozent. Rosemberg: „Unmöglich. Der Gürtel sitzt schon eng genug." Im Juli verkündete die Sarney-Regierung, sie kürze die staatlichen Ausgaben weiter um umgerechnet 6,3 Milliarden Dollar.

In Brasilien herrscht keine Krisenstimmung. Das Wirtschaftswachstum sollte 1985 etwa fünf Prozent erreichen. Nach dem Rekordjahr 1984 (13,1 Mrd. Dollar) erwartet man in diesem Jahr ein weiteres Handelsbilanzplus: zwölf Milliarden Dollar. Die Währunsreserven stiegen auf 8,2 Mrd. Dollar. „Die Situation ist gut", sagt Rosemberg.

Radikale Maßnahmen a la Argentinien seien nicht notwendig. Wie ein Alptraum wirken die Rezessionsjahre zwischen 1981 und 1983, als das Realeinkommen der Brasilianer um 18 Prozent schrumpfte. „Die internationalen Behörden kennen oft nicht die Realitäten des Lebens", erklärte Sarney dem „Wall Street Journal". „Wir müssen die Armut bekämpfen. Die Armut bedroht die Demokratie."

Niemand geriet bisher in Panik, auch nicht die Bankiers. Brasilien zahlt seine Zinsen. Das Nachrichtenmagazin „Veja" erinnerte daran, daß Sarney dem Währungsfonds schrittweise entgegenkommt und erinnerte an die abrupt entschiedene Kürzung der Staatsausgaben. Die meisten Beobachter der wirtschaftlichen Szene in São Paulo erwarten für spätestens Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres eine Einigung mit dem scharf attackierten Währungsfonds. Dann hat Sarney die Wahlen hinter sich gebracht.

FRANKREICH / Computer für die Verwaltung

Keine Entlassungen geplant

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Trotz ihres Sparhaushalts will die französische Regierung alles versuchen, um das Land in das Zeitalter der „Informatik" zu führen. Nachdem sie beschlossen hatte, sämtliche Schulen mit Computern auszustatten, ist jetzt die öffentliche Verwaltung an der Reihe: innerhalb von drei Jahren soll sie komplett auf Computer umgestellt werden. Dafür werden allein im nächsten Jahr drei Milliarden Franc (rund eine Milliarde Mark) aus Staatsmitteln bereitgestellt.

Bereits in den 60er Jahren waren die französischen Ministerien und Zentralverwaltungen mit Großcomputern ausgestattet worden. Bei den Behörden selbst besteht aber immer noch ein großer Modernisierungsrückstand gegenüber anderen Ländern.

Künftig aber brauchen die Beamten nur auf die richtige Computertaste zu drücken, um vom Terminal die gewünschte Auskunft einzuholen. Jede Behörde, so heißt es, muß mit allen notwendigen Informationen in Sekundenschnelle versorgt werden können. Das vereinfache die Arbeit und schaffe Zeit für die Verbesserung der Beziehungen zum Publikum. Allerdings mache die Umstellung auch Arbeitsplätze überflüssig, räumte der zuständige Minister Jean La Garrec ein.

Schon im nächsten Jahr sollen 4100 Beamtenstellen der Informatik zum Opfer fallen. Entlassungen werde es aber nicht geben. Vielmehr würden die 54 000 Abgänge aus Altersgründen durch nur 50 000 Neueinstellungen ersetzt. Insgesamt will die Regierung den gegenwärtigen 2,5 Millionen Beamten 5000 Stellen streichen. Ursprünglich sollten 10 000 Arbeitsplätze gestrichen werden.

Parallel dazu erfolgt die Umschulung des Personals auf den Computerbetrieb. In den nächsten drei Jahren haben insgesamt rund eine Million Beamte entsprechende Kurse zu durchlaufen. Die Regierung verspricht sich davon eine schlagartige Effizienzverbesserung der französischen Verwaltung.

CHEMIE / Währungsentwicklung verstärkt Wirkung der deutschen Lohndisziplin

Zahl der Beschäftigten steigt wieder

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Auch eine Folge der Währungsentwicklung: Auf der internationalen Skala der Chemie-Löhne ist die Bundesrepublik Deutschland noch weiter zurückgefallen. Auf DM-Basis gerechnet, liegt der Brutto-Stundenlohn eines Chemiearbeiters in den USA – dem Spitzenreiter der Rangliste – mit 31,61 (27,06) DM nun um 85 (63) Prozent über den 17,05 (16,56) DM seines deutschen Kollegen.

Auch der japanische Chemiearbeiter verdient mit 24,37 (20,83) DM deutlich mehr. Hier allerdings entsteht der große Unterschied zum Teil durch eine abweichende Berechnungsweise: Die Japaner weisen den Bruttostundenlohn nicht direkt aus, sondern errechnen einen Durchschnittslohn aus den Bruttomonatsverdiensten (einschließlich der zwei bis drei Mal jährlich gezahlten Gratifikationen und der geleisteten Arbeitsstunden). Der vergleichbare deutsche Wert wäre 23,06 (22,05) DM. Aber auch er würde 1984 von den Japanern übertroffen.

Gegenüber der europäischen Konkurrenz liegt die Bundesrepublik indessen immer noch weit vorn: Die Briten kamen 1984 auf einen Stundenlohn von 13,88 (13,04) DM, die Franzosen verdienten 13,08 (12,54) DM und die Italiener 12,36 (11,37) DM. Für die deutsche Chemie, in der jeder zweite Arbeitsplatz vom Export abhängt, ist besonders erfreulich, daß sie bei den Lohnkostensteigerungen sowohl im Jahres- wie im Fünf-Jahres-Vergleich das Schlußlicht bildet.

Im Vergleich zu 1983 kam sie nur auf ein Plus von 3 Prozent, gefolgt von Frankreich mit 4,3, Großbritannien mit 6,4, Italien mit 8,7 und schließlich den USA mit 16,8 und Japan mit 17 Prozent. Der Vergleich mit dem Jahr 1980 zeigt die USA und Japan mit Stundenlohn-Steigerungen von 109,8 und 85,7 Prozent mit Abstand auf den ersten Plätzen, Großbritannien folgt mit 40,3, Italien mit 38,4, Frankreich mit 23 und Deutschland mit 20,7 Prozent.

„Unter Lohnkosten-, Währungs- und Wettbewerbsaspekten am besten abgeschnitten hat die bundesdeutsche Chemie", zieht der Bundesarbeitgeberverband Chemie, der den Vergleich alljährlich anstellt, das Fazit. Die wechselkursverstärkte Wettbewerbsfähigkeit zeigt auch intern bereits Wirkung: „Nicht zuletzt den günstigen Exportverhältnissen ist es zuzuschreiben, daß die deutsche Chemiebeschäftigtenzahl derzeit wieder mit einer Jahresrate von über einem Prozent wächst."

Anders als in Japan und den USA, wo die „drastische Aufwertung" den Wettbewerbseffekt eigentlich moderater Lohnerhöhungen (USA: plus 4,9 Prozent, Japan: plus 5,2 Prozent in Landeswährung) wieder zunichte machte, kamen in der Bundesrepublik die Chemiearbeiter damit auch in den Genuß der Früchte ihrer Zurückhaltung. Die noch stärkeren Abwertungen der europäischen Nachbarwährungen sorgten umgekehrt aber auch dafür, daß die Franzosen, Briten und Italiener die Folgen ihrer geringeren Lohndisziplin nicht voll zu tragen hatten.

Den Lohnempfänger selbst interessiert ohnehin letztlich nur der Kaufkraft-Effekt seiner dickeren Lohntüte. Und da, nach Abzug der Inflationsraten, sah alles noch einmal ganz anders aus: Die Briten erhielten 1984 eine reale Zulage von 3,6 Prozent, die Japaner 2,9 Prozent, die Italiener 2,1 Prozent, die Deutschen und die Amerikaner 0,6 Prozent, und die Franzosen mußten sich mit einer Zulage von 0,2 Prozent begnügen.

UNIVERSITÄTSDRUCKEREI STÜRTZ

Streik bremste Wachstum

DANKWARD SEITZ, München

„Zwei Gesichter" hatte, so die Würzburger Universitätsdruckerei H. Stürtz AG, das Geschäftsjahr 1984. Da führte der Arbeitskampf in der Druckindustrie zu einem Ausfall von 19 Arbeitstagen, wodurch Produktion, Umsatz und Ertrag negativ beeinflußt wurden. Auf der anderen Seite setzte sich dagegen, wie es im Geschäftsbericht heißt, der schon 1983 erkennbare Trend einer verbesserten Konjunkturentwicklung fort und führte vor allem im zweiten Halbjahr zu einer stärkeren Nachfrage verbunden mit guter Beschäftigung und Kapazitätsauslastung.

Durch diese positive Entwicklung konnte nach Angaben des Vorstands ein wesentlicher Teil des Umsatzausfalls wieder aufgeholt werden. Erneut konnte dabei der Umsatz im Bereich Werbe- und Industriedrucksachen gesteigert werden, während bei der Herstellung von Büchern und wissenschaftlichen Zeitschriften ein Rückgang eintrat. Das Umsatzplus von 2,8 Prozent auf 57,05 Mill. DM geht jedochfast ausschließlich auf die Übernahme der beiden Frankfurter Verlage Wolfgang Weidlich und Walter Flechsig zurück. Der eigene Verlagsumsatz sei 1984 nur „fast wieder erreicht" worden.

Daß trotz der Streikauswirkung ein um 24,4 Prozent auf 0,56 Mill. DM verbesserter Jahresüberschuß ausgewiesen werden kann, wird von Stürtz auf die bessere Auslastung und Stabilisierung der Marktpreise zurückgeführt. Außerdem hätten dazu die Produktivitätssteigerung, die Umsatzrendite verbesserte sich auf 0,91 (0,76) Prozent, und Kostensenkungen beigetragen. Begründet wird damit auch der weitere Personalabbau auf 618 (635) Mitarbeiter. Investiert wurden 2,8 (1,26) Mill. DM bei Abschreibungen von 3,14 (2,4) Mill. DM.

Als Bilanzgewinn verbleiben nach Einstellung von 0,28 (0,23) Mill. DM in die freien Rücklagen 0,28 (0,23) Mill. DM. Ausgeschüttet wird daraus eine unveränderte Dividende von 80 DM je 1000-DM-Aktie auf das Grundkapital von 1,5 Mill. DM. Der Rest wird den freien Rücklagen zugeführt, die dann 6,2 Mill. DM erreichen.

TUI: Höhere Preise in diesem Winter

dpa/VWD, Hamburg

Die Touristik Union International (TUI), Hannover, wird – wie andere deutsche Reiseveranstalter – ihre Preise in diesem Winter erhöhen. Die Flugreisen in den Süden im Nah- und Mittelstreckenbereich werden im Vergleich zum vergangenen Winter um durchschnittlich vier bis fünf Prozent teurer werden, teilte das Unternehmen, Deutschlands größter Reiseveranstalter, gestern mit. Bei Fernreisen liegt die Erhöhung bei durchschnittlich sechs Prozent. Die Preisanhebungen sind nach Darstellung des Veranstalters vor allem durch die zum Teil hohen Inflationsraten in den Zielländern notwendig geworden.

Bei Bahn- und Autoreisen in die Ski-Urlaubsländer beträgt die Erhöhung zwischen 2,5 Prozent (Deutschland) und 4,5 Prozent (Italien). Für Ferienwohnungen sind zwischen drei und sechs Prozent mehr aufzuwenden. Die TUI verzeichnete im Geschäftsjahr 1983/84 mit mehr als 2,2 Millionen Buchungen einen Umsatz von 2,4 Mrd. DM.

Eberhard von Heusinger wird 60 Jahre

Er hält sich gerne im Hintergrund, beobachtet aber mit wachen Augen, was sich an den verschiedenen Enden des Quandtschen Familienbesitzes tut: Eberhard von Heusinger, gelernter Jurist und Vorstandsmitglied der Altana AG, Bad Homburg, der am 15. August 60 Jahre alt wird. Seit 1966 ist er für das Haus tätig, etliche Jahre davon als enger Mitarbeiter des inzwischen verstorbenen Herbert Quandt. Unter seinem Vorstandsvorsitz fand auch die Realteilung der damaligen Varta AG in die neue Varta, die Ceag und die Altana statt. Die vielfältigen Ämter illustrieren am besten sein Interessen- und Einflußspektrum. Von Heusinger ist Aufsichtsratsmitglied bei BMW, Varta, Wayss Freitag sowie bei den Altana-Töchtern Milupa und Byk Gulden; bei der Allianz sitzt er im Gemeinsamen Beirat, bei der Deutschen Bank im Beraterkreis. (Wb.)

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Zwölf Prozent Dividende

Hannover (dpa/VWD) – Die Zukker-AG Uelzen-Braunschweig, Uelzen, schlägt der Hauptversammlung (17. September) für das Geschäftsjahr 1984/85 (28. 2.) vor, auf das Grundkapital von 10,5 Mill. DM eine Dividende von 12 Prozent zu zahlen.

Aufträge aus China

Essen/Hamburg (dpa/VWD) - Die im Anlagenbau tätige Krupp Industrietechnik GmbH, Duisburg, hat zum dritten Mal einen Auftrag aus China über die Lieferung einer schlüsselfertigen Kupferdrahtanlage erhalten. Wie die Tochter der Fried. Krupp GmbH berichtete, wurde der Auftrag mit einem Volumen von rund 40 Mill. DM von der Beijing Copper Plant in Peking gegen starke Konkurrenz vergeben. Einen Großauftrag im Wert von mehr als 100 Mill. DM für den Bau von drei Sicherheitspapieranlagen hat das Maschinenbauunternehmen Coutinho, Caro und Co. AG, Hamburg, aus China erhalten. Wie das Unternehmen mitteilte, wurde dieser Auftrag in enger Kooperation mit der Firma Doerries,Düren, gewonnen.

Hoher Wertzuwachs

Düsseldorf (Py.) – Durch die überdurchschnittliche Wertentwicklung sowie eine weitere Absatzverbesserung hat das Fondsvermögen der von der Kapitalfonds Kapitalanlagegesellschaft mbH, Köln, verwaltete Gerling-Investmentfonds zur Jahresmitte die 500-Mill.-DM-Marke weit hinter sich gelassen. Das Vermögen des Rentenfonds Gerling Rendite erreichte 473 Mill. DM (plus 10,6 Prozent). Mit einem Nettozufluß von 56,3 Mill. DM wurde das Vorjahresergebnis um 28,2 Prozent übertroffen. Beim Aktienfonds Gerling Dynamik stieg das Vermögen trotz eines Mittelrückflusses von netto 1,2 Mill. DM und der Ausschüttung von 1,4 Mill. DM von 23,7 auf 25,2 Mill. DM. Der Anteilwert von Gerling Rendite wuchs um 5,5 Prozent auf 54,45 DM, der von Gerling Dynamik um 18,1 Prozent auf rund 54 DM.

Neuer Aufsichtsrat

Frankfurt (VWD) – Die Baumeister-Haus-Gruppe, Frankfurt, Vereinigung mittelständischer Bauunternehmer, hat ihren Aufsichtsrat neu bestellt. Aufsichtsratsvorsitzender wurde Heinz Reinhard als Nachfolger von Horst Hesse. Stellvertretender Vorsitzender ist Claus Jökel. Die Baukooperation entstand 1967 in Baden-Württemberg und weist inzwischen mit über 80 Partner-Firmen rund 2 Mrd. DM Gruppenumsatz aus. In seinem Amt bestätigt wurde als externes Aufsichtsratsmitglied Horst Achenbach (Deutsche Bank AG, Frankfurt). Als weiteres externes Mitglied neu gewählt wurde der Hamburger Rechtsanwalt Michael Schäffer.

NAMEN

Hans Helmut Blank, früheres Vorstandsmitglied und jetzt Aufsichtsratsmitglied der Eternit AG, Berlin, wird am 15. August 70 Jahre.

Prof. Dr. **Hans Ulrich** wurde zum Ehrenmitglied des Verbandes der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft e. V. gewählt.

Hanns Joachim Riedl, langjähriger Vorstandsvorsitzender der Veba Kraftwerke Ruhr (VKR), Essen, ist im Alter von 75 Jahren gestorben.

BANQUE FRANCO-ALLEMANDE / Das Kapital wurde kräftig aufgestockt

Offensiv mit Geld und Service

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Banque Franco-Allemande (B. F. A.) S. A., Paris, die sich seit 25 Jahren bevorzugt den deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen widmet, will ihre Erfahrungen auch Unternehmen aus Österreich, der Schweiz und Skandinavien anbieten. Die älteste Bank mit deutschem Kapital in Frankreich hält jedoch unverändert an ihrer Entwicklungsstrategie fest: Kapitalmarktgeschäfte, Dienstleistung und Beratung.

Diesen Aktivitäten dient nicht nur die Gründung der Société franco-allemande d'Assistance et du Conseil (Sofac), die Hilfe bei Gründungen von Tochtergesellschaften bietet und Kooperationen mit französischen Unternehmen vermittelt, sondern auch eine B. F. A.-Gesellschaft, die bei Beteiligungsabsichten und -verkäufen, Fusionen und Joint ventures berät. Bei alledem kommt der Bank zustatten, daß sie den 13. Platz unter allen ausländischen Banken am Platz Paris innehat und im DM/Franc-Devisenhandel in der Hauptstadt eine Schlüsselstellung einnimmt.

„Konfrontiert mit einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld und zunehmend härter werdender Konkurrenz hat die B. F. A. eine offensive Strategie gewählt", heißt es im Geschäftsbericht 1984. Dieser Zukunftssteuerung diente auch die massive Kapitalaufstockung seitens der Aktionäre, von denen die Westdeutsche Landesbank (WestLB), Düsseldorf, allein 92 Prozent des jetzt 367 Mill. F (122 Mill. DM) betragenden Kapitals hält. Partner sind drei weitere deutsche Landesbanken.

Die Bankengelder der B. F. A. und verschiedene Geldmarktmittel wuchsen 1984 um 3,5 Prozent auf 6,14 Mrd. F (2,05 Mrd. DM), die Kundeneinlagen stiegen um 16,6 Prozent auf 667 Mill. F (222 Mill. DM). Analog zur schwachen Konjunktur wurden mit 4,09 Mrd. F (1,36 Mrd. DM) fast 7 Prozent weniger Mittel an die Wirtschaft herausgelegt. Um 19,4 Prozent auf 2,68 Mrd. F (0,89 Mrd. DM) stiegen dagegen die Ausleihungen an Banken.

Die neu gestarteten Akquisitionsbemühungen bei Großunternehmen des Landes, multinationalen Unternehmen sowie mittelständischen Kreditinstituten, waren erfolgreich. Gestiegene Verwaltungsaufwendungen, höherer Einzelwertberichtigungen (Creusot-Loire) und eine „angemessene" Risikovorsorge für internationale Länderrisiken drückten das Ergebnis. Der Jahresüberschuß ging auf 6,1 (13,9) Mill. (2 nach 4,6 Mill. DM) zurück. Rund 4,1 (12,5) Mrd. F (1,4 nach 4,2 Mill. DM) wurde als Dividende ausgeschüttet. Die Bilanzsumme stieg auf 7,51 Mrd. F (2,5 Mrd. DM).

Da ist ein Land der Lebenden und ein Land der Toten,
und die Brücke zwischen ihnen ist die Liebe -
das einzig Bleibende, der einzige Sinn.

Für uns alle unfaßbar verstarb heute viel zu früh der Mittelpunkt unseres Lebens. Ein vorbildliches Menschenleben, reich an Liebe, Güte und unermüdlicher Fürsorge für die Seinen, ist plötzlich zu Ende gegangen.

Günter Sahm

* 28. 5. 1926 † 11. 8. 1985

In Liebe, Dankbarkeit und großer Trauer

Rosemarie Sahm
Raymond Sahm
Oliver Sahm

Mit uns trauern

Maria Sahm
Familie Werner Sahm
Familie Ria Ourmutchi
und Angehörige

5410 Höhr-Grenzhausen, Sonnenhof, 11. August 1985

Trauerfeier und Beisetzung finden am Donnerstag, dem 15. August 1985, um 15.00 Uhr auf dem Westfriedhof in Höhr-Grenzhausen statt.

Von Beileidsbezeugungen am Grabe bitten wir Abstand zu nehmen.

Im Sinne des Verstorbenen bitten wir um eine Spende für die Aktion „Brot für die Welt" zugunsten des Förderkreises Palermo, Volksbank Höhr-Grenzhausen, Konto 10 0707 24, BLZ 570 911 00, den Günter Sahm seit langem gefördert hat.

Wir haben die schmerzliche Pflicht, den für uns unfaßbaren Tod unseres Mitgesellschafters bekanntzugeben.

Günter Sahm

* 28. 5. 1926 † 11. 8. 1985

Wir verlieren einen wertvollen Menschen, der in selbstlosem, verantwortungsvollem Einsatz in der Geschäftsleitung von Rastal gewirkt und sich aufgeopfert hat.

Er stand mit seiner umfassenden Erfahrung, seiner unternehmerischen Kompetenz und seinem sozialen Verantwortungsbewußtsein seit dem Tode seines Vaters 1952 in der Führungsspitze des Unternehmens.

Wir verneigen uns in tiefer Trauer und großer Dankbarkeit vor einer herausragenden Persönlichkeit, die sich durch hohe Menschlichkeit auszeichnete.

Geschäftsleitung und Mitarbeiter
der Firmen
Rastal GmbH & Co. KG
5410 Höhr-Grenzhausen

Rastal Sahm & Co.
Chur/Schweiz

Trauerfeier und Beisetzung finden am Donnerstag, dem 15. August 1985, um 15.00 Uhr auf dem Westfriedhof in Höhr-Grenzhausen statt.

Von Beileidsbezeugungen am Grabe bitten wir Abstand zu nehmen.

Im Sinne des Verstorbenen bitten wir um eine Spende für die Aktion „Brot für die Welt" zugunsten des Förderkreises Palermo, Volksbank Höhr-Grenzhausen, Konto: 10 0707 24, BLZ 570 911 00, den Günter Sahm seit langem gefördert hat.

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von Herrn

Direktor i. R. Dipl.-Ing.

Hanns-Joachim Riedel

Herr Riedel gehörte dem Aufsichtsrat der STEAG AG von 1968 bis 1977 an und war in der Zeit von 1970 bis zu seinem Ausscheiden dessen stellvertretender Vorsitzender.

Er stand unserem Unternehmen mit seinem wertvollen Rat und seiner reichen Erfahrung stets hilfreich zur Seite und hat uns bei vielen Entscheidungen mit seinem ausgezeichneten Fachwissen tatkräftig unterstützt.

Seine unternehmerische Leistung und sein hohes Verantwortungsbewußtsein werden für uns stets Vorbild sein.

Aufsichtsrat Vorstand Betriebsrat Belegschaft

STEAG
Aktiengesellschaft

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden †
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monica Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stuck, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99,
Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Renten unter leichtem Druck

Öffentliche Anleihen gaben durchschnittlich um 0,20 Prozentpunkte nach. Es wurden Abgaben aus dem Ausland beobachtet. Sie dienen der Sicherstellung von Kurs- und Währungsgewinnen. Inländische Anleger warten auf die Entscheidung des Zentralbankrats. Es wird die Vermutung geäußert, daß in dem jetzigen Renditeniveau eine Diskontsenkung schon eskomptiert ist. Für einen nennenswerten Rückgang der deutschen Kapitalmarktzinsen fehle es an Phantasie. Vorzeitig gekündigt wurde die 7¾prozentige Kaufhof-Anleihe aus dem Jahre 1971.

Bundesanleihen

		13.8.	12.8.
Bund 76 IV	10/85	100,4G	100,5
½ dgl. 78 II	3/86	100,2G	100,25
½ dgl. 78	5/86	100,15	100,2
7¼ dgl. 76 I	12/86	102,65bG	102,55
6½ dgl. 79	1/87	101,9G	101,9G
7¾ dgl. 76 II	1/87	102,65bG	102,65G
6¾ dgl. 77	4/87	102,1G	102,2
6½ dgl. 77	7/87	101,95G	101,95
6 dgl. 77	10/87	101,1	101,1
6 dgl. 78 I	1/88	100,8	100,8
6½ dgl. 78 I	9/88	102,45G	102,5
6½ dgl. 78 II	12/88	102,45	102,45
6¾ dgl. 79	1/89	103	103G
F 7¾ dgl. 79 I	4/89	104,45	104,45G
F 10 dgl. 81 I	4/89	112,5	112,5
F 7½ dgl. 79 I	6/89	105,3	105,35
F 8 dgl. 79 I	7/89	106,7	106,85
F 8 dgl. 79 II	8/89	106,75	106,95
F 7½ dgl. 79 II	9/89	105,35	105,35
F 7¾ dgl. 79 II	11/89	104,3	104,25
F 7¾ dgl. 80	1/90	106,1	106,3
F 10 dgl. 80	4/90	115	115
F 5¾ dgl. 78	5/90	99	98,9
F 8¾ dgl. 80 I	7/90	108,7	108,8
F 8¾ dgl. 80 II	11/90	109,05	109,15
F 7¾ dgl. 82 I	11/90	106,95bG	107,1
F 9 dgl. 81	2/91	111,35	111,35
F 7½ dgl. 83 III	6/91	106,2bG	106,3
F 10¾ dgl. 81	7/91	117,2	117,3G
F 10¾ dgl. 81	9/91	119,75	119,95
F 10 dgl. 81 II	12/91	116,75	116,95
F 9¾ dgl. 82 I	1/92	115,3	115,45
F 9¾ dgl. 82 II	3/92	115,5	115,6
F 9½ dgl. 82	4/92	114,5	114,6G
F 9 dgl. 82 I	5/92	111,95	112,05
F 8½ dgl. 82	6/92	109,5	109,6G
F 9 dgl. 82 II	8/92	112,15	112,25
F 8¾ dgl. 82	9/92	111,15	111,25
F 7¾ dgl. 82 II	12/92	106,75	106,75
F 7½ dgl. 83	1/93	105,3	105,4
F 6 dgl. 78 II	3/93	97,75	97,75
F 7½ dgl. 83 II	3/93	105,4	105,5G
F 8¼ dgl. 83	6/93	109,05	109,15
F 8 dgl. 83	7/93	107,8	107,95
F 8¼ dgl. 83 II	8/93	109,1	109,3
F 8¼ dgl. 83 III	10/93	108,95	109,05
F 8¼ dgl. 83 IV	11/93	109,05	109,15
F 8¼ dgl. 83 V	12/93	109,05	109,15
F 8¼ dgl. 84	1/94	108,95	109,1
F 8¼ dgl. 84 II	2/94	109,15	109,2
F 8 dgl. 84	3/94	107,65	107,75
F 8¼ dgl. 84 III	6/94	109,4	109,45
F 8¼ dgl. 84 IV	7/94	109,55	109,65
F 8¼ dgl. 84 V	8/94	109,55	109,65
F 7½ dgl. 84	10/94	105,1	105,2
F 7 dgl. 84	12/94	102,2bG	102,2
F 7 dgl. 85	1/95	102,25	102,4
F 7¼ dgl. 85	2/95	103,55	103,7
F 7¾ dgl. 86	3/95	105,95	106,1
F 7½ dgl. 85	95	105,2	105,35
F 7½ dgl. 85	95	105,4	105,8
F 7 dgl. 85 II	95	102,35	102,45
F 6¾ dgl. 85	95	100,65bG	100,75
F 8½ dgl. 80 S.9	10/85	100,4	100,5
F 8¾ dgl. 81 S.10	1/86	101,35G	101,4
F 9 dgl. 81 S.11	1/86	101,45	101,55
F 9¾ dgl. 81 S.12	3/86	102,45	102,6
F 10 dgl. 81 S.13	3/86	102,6	102,75
F 9½ dgl. 81 S.14	4/86	102,7G	102,8G
F 10 dgl. 81 S.15	4/86	103,05G	103,15
F 10½ dgl.81 S.16	6/86	104,2	104,35
F 11 dgl. 81 S.17	8/86	105,55	105,65
F 10¾ dgl.81 S.18	10/86	105,95	105,95
F 10 dgl. 81 S.19	10/86	105,45G	105,46
F 9¾ dgl. 81 S.20	11/86	105	105,05G
F 10¼ dgl. 81 S.21	11/86	105,95	105,95
F 10 dgl. 81 S.22	11/86	105,7bG	105,7
F 9½ dgl. 81 S.23	12/86	105,45bG	105,45
F 9¼ dgl. 82 S.24	1/87	105,85	105,85
F 9½ dgl. 82 S.25	3/87	106	106
F 9¼ dgl. 82 S.26	4/87	105,85	105,85
F 9 dgl. 82 S.27	4/87	105,45	105,45
F 8½ dgl. 82 S.28	5/87	104,85	104,85
F 9½ dgl. 82 S.29	7/87	107,05	107,1
F 9 dgl. 82 S.30	8/87	106,25	106,3
F 8¾ dgl. 82 S.31	9/87	106,2	106,2
F 8¼ dgl. 82 S.32	10/87	105,4	105,4
F 8 dgl. 82 S.33	11/87	104,95	104,95
F 7¾ dgl. 82 S.34	11/87	104,4	104,5
F 7½ dgl. 82 S.35	12/87	104,1	104,15
F 7¼ dgl. 83 S.36	1/88	103,35	103,45
F 6¾ dgl. 83 S.37	3/88	102,35	102,4
F 7 dgl. 83 S.38	5/88	103,1	103,25
F 7¼ dgl. 83 S.39	6/88	103,8G	103,8G
F 7½ dgl. 83 S.40	6/88	104,4G	104,4
F 8 dgl. 83 S.41	6/88	105,5bG	105,6
F 8 dgl. 83 S.42	9/88	106	106,1
F 8 dgl. 83 S.43	12/88	105,95	105,95
F 8¼ dgl. 83 S.44	12/88	106,75	106,85
F 8 dgl. 84 S.45	3/89	105,85	105,9
F 7½ dgl. 84 S.46	4/89	104,5	104,55
F 7¾ dgl. 84 S.47	7/89	104,9	105,05
F 7¾ dgl. 84 S.48	9/89	106,35	105,4
F 7½ dgl. 84 S.49	10/89	104,65	104,75
F 7¼ dgl. 84 S.50	11/89	103,9	103,95
F 7 dgl. 84 S.51	12/89	102,75	102,9
F 6¾ dgl. 84 S.52	2/89	102,05	102,1
F 7¼ dgl. 85 S.53	3/90	103,25	103,3
F 7 dgl. 85 S.54	4/90	102,3	102,35

Bundesbahn

F 7 dgl. 77	2/87	102,5	102,7bG
F 6 dgl. 77	9/87	101,2	101,3G
F 6 dgl. 78 II	7/88	100,5	100,6
F 6¾ dgl. 77	5/89	101,8	101,7
F 8 dgl. 79 I	7/89	106,45	106,45
F 6 dgl. 78 I	2/90	99,5	99,65
F 8 dgl. 80 II	7/90	107,15	107,25
F 9 dgl. 81	3/91	111,55	111,65
F 10¾ dgl. 81	9/91	118,75	118,8
F 10¾ dgl. 81	11/91	118,1	118,15
F 8 dgl. 80 I	2/92	107,2	107,2G
F 10 dgl. 82	2/92	116,65bG	116,75
F 9¾ dgl. 82	7/92	114,7	114,8
F 8 dgl. 82	11/92	107,25	107,35
F 7¾ dgl. 83	1/95	106,05	106,15
F 8¼ dgl. 83	10/93	108,7G	108,85
F 8½ dgl 84	6/94	109,5	109,55
F 7¾ dgl. 84	10/94	105,25	105,4
F 7¾ dgl. 85	1/95	102,35	102,45

Bundespost

F 6½ Bdpost 68	6/88	101,2G	101,2
F 8 dgl. 72 I	9/87	105,9	105,9
F 8 dgl. 80	3/90	106,9	106,9
F 7¾ dgl. 80	9/90	106,7	106,7G
F 8¾ dgl. 80	12/90	110,95	111,05
F 10 dgl. 81	3/89	111,9	111,9
F 10¼ dgl. 81	6/89	113,35G	113,45
F 10½ dgl. 81	10/91	118,7	118,8
F 9¾ dgl. 82	2/92	115,4	115,5
F 8¾ dgl. 82	6/92	110,7	110,75
F 8¼ dgl. 82	10/92	109,5	109,6
F 7¾ dgl. 83	2/93	106,4	106,4
F 8½ dgl. 83	9/93	110,15	110,25
F 8¼ dgl. 84	2/94	109	109,15G
F 8 dgl. 84	9/94	108	108,05
F 7 dgl. 85	97	101,55	101,6

Länder – Städte

S 6½ Bd.-Württ.78	86	101	100,85
S 8¼ dgl. 82	92	108	108
M 6½ Bayern. 67	87	103bG	103,5G
M 6 dgl. 68	85	100,25G	100G
M 6 dgl. 78	88	100,2bG	100,2bG
M 8¼ dgl. 80	90	108bG	108bG
M 8¾ dgl. 82	92	109,15G	109,05G
M 7½ dgl. 83	93	103,4bG	103,7G
M 8 dgl. 84	94	106,3bG	106,3bG
M 7¾ dgl. 85	95	101G	101G
B 8¾ Berlin 70	85	100	100
B 8 dgl. 72	85	100	100
B 6½ dgl. 78	88	101,85	101,85
B 8¼ dgl. 80	88	107,5	107,5
Br 7¾ Bremen 71	87	102G	102G
Br 8 dgl. 72	87	103,7G	103,7G
Br 7½ dgl. 83	93	103,25G	103,25G
H 8½ Hamburg 70	85	100G	100G
H 6½ dgl. 77	92	101,4	101,3
H 8 dgl. 80	92	106,35	106,3
H 9¾ dgl. 82	92	115,25	115,25
H 7½ dgl. 83	92	103,75	103,5G
H 8¼ dgl. 84	94	108	108
F 8 Hessen 71	86	102,6	102,4
F 6½ dgl. 78	88	100,7	100,7
Hn 8½ Niedersa. 70	85	100,5G	100,5G
Hn 7½ dgl. 72	87	101,9G	101,9G
Hn 8 dgl. 72	87	103,6G	103,6G
Hn 7½ dgl. 79	87	103,3G	103,3G
Hn 7¾ dgl. 82	92	105G	105G

Willy Schindler

† 11. August 1985

Wir verloren den Mittelpunkt unserer Familie und Firma.

Ursula Schindler geb. Schünemann
Winfried Schindler und Frau Barbara
Heidi Jensen geb. Schindler
und Finn Bo Jensen
Heidemarie Schindler geb. Grube
als Enkelkinder:
Esther, Jürgen, Andreas, Thomas und Katja
Heike Schindler

2000 Hamburg 26, Wolfshagen 1

Großmarkt
2000 Hamburg 1

Bispinger Straße 25, 3045 Hützel

Die Beisetzung findet am Samstag, dem 17. 8. 1985, um 13 Uhr auf dem Waldfriedhof in Hützel statt.

Anstelle von Blumen und Kränzen bitten wir um Spenden für den Mildred-Scheel-Kreis, Deutsche Krebshilfe e. V., Konto-Nr. 582, Volksbank Bispingen e. V.

Wir trauern um unseren Seniorchef

Willy Schindler

† 11. August 1985

Geschäftsleitung und Angestellte der Firma

Pilz-Schindler
Hamburg und Hützel

im August 1985

Wir haben die traurige Pflicht, das Ableben unseres langjährigen Prokuristen und Geschäftsleiters, Herrn

Gottfried Böhl

geb. 17. 11. 1897
gest. 8. 8. 1985

anzuzeigen.

Herr Böhl war über 50 Jahre für unsere Firma tätig und hat sich besonders in den schwierigen Nachkriegsjahren hervorragende Verdienste um den Wiederaufbau unseres Geschäftes mit Ostasien erworben.

Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Johann Grodtmann & Co. GmbH.
und Mitarbeiter

Die Einäscherung findet im engsten Familienkreise statt.

Wir trauern um unseren Freund

Manfred Winkelhock

Liqui Moly GmbH, Ulm

Der Große Panda braucht Ihre Hilfe

Ohne Sie und Ihre Hilfe haben der Große Panda und über 1700 weitere stark gefährdete Tierarten kaum eine Überlebenschance. Diesen Tieren und vielen Pflanzen doch noch eine Zukunft in freier Wildbahn zu geben, ist das Ziel des WWF (World Wildlife Fund). Doch Naturschutz kostet Geld. Viel Geld. Deshalb bitten wir Sie: Unterstützen Sie unsere Naturschutzprojekte, werden auch Sie förderndes Mitglied des WWF.

☐ Auch ich will den Panda-Bären vor der Ausrottung schützen. Bitte schicken Sie mir kostenlos Informationen über den WWF.
☐ Ich möchte Förderer für den Naturschutz werden. Mein jährlicher Beitrag für den WWF:
DM ____
Name ____
Straße ____
PLZ/Ort ____
WWF I/82 e - WomS
Umweltstiftung WWF-Deutschland,
Sophienstraße 44, 6000 Frankfurt am Main 90
WWF

Liebe ist ... wenn Sie ein Kind vor dem Verhungern retten.

Wir vermitteln Ihnen die persönliche Patenschaft mit einem hungernden Kind. Das kostet Sie nur ein wenig Liebe und DM 45,- im Monat (steuerlich absetzbar).

CCF Kinderhilfswerk
Deutscher Patenkreis e.V.
Postfach 1105, 7440 Nürtingen, Postscheckkonto 1710-702 PSA Stuttgart. CCF ist eines der größten überkonfessionellen Kinderhilfswerke der Welt und betreut schon über 260.000 Kinder.

Modern

Modern heißt nicht modisch. DIE WELT ist modern. Sie orientiert sich nicht am geistigen Tagesgeschmack. Aber sie spricht die Sprache von heute: Knapp, klar, kompetent. Das macht sie zur Zeitung für aktive Menschen, die sich schnell und sicher informieren wollen. Probieren Sie's aus.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
W 4043

Aktien weiter uneinheitlich

Massives Kaufinteresse für Papiere der Großchemie

DW. – Verunsichert durch den erneut gesunkenen Dollar setzte sich auch an der Dienstag-Börse am deutschen Aktienmarkt noch keine einheitliche Tendenz durch. Exportorientierte Autowerte mußten begrenzte Einbußen hinnehmen, während die ebenso exportstarken Aktien der Großchemie unter lebhaften Umsätzen kleinere Kursgewinne erzielten. Bei den inländischen Interessenten scheint der Renditegesichtspunkt im Vordergrund gestanden zu haben. Am Bankenmarkt hat sich die Abwärtsbewegung verlangsamt.

Renditeorientierte Käufe waren weiterhin bei den Veba-Aktien zu beobachten, deren Kurs jedoch wegen zunehmender Bereitschaft zu Glattstellungen nicht weiter vorankam. Überhaupt bremst zur Zeit die Börsenkulisse jeden Anstieg durch Gewinnmitnahmen. Nicht der Fall war dies bei Preussag, wo der Kurs fühlbar anzog. Dies wird auf Meinungskäufe zurückgeführt, die mit der Aussicht auf steigende Metallpreise begründet werden. Rege Nachfrage weiterhin nach Lufthansa-Vorzugsaktien. Die gute Ertragslage des Unternehmens lockt trotz der enttäuschenden Dividendenpolitik immer wieder Käufer an. Uneinheitlich blieb die Kursbildung im Bereich des Maschinenbaus. Bei GHH und Linde bestand Nachfrage auf erhöhtem Niveau. Von den Einzelhandelsaktien erreichten Hussel einen neuen Kursrekord. Bei den Versicherungen nahm die Umsatztätigkeit ab, ohne daß sich die Notierungen nennenswert veränderten.

Frankfurt: Cassella zogen um 14 DM, Chemieverwaltung um 31 DM und Enka um 8 DM an. Binding verteuerten sich um 3,20 DM. Aesculaß sanken um 5 DM, Hartmann + Braun um 15 DM und Rütgers um 7 DM.

Düsseldorf: Gehe stiegen um 4 DM, VGT um 5 DM und Hochtief befestigten sich um 13 DM. Um 2,50 DM verbilligten sich VDN und Düwag. Je 5 DM mußten Dyckerhoff St. und Küppersbusch abgeben.

Hamburg: Beiersdorf verminderten sich um 5 DM, Bremer Vulkan gaben um 0,50 DM nach und Triton büßten 1 DM ein. Reichelt zogen um 3 DM an, Phoenix Gummi erhöhten sich um 0,50 DM und NWK-Vz. um 1 DM.

Berlin: Spinne Zehlendorf wurden um 40 DM, Herlitz Vz. und Schering je um 3 DM heraufgesetzt. Helitz St. verloren 8 DM. orenstein ermäßigten sich um 4 DM und Lehmann um 1 DM.

München: Agrob Vz. befestigten sich um 6 DM, Dywidag um 0,50 DM und Erste Kulmbacher stiegen um 10 DM. Leonische Draht sanken um 0,50 DM, NAK Stoffe um 1,60 DM und Zahnräder Renk um 2 DM.

Stuttgart: IWKA holten 7,50 DM auf und Stuttgarter Hofbräu St. verbesserten sich um 4 DM. Porsche , Sekt Wachenheim sowie Württembergische Cattun mußten je 20 DM abgeben.

Nachbörse: behauptet

WELT-Aktienindex: 198,85 (198,38)
WELT-Umsatzindex: 2990 (2176)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Inland

Freiverkehr

Ungeregelt.Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

Amsterdam

Mailand

London

Wien

Tokio

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

Hongkong

Singapur

Madrid

Paris

Sydney

Optionshandel

Euro-Geldmarktsätze

Goldmünzen

Devisen und Sorten

Devisenmärkte

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Warenpreise – Termine

Uneinheitlich schlossen zum Wochenauftakt die Gold- und Silberterminnotierungen an der New Yorker Comex. Während Gold schwächer tendierte, legte Silber weiter zu. Kupfer mußte Verluste hinnehmen. Schwächer ging Kaffee aus dem Markt. Kakao legte etwas zu.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	12.8.	9.8.
Sept.	289,00	284,00
Dez.	301,75	298,50
März	304,75	301,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	225,49	224,72
Amber Durum	220,54	221,45

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	113,50	111,30
Dez.	117,10	114,40
März	121,40	119,40

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	100,90	100,50
Dez.	101,80	101,70
März	105,50	105,40

Hafer Chicago (c/bush)	12.8.	9.8.
Sept.	117,75	118,00
Dez.	125,00	125,00
März	126,75	124,75

Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	227,50	228,25
Dez.	225,50	222,50
März	232,25	231,25

Gerste Winnipeg (can. $/t)	12.8.	9.8.
Okt.	116,00	115,20
Dez.	117,80	115,40
März	119,80	118,50

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	12.8.	9.8.
Terminkontr. Sept.	135,40	134,50
Dez.	136,85	137,50
März	137,10	138,52

Kakao New York ($/t)	12.8.	9.8.
Terminkontr. Sept.	2100	2095
Dez.	2175	2161
März	2297	2198
Umsatz	2491	2495

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	4,30	4,35
Okt.	4,51	4,27
Jan.	4,70	4,45
März	5,10	4,90
Mai	5,25	5,05
Umsatz	10105	19250

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	12.8.	9.8.
	4,19	4,20

Kaffee London (£/t) Robusta-	12.8.	9.8.
Kontrakt Sept.	1645-1645	1685-1688
Nov.	1690-1691	1725-1727
Jan.	1727-1730	1765-1766
Umsatz	2008	3909

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1650-1732	1743-1744
Dez.	1727-1728	1738-1740
März	1736-1738	1748-1750
Umsatz	1722	3196

Zucker London ($/t) Nr. 6	12.8.	9.8.
Okt.	–	120,20-120,40
Dez.	–	124,00-124,40
März	–	133,80-134,00
Umsatz	–	4496

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100kg)	13.8.	12.8.
schw. Sarawak spez.	737,50	742,50
weißer Sarawak	920,00	925,00
weißer Muntok	950,00	935,00

Orangensaft New York (c/lb)	12.8.	9.8.
Sept.	132,75	132,60
Nov.	129,55	129,85
Jan.	126,25	126,25
März	125,75	125,40
Mai	125,05	124,70
Umsatz	150	288

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	12.8.	9.8.
Südstaaten fob Werk	38,50	37,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	25,00	25,75

Sojaöl Chicago (c/lb)		
Aug.	22,50	23,10
Sept.	22,80	23,30
Okt.	22,85	23,15
Dez.	22,95	22,97
Jan.	23,05	23,15
März	23,25	23,30
Mai	23,30	23,40

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	23,00	23,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	19,00	19,00
Choice white hog 4 % fr. F.	14,50	14,75

Talg New York (c/lb)		
top white	15,75	15,75
fancy	15,25	15,25
bleichfähig	14,50	14,50
yellow max. 10 % fr. F	11,25	11,25

Schweine Chicago (c/lb)		
Aug.	43,45	43,15
Okt.	38,10	37,60
Dez.	40,70	40,25

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Aug.	48,30	47,37
Feb.	59,15	58,80
März	58,95	58,58

Häute Chicago (c/lb)	12.8.	9.8.
Ochsen einh. schwere River Northern	55,00	–
Kühe einh. schwere River Northern	42,00	–

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Aug.	523,00	519,00
Sept.	515,50	511,00
Nov.	520,00	515,50
Jan.	528,50	525,00
März	536,75	532,00
Mai	543,50	537,00
Juli	545,50	540,25

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Aug.	122,80	122,00
Sept.	124,40	125,00
Okt.	125,50	124,00
Dez.	127,50	128,00
Jan.	130,00	129,50
März	133,00	131,50
Mai	135,00	132,50

Leinsaat Winnipeg (can. $/t)	12.8.	9.8.
Okt.	328,00	327,80
Dez.	332,30	337,90
März	340,50	341,50

Kokosöl New York (c/lb)	12.8.	9.8.
Westküste fob Werk	25,00	24,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	13.8.	12.8.
jegl. Herk. cif	920,00	920,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	450,0	450,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	425,00	430,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	159,00	165,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	475,00	510,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	267,00	268,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	12.8.	9.8.
Okt.	58,45	59,02
Dez.	58,97	59,40
März	59,70	60,05
Mai	59,90	60,20
Juli	58,70	57,87
Okt.	54,90	54,90

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	42,00	41,75

Wolle Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz.:	13.8.	12.8.
Aug.	510	510
Okt.	506-508	506-508
Dez.	505-508	505-508
Umsatz	50	50

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	12.8.	9.8.
Okt.		52,50
Dez.		55,00
März	geschl.	55,30
Mai		55,20
Umsatz		0

Tendenz: ruhig

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	12.8.	9.8.
Okt.	610,00-615,00	612,00-615,00
Dez.	615,00-617,00	615,00-617,00
März	623,00-627,00	623,00-626,00
Umsatz	18	7

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	13.8.	12.8.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA ab Lager	12.8.	9.8.
Aug.	12856	12771
Sept.	12697	12561

Kautschuk London (p/kg)	12.8.	9.8.
Nr. 1 RSS loco	43,00-44,00	43,00-44,00
Sept.	–42,00	–42,00
Okt.	–45,00	–45,00
Nov.	–45,00	–45,00

Tendenz: ruhig

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	12.8.	9.8.
Aug.	186,00-187,00	189,50-190,50
Sept.	185,00-186,25	188,00-188,500
Nr. 2 RSS Aug.	180,00-181,00	182,50-183,50
Nr. 3 RSS Aug.	177,50-178,50	180,00-181,00
Nr. 4 RSS Aug.	173,00-174,00	175,00-176,00

Tendenz: ruhig

Jute London (£/lgt)	13.8.	12.8.
BWC	510	510
BWD	490	490
BTC	510	510
BTD	490	490

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 £ – 76 WD – (–); BTC – (–), BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

Aluminium: Bas. London	13.8.	12.8.
laufend. Monat	282,42-282,61	285,31-285,70
drittfolg. Monat	290,94-291,15	294,20-294,40
Blei: Bas. London		
laufend. Monat	118,60-118,79	115,79-115,98
drittfolg. Monat	117,24-117,43	115,21-115,40
Nickel: Bas. London		
laufend. Monat	1360,64-1362,58	1370,25-1382,18
drittfolg. Monat	1385,87-1387,84	1405,36-1407,22
Zink: Bas. London		
laufend. Monat	202,64-203,05	205,47-206,06
drittfolg. Monat	204,20-204,39	208,32-208,76
Produz.-Preis	230,54	232,40
Reinzinn 99,9 %	3828-3866	3848-3898

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	13.8.	12.8.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	401,78-405,08	403,22-406,51
Blei in Kabeln	126,25-127,25	123,50-124,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,80-458,50	455,80-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und -bearbeiter

Messingnotierungen

	13.8.	12.8.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	359-364	361-365
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	406-410	408-412
MS 63	398-402	399-404

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	13.8.	12.8.
ab Werk prompt (Ring./kg)	30,56	30,42

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	13.8.	12.8.
Leg. 225	338-353	338-353
Leg. 226	340-355	340-355
Leg. 231	370-385	370-385
Leg. 233	380-396	380-396

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

Platin (DM je g)	28,55	28,50
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	29880	29940
Rücknahmepr.	29050	29190
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	29910	30010
Rücknahmepr.	29148	29249
verarbeitet	31370	31480
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	29990	29440
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	579,40	577,00
Rücknahmepr.	562,20	561,50
verarbeitet	604,90	604,50

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	13.8.	12.8.
London 10.30	328,50	326,60
15.00	326,90	326,65
Zürich mittags	328,50-329,00	326,50-327,00
Paris (Ffr-kg-Barren) mittags	89650	89600
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	452,60	452,85
3 Monate	464,95	464,85
6 Monate	476,55	476,50
12 Monate	499,80	500,75

Platin (£/Feinunze)	12.8.	11.8.
London fr. Markt	211,60	208,10
Palladium (£/Feinunze) London		
1 Händlerpreis	72,75	73,05

New Yorker Preise	12.8.	9.8.
Gold H & H Ankauf	326,90	321,65
Silber H & H Ankauf	628,00	612,00
Platin fr. Händlerpr.	275,00-279,00	275,00-279,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	unverh.	98,75-99,75
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Aug.	630,50	628,90
Sept.	632,00	631,00
Dez.	637,90	636,40
Jan.	644,00	644,00
März	650,60	648,80
Mai	660,00	656,00
Juli	660,00	660,00
Umsatz	15000	13000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	12.8.	9.8.
Aug.	60,20	60,55
Sept.	60,35	60,75
Dez.	61,55	61,90
Jan.	62,90	62,25
März	62,45	62,80
Mai	62,95	63,30
Juli	63,50	63,85
Umsatz	3600	5500

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	13.8.	12.8.
Kasse	727,50-728,00	734,00-737,00
3 Monate	749,50-750,00	758,00-759,00
Blei (£/t)	305,50-306,00	300,50-301,50
3 Monate	302,00-302,50	298,50-299,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1014,5-1015,0	1022,5-1023,0
3 Monate	1039,0-1040,0	1046,5-1046,5
abends Kasse	–	1020,5-1021,5
3 Monate	–	1045,5-1046,5
(Kupfer Standard) Kasse	986,00-987,00	995,00-997,00
3 Monate	1015,0-1018,0	1020,0-1022,0
Zink (£/t) Kasse	522,00-523,00	535,00-537,00
3 Monate	526,00-526,50	539,00-541,00
Zinn (£/t) Kasse	9144-9145	9175-9180
3 Monate	9108-9110	9150-9151
Quecksilber ($/Fl)	–	285-295
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	65-70

IMMOBILIEN/KAPITALIEN

Wir kaufen Ihre
Eigenwechsel
oder
Kundenwechsel
an bei guter Bonität des Bezogenen. Zuschriften erbeten unter G 4661 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Stille Teilhaberschaft geboten

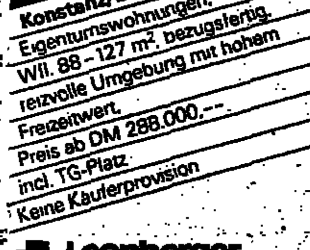
Lukratives Angebot f. Kapitalanleger (Mindesteinsatz DM 20 000,–) auch Ausländer angenehm.

Verwendung der Geldmittel für Vergrößerung eines mittelständ. Betriebes m. besten Auslandskontakten. 2,7fache Rendite garantiert. Sicherheiten auf Immobilienbasis vorhanden. Erforderl. Gesamtvolumen DM 600 000,–.

Bitte nur ernstgemeinte schriftl. Offerten an:
R. H. Bierganz, Ligusterweg 16, 2908 Bösel

Feldberg-Falkau
Hochschwarzwald
Schwarzwaldhaus als Ein- oder Zweifamilienhaus.
Wfl. ca. 155 m².
bezugsfertig.
Preis ab DM 365.000,–
incl. Garage(n) u. Stellplätze,
Keine Käuferprovision

Leonberger Immobilien
Telefon (07 71) 50 41/42



Konstanz/Bodensee
Eigentumswohnungen.
Wfl. 88–127 m², bezugsfertig,
reizvolle Umgebung mit hohem Freizeitwert.
Preis ab DM 288.000,–
incl. TG-Platz
Keine Käuferprovision

Leonberger Immobilien
Telefon (07 71) 50 41/42

Über 100 % Gewinn gibt es nicht ohne Risiko!!
Wenn Sie bereit sind, ein überschaubares Risiko einzugehen, dann fordern Sie noch heute unsere Unterlagen an.
Zuschriften erbeten unter U 1743 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kampen
Maisonettewohnung in Reetdachhaus, 2 Schlafzi., 2 Toil., Bad, gr. Wohn-/Eßzi., Terr., beste Lage, zu verk.
Tel. 0 46 51 / 4 31 28 od. 0 41 93 / 68 28

Im Ammerland Bayernhaus zu verk. 160 m² Wfl., Grdst. 1060 m², 350 000,– DM. Tel. 0 44 58 / 3 98

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Wir verkaufen preiswertes und in verkehrsgünstiger Lage gelegenes, unbebautes, ca. 35 000 m² großes

Industriegrundstück in Dortmund (Nord)

Anfragen unter H 4662 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Größeres Freigelände
Großgewerbegebiet, im Stadtbereich von Düsseldorf zu verpachten. Näheres unter Tel. 02 11 / 78 56 18.

Gerätebau-Unternehmen
mit Gehäuseherstellung im Bremer Raum, bietet Lohnmontage (Elektronik, Pneumatik, Hydraulik), schnell + preiswert.
Mestran GmbH
Postf. 77 01 66, 2820 Bremen 77

Erfolgr. Immobilienfachmann
Kenner Spaniens, Engl., Span., Dtsch., sucht Zusammenarb. m. seriöser Fa., um Interessen in Spanien zu vertr.
Zuschr. erb. u. W 4385 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

IMPORT-EXPORT-FIRMA
wünscht Repräsentanz für Spanien.
Zuschriften an:
MIPORA S. A.
Santa Cristina d'Aro
(Gerona/Spanien)

★ ★ ★ Sofort – gegen bar ★ ★ ★
FORDERUNGSANKAUF
(tituliert – mindestens 50 Stück)
Inkassobüro Dr. Stapf, 5300 Bonn
Adenauerallee 48, Tel. 02 28 / 2 69 04 75

Standort Kiel!
Auslieferungslager für Chemikalien o. ä. frei. 100 m² Lager (zugelassen für brennbare Flüssigkeiten Gefahrenklasse B VbF) und Lkw vorhanden.
Zuschriften erbeten unter S 4315 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Für Ihre Firma
die Vertretung im nordd. Raum
Wir übernehmen Lagerung, Auslieferung, Voll-Büro-Service, Fuhrpark-Stellplätze, Nähe BAB Maschen u. BAB Quickborn. Auch Vermietung v. Büro- u. Lagerflächen mögl.
Telefon 0 40 / 7 60 39 30

Unternehmensberatung
Marketing / Verkauf
hat in den Ferien noch Kapazität frei. Wir steigern die Effizienz Ihres Vertriebs: Situationsanalyse, Überprüfung der Ziele, Maßnahmenkatalog und Aktionsplan.
Bitte Prospekt anfordern oder anrufen:
Marketing- und Verkaufsberatung
Dipl.-Volkswirt D. Radenacher
Weiherstr. 20, 4630 Bochum 1
Tel. (02 34) 33 07 11

Gesucht
werden für sofort bundesweit professionelle Telefon-Teams zwecks qualifizierter Terminvereinbarung.
Zuschriften unt. X 4364 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufm. Leiter
Ind.-Kfm./Betriebsw. grad., Anfang 40, langj. bei WP u. StB Ges., seit 7 Jahren Ltg. Rechnungsw., Organisation, Beteiligungsverw., zuletzt verbunden mit einer starken intern. Vertriebstätigkeit, sucht Führungsverantwortung in Unternehmensltg., denkbar auch leitende Linienfunktion, für die obige umfassende Kenntnisse Voraussetzung sind.
Zuschriften erbeten unter P 4379 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENANGEBOTE

Mittelständisches Maschinenbauunternehmen
sucht für industrielle und betriebswissenschaftliche Arbeit einen
freien Mitarbeiter
der mit betriebswissenschaftlichen/-wirtschaftlichen Studien vertraut ist.
Angebote bitte unter M 4377 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Super-Chance für Verkaufsprofis
Wir bieten geeigneten Persönlichkeiten eine krisenfeste selbständige Existenz mit überdurchschnittlichem Verdienst.
Kein Verkauf – kein Außendienst.
Terminvereinbarung vorzugsweise aus den PLZ-Gebieten 5 + 6 ab heute 9 Uhr unter 0 26 89 / 12 80

SCHWEIZ
Wir suchen
für sofort oder nach Vereinbarung
freien Vertreter für Zusatztätigkeit
Bedeutende Gewinnmöglichkeit für dynamischen Mitarbeiter(in) mit Takt und Sinn für Public-Relation.
Unterstützung und Einführung zugesichert.
Schreiben Sie unter Chiffre 17-601175 an PUBLICITAS, CH-1630 BULLE

Informatiker/in
25–30 J. von PC-Vertriebsfirma für HW/SW-Produktauswahl u. Verkauf zum 1. 9. 85 gesucht.
Messner Computer
Albert-Schweitzer-Ring 20
2000 Hamburg 70

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen.

Allen – Bradley 2/30
Fachmann gesucht für Hardwarekonfiguration und Programmierung
0 22 62 / 8 12 56

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg

Stellengesuche in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und am darauf folgenden Samstag.
Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu Preisen berechnet, die gegenüber den Anzeigengrundpreisen stark ermäßigt sind.
1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage DM 5,59.

Preis- und Größenbeispiele

30 mm / 2spaltig
DM 335,16 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

35 mm / 1spaltig
DM 195,51 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

20 mm / 1spaltig
DM 111,72 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1

01-608

Bestellschein

Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächsterreichbaren Termin eine Anzeige

_______ mm hoch; _____spaltig zum Preis von DM _______
zuzüglich DM 10,26 Chiffre-Gebühr.
Alle Preise einschließlich 14% Mehrwertsteuer.

Name: ____________

Straße/Nr.: ____________

PLZ/Ort: ____________

Vorwahl/Telefon: ____________

Unterschrift: ____________

Der Anzeigentext:

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Planen Sie Ihren CAD-Erfolg!

Hardware – Software – CAD – Personal – Schulung

Unsere
CAD-Konstrukteure und CAD-Zeichner
arbeiten an Ihren Anlagen oder bringen die Hard- und Software einfach mit.
Fordern Sie bitte unsere Informationen an:
Seeber Konstruktionen GmbH
Neckarkanalstraße 104
7148 Remseck 2 (bei Stuttgart)
Telefon (0 71 46) 991-0

Geschäftsverbindung /Vertretung
hochqualifizierter Baufachmann m. langj. Erfahrung in Beratung, Bauleitung, Baukonstruktion, Altbaurenovierung, Instandsetzung, Bauschäden, bauphysik. Probleme, Baustoffkunde übern. Ihre Aufgaben.
Dr.-Ing. J. Kellek, Kalker Hauptstr. 139
5 Köln 91, 9–13 Uhr, Tel. 02 21 / 85 56 87

Sichere Existenz
Wer wünscht sich das nicht. Greifen Sie zu wie viele vor Ihnen, die nicht begreifen wollten, daß man mit nur DM 10 000,– Eigenkapital das 20fache jährlich verdienen kann.
Informationen unter U 4361 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Existenzgründung
Franchise-Vertriebspartner
für eine bundesweit auf ca. 30 gebietsmäßig aufgeteilt tätige Organisation bieten wir im EDV-Bereich versierten Personen/Unternehmen Franchisebeteiligung an einem überregional agierendem Unternehmen. Auch Damen oder Herren, die den Wunsch haben, sich selbständig zu machen, wird hier eine fundamentierte Existenzgründung geboten.
Zuschriften erbeten unter B 4390 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ihr zweites Bein
Für unsere Fachzeitschriften (u. a. Technik, Bauwesen, Konsumartikel-Vertrieb) suchen wir noch engagierte
Anzeigen-Verkäufer
Durch Neuordnung werden in Deutschland und dem benachbarten Ausland einige Gebiete frei.
Einzelobjekte eignen sich als lukrative Zweitvertretung. Das Gesamtprogramm ist eine Full-Time-Aufgabe für Profis.
Bitte senden Sie Ihre Zuschrift mit handgeschriebenem Lebenslauf unter A 4389 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

– USA –
Wir vertreiben Ihr Produkt in Kalifornien etc., z. Z. in HH.
Tel. 6 53 68 28

Telex-Nr. 857474
Tel. 0201/480024
DM 4,70!
je Kunde kostet Sie der Außendienst, der Ihre 1000 Kunden 4mal p. a. besucht und so mehr Umsatz bringt. Fragen Sie an bei CADICS, Niederweniger Str. 47, 4300 Essen 15

Übernahme, tätige Beteiligung
Maschinenbaumeister, Mitte 30, langjährige Führungserfahrung, sucht Übernahme, bzw. tätige Beteiligung in kleinem, mittleren Maschinenbaubetrieb. Angebote unter L 4266 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Generalübernahme von Schlüsselfertigbau
Maurer-, Fliesen-, Elektro-, Sanitär-, Schlosser- und Schreinerarbeiten aus einer Hand, auch Einzelgewerke, Fa. Hobabau, Tel. 0 20 43 / 48 37.

Diskrete Kurierdienste
(weltweit), Informationsbeschaffung und Forderungseinzug. Unbürokratisch u. erfolgreich.
Zuschriften unter F 4350 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Diskrete Aufträge
Erfüllen fast jeden Auftrag, zu jeder Zeit, diskr. u. zuverl. In- u. Ausland, Kurierdienste, Observ. etc.
Zuschriften unter Postfach 12 26 in 74 43 Dettingen.

Abowerbegruppe
für hochwertige Kunstzeitschrift und neuartige Wanderzeitschrift gesucht.
Michael Sänger
Im Sonnenpütz 22
5300 Bonn 1, Tel. 02 28 / 23 24 26

Gelegenheit!
Expand. Unternehmen vergibt lukr. Repräsentanz mit sehr hoher Gewinnspanne. Kfm.-Grundkenntnisse und DM 60 000,– Übernahmekapital erf. Näheres unter K 4265 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Spanische Aktiengesellschaft,
spezialisiert auf Fördertechnik, speziell Zement, Kohle, Braunkohle, Düngemittel usw., möchte mit
deutschen Firmen in Verbindung treten,
da Spanien jetzt ab 1. Januar 1986 in die EG eintritt und wir unsere Verbindungen und Geschäftsmöglichkeiten in Spanien und Südamerika ausnützen möchten, da die Beziehungen jetzt zwischen Spanien und Deutschland leichter werden.
Deutsche Firmen, die interessiert sind, können sich in Verbindung setzen unter INNOVA, c/Principe de Vergara, 120, 3° A – 28002 MADRID – SPANIEN.
Wir geben Bankreferenzen.

STELLENGESUCHE

Kaufmännische Führungskraft
techn. Betriebswirt (HWL), 45 J., REFA, dynam., einsatzfreudig, verhandlungssicher, langj. verantw. Tätigkeit in mittl. Industrieuntern. d. Metall- u. Fleischwarenbranche. Erfahrungsschwerpunkte im Aufbau u. Durchsetzung von Cost-Controlling-Systemen (Material- und Zeitwirtschaft), Budget- und Budget-Kontrolle, Bilanzierung und Finanzierung, sucht neue unternehmerisch orientierte Tätigkeit.
Angeb. u. R 4270 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Alleiniger Geschäftsführer
Markenartikel Non-food, 40 Jahre, ist über 250 TDM, Schwerpunkte: Marketing, Vertrieb, Unternehmenskonzeptionen, Sanierungen, nationale und internationale Erfahrung, sucht neue Aufgabe in Norddeutschland.
Zuschr. erb. u. R 4380 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Materialprüfer
37 J., verh., Prüfungen nach DGZFP u. ASNT sowie SP-Schein. Auch gelernter Maschinen-Schlosser mit Gesellenbrief, sucht Arbeitsstelle, vorzugsweise als Röntgenprüfer, im Ausland.
Angebote mittwochs und samstags von 14 bis 15 Uhr unter Telefon 02 08 / 80 10 15 oder Zuschriften unter R 4358 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. Exportkaufmann
29 J., unabhängig, in ungekündigter Stellung als Reisender in Osteuropa, sucht erweiterten Wirkungskreis Export Osteuropa/Asien.
Zuschr. u. H 4352 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter
46 J. in ungek. Stellung, aktiv, arbeitswillig, zielstrebig u. erfolgreich, mit besten Verbindungen, sucht neuen Wirkungskreis im Verkaufsgeb. NIELSEN I. Bevorzugt food- bzw. Getränkebranche.
Zuschriften erbeten unter M 4268 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Betriebswirt, 45 J., kaufm. u. techn. Ausbild., langj. Leiter v. Kostenrechnung, Erf. öffentl. Auftr., Angebot-Kalkulation, amerikan. Berichtswesen. Angeb. u. P 4269 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Bankkaufmann
Raum Köln oder Bonn, 41 J., verh., 20 J. Erf. im Bankgeschäft, sucht neue verantwortungsvolle Pos. im Bankbereich oder als Geschäftsführer in Industrie.
Ang. erb. u. S 4271 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

DIPL.-ING. ARCHITEKTUR
30 J., FHC Kiel 6/84 „sehr gut", 2 Jahre Mitarbeit in Architekt-Büro, Entw./Detail/Wettbew., sucht Tätigkeit in Architekt-Büro.
Nähere Auskunft erteilt:
Arbeitsamt Kiel
Wilhelmplatz 12, 2300 Kiel 1
Herr Fenger, Tel. (04 31) 51 16-32

Prolific Inventor (rare original industrial design), acad. w. problemsolving attitude for sales (h. econ. value), seeks partner w. overseas enterprises. Zuschr. u. X 4386 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. Maschinenbau
Produktions- und Fertigungstechnik, 35 J., Lehre, Erfahrungen im Anlagen-/Stahlbau (Bau- und Projektleitung, Montage) und techn. Vertrieb, sucht verantwortl. Pos. im Raum HH ab 86.
Ang. unt. V 4384 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Auslandserfahrener Baukaufmann
Franz., Engl., 35 J., sucht neuen Aufgabenbereich, auch andere Branchen angen.
Zuschr. u. L 4376 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wer ist privat/geschäftlich ohne Nachfolger?
Kauffrau, Mitte 40, zuverlässig, umsichtig und organisatorisch versiert, sucht zwecks Neuanfang vertrauensvolle, verantwortliche Aufgabe. Finanzielle Sicherheiten vorhanden.
Adäquate Angebote erbeten unter M 4267 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

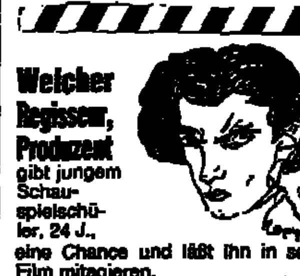
Seriöser Spitzenverkäufer
sucht anspruchsvolle Aufgabe im Verkauf/Management.
Zuschriften unter U 4251 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann, Jahrgang 41
langj. Erfahrung in Verwaltung, Organisation und Vertrieb, EDV-Kenntnisse, derzeit im Dienstleistungsbereich tätig, sucht neue, verantwortungsvolle Position.
Zuschr. erb. unt. U 4383 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Als vertriebsorientierter Vers.-Kfm. das Geschick d. Verkaufes erworben, als nun 29jähriger
selbst. Immobilienmakler
durch unternehmerisches Denken u. richtiger Einschätzung d. Marktes das Gelernte umgesetzt, beabsichtige ich nun, meine Kenntnisse u. Fähigk. einem Unternehmen dieser Branche z. Verfügung zu stellen. Ihre Zuschrift richten Sie bitte unter T 4382 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Auslandstätigkeit
(arabischer Raum, Türkei) gesucht von Techn. f. Maschinenbau, 33, gel. Werkzeugmacher, m. Ausbildereignung, Erf. in Konstruktion, Fertigungsplanung, Arbeitsvorber., Fremdspr.: Englisch, Türkisch, Führerscheine aller Klassen.
Zuschr. u. P 4357 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Rechtsanwalt
32 J., L. L. M. Harvard, Doppelsprachler Deutsch u. Englisch. Wissenschaftliche und langjährige praktische Erfahrung im In- und Ausland, sucht Tätigkeit in Industrie oder Verband, vorzugsweise NRW.
Zuschr. u. S 4359 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.



Welcher Regisseur, Produzent
gibt jungem Schauspielschüler, 24 J., eine Chance und läßt ihn in seinem Film mitagieren.
Zuschr. erb. u. N 4378 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 WISO
10.35 Schatten des Ruhmes
Fernsehfilm von Léonard Keigel
12.10 Report
Moderation: Günther v. Lojewski
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Fury
15.25 Fauna Iberica
Familie Wolf
15.50 Wolff und Rüffel
16.00 Tagesschau
16.10 Arme Welt – Reiche Welt
Medizin 1. und 3. Klasse
Ein ungewöhnliches Experiment: Ein Team des Schweizer Fernsehens aus Genf hat in Ouagadougou das wichtigste Hospital von Obervolta besucht, umgekehrt war ein afrikanisches Team des Fernsehens von Obervolta im Kantonhospital von Genf.
16.55 Janosik, Held der Berge
Polnische Abenteuerserie (7)
17.40 Die Mellops bauen ein Flugzeug
Tomi Ungerer, Zeichner, Karikaturist, Buchautor und Illustrator, erfand die Geschichte einer Schweinchen-Familie. Sie heißen „Die Mellops".
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Krimi-Sommertheater
Laura
Kriminalfilm von Vera Caspary und George Sklar
Mit Hildegard Knef, Adolf Wohlbrück, Hellmut Lange u. a.
Regie: Franz Josef Wild
22.10 Brennpunkt
Der „Jäger 90" – Eine europäische Bauchlandung
Frankreich wird sich nicht am Bau eines gemeinsamen europäischen Jagdflugzeugs beteiligen
Moderation: Peter Staisch
22.40 Tagesthemen
23.10 Einsatz in Manhattan
Der Verlierer zahlt alles
23.55 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.03 Der Waschbär Rascal
Das Rehkitz
15.30 Ferienkalender
16.05 Flugboot 121 SP
Der alte Mönch
16.30 Babbelgamm
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Rauchende Colts
Familienehre
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.53 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Direkt
Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer
20.15 Kennzeichen D
Via Flughafen Tegel: Abschiebepraxis in Berlin / In die Heide gesetzt: Ernst Albrechts 100-Millionen-Projekt / Zurück aus der Verbannung: Karl May in der „DDR" / Nach einem Jahr auf eigenen Beinen: Bilanz einer Bremer Arbeitnehmergesellschaft
Moderation: Dirk Sager
21.00 Polizeirevier Hill Street
Die großen und die kleinen Sünder
21.45 heute-journal
22.05 Ghetto der Frommen oder Heimat für viele
Von Günter Höver
Unter dem Stichwort „lebende Gemeinde" beobachtet das Aufnahmeteam eine junge katholische Pfarrei in München-Neuhadern.
22.35 Das kleine Fernsehspiel
Tagediebe
Buch und Regie: Marcel Gisler
0.00 heute

Max (Rudolf Nadler) und Lola (Dina Leipzig) leben in den Tag hinein und warten auf ihre „große Chance" (Tagediebe – ZDF, 22.35 Uhr) FOTO: KÖVESDI

III.

WEST
18.30 Kindergartenkonzert
19.00 Aktuelle Stunde
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios

NORD
18.30 Kindergartenkonzert
19.00 Mit Frack, Zylinder und vier PS
Am Start: Seine Königliche Hoheit, Prinz Philip
19.45 Bundesgartenschau Berlin '85

HESSEN
18.30 Kindergartenkonzert
19.05 Das Beste aus der Hobbythek
Pilze
19.35 Der Physik-Zirkus II (6)
Strom verändert

Gemeinschaftsprogramm:

WEST / NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs im III.
Stadtgespräch – Bürger und Politiker in Rüsselsheim
Moderation: Uwe Günzler
21.45 Neues vom Kleidermarkt
Aus Paris, der Hauptstadt der Mode, berichtet Antonia Hilke über die neuesten Trends für Herbst und Winter 1985/86.
22.30 Menschenraub
Amerikanischer Spielfilm (1955)
Mit Glenn Ford, Donna Reed u. a.
Regie: Alex Segal
Der kleine Andy ist entführt worden. Die Kidnapper haben Verbindung mit den Eltern aufgenommen. Sie fordern 500 000 Dollar. David Stannard, der Vater des Achtjährigen, ist zunächst bereit, das Lösegeld zu zahlen.
0.10 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
16.00 Die Mädels vom Immenhof
Deutscher Spielfilm (1955)

Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau

Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau

Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional

Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Schüler-Open-air auf dem Halberg (2)
20.15 Wanderungen durch die DDR
Die Insel Rügen
21.00 Ich kämpfe um dich
Amerikanischer Spielfilm (1942)
Mit Ingrid Bergman, Gregory Peck u. a.
Regie: Alfred Hitchcock
22.45 Das romantische Zeitalter
Gegen den schönen Schein
23.30 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 MS Franziska
8. Auf Sloophelling
20.00 Mit Vergnügen!
Carolin Reiber erfüllt Zuschauerwünsche
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Claire (3)
22.45 Offiziere und Gentlemen
Die britische Militärakademie Sandhurst
23.45 Rundschau

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Big Valley
Chads große Stunde
15.00 Black Beauty
Der Querkopf
15.30 Musicbox
16.30 Marco
Immer zu spät
17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
Erben der frühchristlichen Welt
An den Strömen des Paradieses
Wie ein monolithischer Block überragt der heilige Berg Athos mit seinen 20 Großklöstern, Hunderten von Einsiedeleien und Anachoreten das geistige Leben der griechischen Kirche.
18.00 Es darf gelacht werden
Das Ferkel unter der Haube
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick
Nachrichten und Quiz
18.45 Zahlen und Buchstaben
Das Konzentrationsspiel
19.10 Sport auf SAT 1
Die Bundesliga-Saison 85/86 hat begonnen: Erich Ribbeck – zum Erfolg verdammt. Roman Köster und Michael Hopf stellen den neuen Trainer von Bayer Leverkusen vor.
19.35 Tele-Kiosk
Thema: Festspiele
Berichte zu den weltberühmten Festspielen von Salzburg, Bayreuth und Glyndebourne
20.30 Love Boat
Anschl. Wochenhoroskop
21.30 APF blick
News, Show, Sport
22.15 In Beirut sind die Nächte lang
Englischer Spielfilm (1965)
Mit Lex Barker, Mickey Rooney u. a.
Regie: Peter Bezencenet
Als Kapitän Faulkner in Beirut notlanden muß, ist das für ihn und die Mannschaft eine eher willkommene Abwechslung. Aber da ist der Chefsteward, der die Rache einer Gangsterbande auf sich zieht. Viel Abenteuer und ein wenig Liebe und ein noch unzerstörtes Beirut, das früher als das Paris des Nahen Ostens galt.
23.45 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Höhlen – Welt ohne Sonne
Die Höhlenvögel Humboldts
Die drei Klumberger
Zurück ins alte Leben
19.00 heute
19.30 Udo Jürgens: Die Blumen blühen überall gleich
Lieder für die Kinder der Welt
Gäste: Jana John, Jenny Jürgens, Heinz Zuber u. a.
20.35 Locker vom Hocker
Kleine Geschichten mit Walter Giller
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.30 Sportreport
Ein bißchen Feuerluft
Die Weltmeisterschaften der Heißluftballons
23.00 3SAT-Nachrichten

Von Anfang an dabei (4): Die „theatralischen" Ansagen von Irene Koss

. . . und leise rieselte die Glaswolle

Eines Tages im November 1950 rief mein Theateragent mich an – ich solle beim Fernsehen vorsprechen. „Fernsehen? Gibt es das denn in Deutschland überhaupt schon?" dachte ich.

Am nächsten Tag lernte ich es kennen. Hoch oben in einem Bunker auf dem Hamburger Heiligengeistfeld trat ich in einen winzig kleinen Raum, in das sogenannte Studio. Eine Kamera, zwei Scheinwerfer, der Beleuchter, der Kameramann und ich hatten darin gerade Platz. Nach erfolgreichem Vorsprechen wurde dieser Raum dann für längere Zeit mein Arbeitsbereich. Ich gehörte zu den „Fernsehpionieren".

Oberspielleiter Hanns Fahrenburg, der bereits vor dem Krieg in Berlin Fernseherfahrung gesammelt hatte, führte uns kleinen Haufen von Schauspielern, Reportern und Technikern in das neue Medium ein. Das Versuchsprogramm flimmerte zuerst dreimal in der Woche für ein bis zwei Stunden über den Bildschirm. Der Fernsehetat war gering, also wurden alte Filme gezeigt. Die wiederum mußten hübsch serviert werden, und diese Aufgabe fiel mir zu.

Wir stürzten uns auf die Ansage, als ginge es darum, ein Fernsehspiel zu inszenieren. Für Tisch und Stuhl war kein Platz im Studio – so sehr ich mir auch beim Zittern eine Stütze wünschte. „Ein Vorhang hat Platz. Vorhang ist immer jut", meinte Hanns Fahrenburg. Der Vorhang kam. Doch nicht als Hintergrund, so einfach machte es sich der Bühnenbildner Karl-Hermann Joksch nicht. Der Vorhang hing mitten im Raum. Nach einem kräftigen Gongschlag teilte er sich, wurde links und rechts hochgerafft, und die Ansagerin stand da!

Das war zwar sehr effektvoll, aber wohl zu dramatisch: Ich hatte einen Film, und dazu ausgerechnet einen komischen, wie eine Heroine präsentiert. Am nächsten Tag schleppte Karl-Hermann strahlend einen großen Holzring herbei. Wie der Löwe von „Metro-Goldwyn-Mayer" mußte ich meinen Kopf durch den Ring stecken, um den Zuschauern „Guten Abend" zu wünschen. Und das alles bei vierzig Grad Hitze in dem kleinen Kabäuschen. Wenn wir stöhnten oder etwas schief ging, tröstete uns Hanns Fahrenburg: „Laßt man, eines Tages haben wir ein Studio mit allen Finessen und Klimaanlage."

Hatten wir überhaupt schon Zuschauer, Anfang 1951? Doch, drei – ich kannte sie persönlich. Programmdirektor Werner Pleister, der ein Jahr später Intendant des Nordwestdeutschen Rundfunks wurde, Kurt Wagenführ, den Fernsehkritiker, der vom ersten Tag an allabendlich vor seinem Apparat ohne Gehäuse saß – er muß das Gerät der Industrie aus den Händen gerissen haben, um sein Fernsehtagebuch zu beginnen. Und dann gab es da noch einen gewaltigen, kritischen Pressemann. Er bescheinigte mir Mitte des Jahres, als wir auszogen, um auf der Industrieausstellung in Berlin das Fernsehen populär zu machen, daß ich endlich meine Bühnenallüren abgelegt hätte.

Ja, und dann stand im Schaufenster des Pressehauses ein Fernsehapparat. Sowie sich nur ein Schatten darauf bewegte, hing eine Traube von Menschen draußen am Fenster. Selbst das Wort „Bildstörung" strahlte zu der Zeit Faszination aus. Einmal

Sie mußte alte Filme hübsch servieren: Irene Koss FOTO: DIE WELT

habe ich eine Störung ausgelöst. Während der Ansage rutschte die Kamera auf meine Beine. Eben noch sahen die Zuschauer eine festlich dekolletierte Bluse, und schon kamen gestrickte, karierte Wollstrümpfe und dicke Kreppsohlen ins Bild. Meine Rückenansicht wäre noch schlimmer gewesen. In einer Boutique ausgeliehene Kleider, die nicht paßten, steckten wir kurzerhand mit Wäscheklammern auf dem Rücken zusammen.

Und wenn ich an die Schminke denke – wie im Fasching oder bei Indianerspielen. Maskenbildner Franz, der immer, wenn er an der Reihe war, mit seinen Schminktöpfen und Brenneisen den Oberspielleiter von seinem Schreibtisch vertrieb, schwelgte in Farben. Die Augenlider bekamen ein kräftiges Braun verpaßt, die Lippen glänzten violett, die ganze Haut war unter dicker, dunkler Schminke versteckt. (Die Kameras regierten damals noch nicht sehr sensibel.) Täglich probierte Franz an jedem, der ihm in die Arme lief, neue Farbnuancen aus. So improvisierten und experimentierten wir uns ständig ein Stückchen voran, mit viel Idealismus, für wenig Geld.

Zum Glück befand sich im Bunker auch eine Werkskantine. Die Wirtin hatte Mitleid mit den verrückten Fernsehmenschen. Sie glaubte zwar nicht an die Zukunft der Flimmerkiste, gab uns aber – vielleicht gerade deshalb – oft einen kostenlosen Nachschlag.

Bald konnten wir mit unserer Kamera in einen größeren Raum umziehen und sogar Live-Sendungen auf die Beine stellen. Ich erinnere mich noch an die Sendung „Welche Krawatte trägt der Herr heute?" oder „Kosmetik für die Frau". Jürgen Roland ließ Boxer auftreten, und das erste Puppenspiel fand statt: „Der kleine Prinz" von Saint-Exupéry.

Unser Unterhaltungschef Erwin Fuchs holte sogar Artisten aus dem „Haus Vaterland" vor die inzwischen zwei Kameras. Natürlich keine Jongleure, so hoch war das Studio nicht. Parterre-Akrobatik ging gerade! Freddy Quinn sang die ersten Seemannslieder im Fernsehen. Wir waren richtig stolz auf unser „buntes" Programm. Und wenn's mal nicht weiterging, wurde halt auch zum zehnten und zwölften Mal ein alter Kulturfilm über Spanien gezeigt. Den Zuschauern der „ersten Stunde" müßten heute noch die Kastagnetten in den Ohren klingen.

Unsere findigen Techniker schufen sogar Halleffekte ohne großen Aufwand. Sie hielten dem Sprecher einfach eine ausgediente Zinkbadewanne vors Gesicht. Einen solchen Effekt kann das Fernsehen heute bestimmt nicht mehr bieten: Wer hat schon noch eine Metallwanne! Wir werden wohl auch nie wieder auf dem Bildschirm miterleben, wie eine Schauspielerin mitten im Satz einen Schrei ausstößt und hinter der Dekoration verschwindet. Sie hatte ihren Text vergessen. Später stand sie aber noch oft und erfolgreich vor der Kamera.

Ja, und dann, Ende 1952, mußten wir unsere Kinderschuhe abstreifen. Wir zogen in den großen Bunker auf dem Heiligengeistfeld in einen riesigen hohen Raum, zwar im Parterre, noch ohne Klimaanlage und trotz der vielen Glaswolle, die leise auf uns herabrieselte und Juckreiz auslöste, nicht schalldicht. Auf den Gängen rings um das Studio durfte nicht mal gehustet werden. Trotzdem ist so manch herzerfrischender Kraftausdruck über den Sender gegangen.

Drinnen im Studio aber herrschte nun Ordnung. Die Ansagerin hatte ihren festinstallierten Platz mit Tisch und Stuhl. Eine Ecke gehörte der Tagesschau, eine andere dem Meteorologen. Der Bühnenbildner konnte sich austoben, der Kameramann ungehemmt herumkurven. Wir mußten nun beweisen, was wir im Kleinen gelernt haten. Und wenige Jahre später wird unsere gute Kantinenwirtin bestimmt ihre Meinung über die „verrückten Fernsehmenschen" revidiert haben.

IRENE KOSS

Von Ratten und Löwen im Fernsehstudio erzählt Bernhard Grzimek am 20. August

KRITIK

Faule Tricks statt guter Ratschläge

Was Jürgen Engert in **Kontraste** (ARD) anbot, war harte Kost für den Zuschauer, denn in allen drei Fällen ging es um die politische Strafjustiz in Mitteldeutschland. Da war zunächst das Ehepaar und Rüdiger Hobusch, die beide übers Zuchthaus ausgereist sind, deren kleine Tochter aber noch bei der Großmutter in Wismar lebt. Sie warfen dem „DDR"-Anwalt Wolfgang Vogel, der seit zwei Jahrzehnten im SED-Auftrag den Verkauf von Häftlingen gegen West-Mark betreibt, vor, die Ausreise der Tochter zu verhindern.

Aber darum ging es in diesem Beitrag eigentlich nicht, sondern vielmehr um die „anrüchigen" Praktiken der Frankfurter „Gesellschaft für Menschenrechte", die man in Ost-Berlin als „staatsfeindliche Organisation" gerne verboten sehen möchte – wie die „Zentrale Erfassungsstelle" in Salzgitter auch. Wie geschickt da doch der Westberliner Anwalt Reymar von Wedel in die gleiche Kerbe hieb wie Devisenbringer Vogel, der mit sanfter Stimme die „Machenschaften" des Imperialismus aufdeckte.

Wenig ergiebig war auch, was der Kernphysiker und, noch immer, Marxist Rolf Schälike in Wolf Biermanns Hamburger Elbvilla über seine zehnmonatige Haftzeit zu berichten wußte. So sehe ein Mann aus, der aus dem Zuchthaus komme, lautete die pathetische Ansage; gezeigt wurde ein Vollbart mit langen Haaren, als seien die Strafanstalten „drüben" zu FDGB-Erholungsheimen aufgerückt.

Den „Liedermacher" Biermann schien auch kaum zu berühren, was sein 1938 in Moskau als Emigrantenkind geborener Freund und Genosse zu erzählen hatte. Er wurde erst hellhörig, als von „DDR"-Bombenlegern gesprochen wurde, die einen Staudamm hätten sprengen wollen. Was Schälike an Verhaltensregeln empfahl, waren faule Tricks statt guter Ratschläge. Man solle die Mitarbeit verweigern, er habe bei den Vernehmungen fast immer geschwiegen, weil er sich nicht auf das, zugegeben niedrige, intellektuelle Niveau der Offiziere der „Staatssicherheit" habe begeben wollen.

Der 22jährige Andreas Obojes, am 23. Juni an der böhmisch-sächsischen Grenze festgenommen, wird sich solches Verhalten nicht leisten können. Der einstige NVA-Marinesoldat und Mitbesetzer 1984 der bundesdeutschen Vertretung in Ost-Berlin reiste mit Gaspistole über Prag ins Erzgebirge, um seine Braut in Bad Elster herauszuholen. Ein gefundenes Fressen für die „DDR"-Justiz, die von „staatsgefährdenden Gewaltakten" sprechen wird. Spionage und „Abwerbung" wird noch hinzukommen. Der junge Mann kann von Glück sagen, wenn er mit zehn Jahren davonkommt. Das war zweifellos der wichtigste Beitrag der Sendung.

JÖRG BERNHARD BILKE

Zwischen Tür und Angel

Man glaubt es kaum, aber es scheint sich doch herumgesprochen zu haben: Am schönsten ist das Fernsehen dann, wenn es Geschichten zu erzählen hat: **Wochenendgeschichten** (ARD).

Da kommt ein junger Mann daher, ihm ist die Freundin auf und davon, er telefoniert sachte frustriert herum, als ihm die Stimme der Auskunftsdame plötzlich auffällt, er verliebt sich in diese weibliche Amts-Stimme, genauer, nämlich im Originalton: Er „verhört" sich in die Stimme, verursacht bei der Post einige Unruhe, bringt die Postangestellte jedoch dazu, ihm ein Stelldichein zu gewähren.

Das ist die Geschichte. Mehr geschieht nicht, und man könnte die Unterlippe vorschieben und fragen: Na und? Aber man läßt es, denn man freut sich daran, wie diese Geschichte sich so vor sich hinerzählt. Sie erzählt sich zwischen Tür und Angel, gewissermaßen. Sie zeigt auch Klischees vor, aber sie hält einen fest am Bildschirm, und keiner ist böse, daß dieses Wochenendstück im Grunde keinen Schluß hat.

Schließlich hat man das kleine, verschämte Bedürfnis, der Johanna Liebeneiner, jener Telefonistin, freundlich zuzuwinken. Kommen Sie mal wieder vorbei, Frollein, aber lassen Sie sich dann auch so viel Zeit wie heute, oder rufen Sie an (den Helmut Zierl, der sich in Ihre Stimme verliebt hatte, haben Sie ja auch angerufen).

VALENTIN POLCUCH

STUDIO

Als letztes der vier bundesdeutschen **Kabelfernseh-Pilotprojekte** geht Berlin am 28. August, zwei Tage vor Eröffnung der Internationalen Funkausstellung, auf Sendung. Parallel zum offiziellen Knopfdruck in der Berliner Kabelzentrale präsentiert sich die Mehrzahl der neuen Programmanbieter auf 14 Fernseh- und fünf Hörfunkkanälen zwischen Gedächtniskirche und Europa-Center auf einem „Kabelfest".

An der Spree sollen sich bei gegenwärtig 220 000 verkabelten Haushalten erstmals in der Bundesrepublik realistische Erfahrungswerte über die Chancen privater Rundfunkprogramme und ihre Finanzierung durch Werbung gewinnen lassen. Da sind zunächst die öffentlich-rechtlichen Satellitenprogramme ARD Eins plus, 3SAT und ZDF-Musikkanal, die dritten Fernsehprogramme des Bayerischen und Westdeutschen Rundfunks, ferner die privaten Anbieter Teleclub (Pay TV), SAT 1, die Münchner Musicbox und schließlich die ausländischen Satellitenprogramme RTL plus, Sky Channel und die britische Music Box der Thorn EMI.

Diese elf Fernsehprogramme entstehen durchweg außerhalb Berlins. Nur drei Veranstalter wollen ein lokales Vollprogramm anbieten: die Berliner Kabelvision, mit einer im Kern wiederholten Ein-Stunden-Schleife rund um die Uhr, die Havel-Welle mit etwa 20 Kooperationspartnern sowie ein Kanal, den sich Kleinanbieter und die Hyde-Park-Corner im Kabel, der offene Kanal, teilen müssen. AP

*

Vom 20. Oktober an zeigt der WDR sonntags und freitags in seinem Dritten Fernsehprogramm noch einmal Edgar Reitz' elfteiligen Fernsehfilm **Heimat**, dessen Erstausstrahlung im Herbst 1984 für viele Bundesbürger zu den „beeindruckendsten Geschehnissen" des vergangenen Jahres gehörte, wie eine Umfrage ergab. Auch in allen anderen Dritten Programmen der ARD-Anstalten wird „Heimat" im Winterprogramm noch einmal zu sehen sein. DW.

Narren im Glaskäfig

erth. – Ein kleines grünes Männchen, wenn es seinen Ufo eben zwischen Brombeerhecke und Bohnenbeeten geparkt hätte, wenn es sich behutsam-bebende nun näherte und um Auskunft bäte, eine erste pauschale Information über die Gewohnheiten und typischen Lebensäußerungen von uns Irdischen – was hätte man ihm tunlichst anzubieten? Einen Besuch in einer Disco mit Rockgetöse und allerlei jugendlichem Ambiente? Sexfilmkino, Fußballvergnügen am Wochenende? Die Feierabende in einer Eckkneipe oder im trauten Familienrund vor der Flimmerkiste?

Mitnichten. Man lade den neugierigen Fremdling einfach zu einer Autofahrt durch die Großstadt ein. An jeder Straßenkreuzung, bei jeder Ampel findet in der Rotphase unser Leben statt. Nebenan rollt der Nachbar mit seinem Glaskäfig hin, nahe zum Anfassen und ganz entrückt. Er gähnt und zeigt dabei viel Zahngold. Er fährt sich mit der Hand prüfend übers Kinn. Er kratzt sich die Glatze, reinigt die Fingernägel oder beginnt sich in der Nase zu bohren, sieben, acht andächtige Wartesekunden lang, bis zum Signalwechsel ...

Millionen Kreuzungsampeln als die Mini-Bühnen fürs Sittentheater unserer Zeit: Der Zufallsnachbar bei gedrosseltem, leerlaufendem Motor benimmt sich, als sei er allein auf der Welt. Döst oder stiert mißmutig vor sich hin, wirft einen schnellen Blick in die Akten für den Elf-Uhr-Termin. Kritzelt im Bestellkalender. Nervös zündet er sich eine Zigarette an. Er führt wütende Selbstgespräche, drückt die Sendersuchtaste seines Autoradios, dreht mächtig auf. Er findet noch Zeit für einen selbstkritischen Blick in den Innenspiegel, zupft die Krawatte, die modische, zurecht: in den paar Wartesekunden vor den Verkehrsleuchten offenbaren sich Eitelkeiten, Stimmungen, Umgangsformen heute, unverlangt und ungeschönt.

Dann, bei Lichtwechsel, preschen sie wieder los, haben ihre neunzig, hundertzwanzig PS unter der Haube; haben Plaketten von Energiesparern oder Kinderfreunden am Kofferraumblech, die Bekenntnisse für Frieden und gegen Atomkraft, oder sind stramme Mitglieder eines Alpenvereins, eines Volleyballklubs...

Bis zur nächsten Ampel.

Viele Meisterwerke schlummern noch in den Depots – Der Prado von Madrid wird jetzt erweitert

Die große Idee des Josef Bonaparte

Nach 13 Jahren einengender „Gleichberechtigung" unter allen Museen Spaniens erhielt das Prado-Museum in Madrid jetzt seinen früheren Sonderstatus zurück. Der Autonomie fügte die Regierung den für sechzig Millionen Mark erworbenen Palacio de Villahermosa und die dekretierte Aussicht auf den Erwerb des Heeresmuseums hinzu. Der Adelspalast Villahermosa liegt schräg gegenüber dem Prado auf der anderen Seite der Castillana, der Prachtstraße von Madrid.

Erst vor zehn Jahren hatte Banco Coca das Gebäude mit erheblichen Aufwand renoviert. Die Familienbank ging darüber zwar pleite – aber Madrid konnte einen seiner schönsten Paläste Francisco de Goya widmen. Neben ihm sollen noch weitere spanische Maler des 18. und 19. Jahrhunderts, unter ihnen beispielsweise Sorolla, der „Maler des Lichtes" und Fortuny, der seine allerschönsten Sujets in Marokko fand, in der neuen Dependance des Prado-Museums eine Heimstätte finden.

Freier Eintritt für Spanier, doch Ausländer bezahlen sieben Mark: Das Prado-Museum von Madrid mit einer Statue von Velázquez FOTO: DPA

Ein paar hundert Meter weiter – in der Bank von Spanien – hängen in einem mit gelber Seide bespannten und ängstlich gehüteten Raum Goya-Portraits des ersten Vorstandes der von Carlos III. (1716–1788) gegründeten Zentralbank Spaniens. Goya ließ sich damals nicht mit Bargeld sondern mit Aktien honorieren, von denen einige heute zu den besonderen Schätzen der Bank zählen, gewissermaßen als Gegenstück zu den Besitzen der Portraits, die zu verteidigen zu den Hauptaufgaben der Gouverneure der spanischen Zentralbank zu gehören scheinen.

Auch das derzeitige Heeresmuseum, das hinter dem Prado liegt, wird mit seinen stattlichen Sälen dazu beitragen, daß viele Hunderte bislang noch in den Depots der Madrider Pinakothek schlummernde Werke wieder an das Tageslicht zurückkehren können. Gleich daneben findet sich der Cason del Buen Retiro, ursprünglich den Vergnügungen des Hofes gewidmet. In seinem früheren Ballsaal fand nach dem Ende der Franco-Ära das aus New York heimgeholte Guernica-Bild Picassos seinen endgültigen Platz. Auch der Cason gehört heute zum Prado.

Insgesamt verfügt der Prado über dreitausendzweihundert Kunstwerke, von denen aber nur etwa zweitausendfünfhundert ausgestellt waren. Wegen der umfassenden Umbauarbeiten dürften zur Zeit jedoch nur etwa zweitausendfünfzig Gemälde, Stiche, Radierungen und Skulpturen zu sehen sein.

Mit einem Kostenaufwand von etwa zehn Millionen Mark wurde zunächst der Südflügel mit einer Klimaanlage versehen, die sowohl die Atemfeuchte der Besucher als auch die zerstörenden Abgase des Verkehrsstromes draußen vor den Toren absorbieren soll. Auch der Nordflügel wird in gleicher Weise voll klimatisiert.

Die sozialistische Regierung sorgte für freien Eintritt der Spanier. Ausländer, die nicht in Spanien wohnen, müssen sieben Mark Eintritt bezahlen. Da der Prado mit Abstand die Hauptattraktion des internationalen Tourismus in Madrid bildet, kommt immer noch genug Geld für die kostspieligen aber unumgänglichen Umbauten herein. Allerdings läßt sich beobachten, daß der Prado aus organisatorischen und finanziellen Gründen immer mehr aus den Programmen der Package-Touren gestrichen wird. An seine Stelle rücken primitive Vergnügungen am Rande der Folklore.

Als Museum geht der Prado – so benannt nach der Gemeindewiese, auf der er errichtet worden ist – eigentlich auf eine Idee des „Eindringlings" Josef Bonaparte zurück. Dessen Bruder Napoleon hatte ihn in der Zeit seiner Siege auf den spanischen Thron gesetzt. Dort wunderte sich der Franzose nicht wenig über die ungeheuren Schätze in den prachtvollen königlichen Sammlungen.

Philipp II. zum Beispiel war ein Liebhaber von Bosch, dessen schönste Werke im Prado hängen. Zum Entsetzen des Klerus liebte Philipp die phantastischen Visionen des Niederländers weitaus mehr als die gleichbleibende Frömmigkeit des Domenicos Thetocopulos, „El Greco" genannt.

Nach dem Vorbild des Louvre sorgte Josef Bonaparte dafür, daß viele Kunstschätze aus enteigneten Bischofspalästen und Klöstern dem Volke zugänglich gemacht wurden. Verwirklicht wurde das Museum jedoch erst 1819 durch Ferdinand VII. nach der Vertreibung der Franzosen.

Für die Unterbringung der Sammlung dachte man zunächst an den Buenavista-Palast, den zuletzt der Günstling der Königin Luisa, der „Friedensfürst" Godoy bewohnte. Nach seiner Plünderung bot der Palast jedoch den Anblick einer Ruine, und so entschied man sich für den immerhin sauber gefegten Pferdestall der französischen Besatzungstruppen, der schließlich gebaut wurde, um die Naturschätze des spanischen Weltreiches zu zeigen. Der spanische Architekt Juan Villanueva hatte das im neoklassischen Stil gehaltene, 1785 fertiggestellte Naturkundemuseum zwischen Stadtrand und der königlichen Jagd, dem Buen Retiro, errichtet.

Zu den ersten dreihundertzehn Werken, vor allem spanischer Maler, gehörten bereits viele Niederländer und Italiener, deren Länder lange Zeit ganz oder teilweise zum spanischen Machtbereich gehörten. Die weitere Sammlung unter Einschluß des gesamten königlichen Besitzes gestaltete sich gelegentlich recht chaotisch. Manche Bilder wurden zur besseren Pflege vorübergehend wieder zurückgegeben und befinden sich heute noch in Ministerien und Klöstern.

Unter dem Streit der Juristen gerieten auch die Kataloge in Schwierigkeiten. Dennoch protestierte die Museumsverwaltung recht heftig, als ein amerikanischer Wissenschaftler vor wenigen Jahren erklärte, daß er im Archiv des Prado rein zufällig eine Schrift Leonardo da Vincis mit völlig unbekannten Zeichnungen entdeckte. Natürlich, so betonte die Verwaltung, habe man von dem Werk gewußt. Nach intensiver Suche stöberte man auch einen alten Katalog auf, der das beweisen konnte.

ROLF GÖRTZ

Neue Platten: Deutsche Musik der Romantik

Plädoyer für Manfred

Eine „schreckliche Nacht" hatte der 18jährige Schumann nach der Bettlektüre von Lord Byrons Dramatischen Gedicht „Manfred". Ob er schon damals eine geheime Affinität zu dem Titelhelden gespürt hatte, dem ein dunkler Fluch „schwer auf der Seele ruht"? Sei dem wie es wolle. Persönlicheres ist Schumann jedenfalls selten aus der Feder geflossen als in seiner zwanzig Jahre später komponierten „Manfred"-Musik. Und dies nicht nur in der „faustischen" Ouvertüre, sondern auch in den folgenden Nummern, in denen die Musik zumeist nur Folie für die eindeutig dominierende Dichtung ist.

Zum Prüfstein für jede Wiedergabe der „Manfred"-Musik wird der Vortrag der Melodramen. In der jetzt vorliegenden Aufnahme mit dem Rias-Kammerchor und dem Radio-Symphonie-Orchester Berlin unter Leitung von Gerd Albrecht (Schwann VMS 1634) bringt Klausjürgen Wussow als Sprecher des Manfred das Kunststück fertig, die rechte Mitte zwischen selbstgenießendem Pathos und sachlicher Distanz zu finden. Ihm vor allem ist neben Gerd Albrecht das stellenweise überwältigende Plädoyer für das so gut wie vergessene Meisterwerk zu danken.

Raritäten deutscher Musik der Romantik: Um eine veritable Neuentdeckung handelt es sich hier bei Fanny Mendelssohn-Hensels „Oratorium nach Bildern der Bibel", das in einem Mitschnitt von der um 150 Jahre verspäteten „Uraufführung" vorliegt (jpc-Schallplatten 999 069). Das Verdienst, diese Rarität ausgegraben zu haben, kommt der Kölner Kirchenmusikerin Elke Mascha Blankenburg zu, die sich mit tüchtigen Solisten und dem Chor und dem Orchester der Kölner Kurrende nach besten Kräften für dieses Chorwerk engagierte.

Nur schweren Herzens hatte sich Felix Mendelssohns Schwester Fanny dem patriarchalischen Familienwillen gebeugt, nach dem die Musik im Leben einer Frau stets „nur Zierde", niemals jedoch „Grundbaß" sein sollte. Wie ein Familiengeheimnis wurden die zahlreichen Kompositionen aus ihrer Feder gehütet, die erst vor zwanzig Jahren aus dem Besitz der Erben in die Stiftung Preußischer Kulturbesitz übergingen.

Das „Oratorium nach Bildern der Bibel" schrieb Fanny Mendelssohn-Hensel nur zwei Jahre nach der denkwürdigen Aufführung der „Matthäus-Passion", bei der sie selbst im Chor der Singakademie mitgewirkt hatte. Es rundweg als Meisterstück emporzustilisieren, hieße über einige Schwächen galant hinweghören. Dennoch ist der Einsatz für das Werk weit mehr als ein Akt der Wiedergutmachung. Im Zusammenklang von barocker Formenstrenge und romantischer Gefühlswärme rückt es in unmittelbare Nähe zu den beiden um Jahre später entstandenen geistlichen Oratorien des Bruders.

Den Anstoß, sich mehr denn je der Musik von Louis Spohr zu widmen, hatte vor Jahresfrist sein 200. Geburtstag gegeben. Hoffentlich nicht nur als Nachzügler der damaligen Aktivitäten kam jetzt eine Lied-Platte mit Julia Varady, Dietrich Fischer-Dieskau, Hartmut Höll (Klavier), Dmitry Sitkovetsky (Violine) und Hans Schöneberger (Klarinette) auf den Markt (Orfeo S 103 841A). Mehr als die hier klanglich nicht gerade optimal ausbalancierten Lieder für Bariton, Violine und Klavier sind die sechs Klarinetten-Lieder eine echte Bereicherung des Repertoires. Freilich: Gerade dieses op. 103 hatte schon vor Jahren Helen Donath gewinnender, sprich: schlichter und ungezwungener gesungen als die ihre Stimmittel allzu bewußt einsetzende Julia Varady.

HANS CHRISTOPH WORBS

Bestandskataloge der Museen Krefeld und Bielefeld

Wenn der Mäzen fehlt

Es sind zwei bemerkenswerte Bände. Doch beinah beiläufig weisen sie auf das Elend unserer Museen hin. Das eine ist der „Katalog der Gemälde und Skulpturen des 20. Jahrhunderts", die die Kunsthalle der Stadt Bielefeld besitzt. Das andere verzeichnet „Italienische Seidengewebe des 13., 14. und 15. Jahrhunderts" und ist der Band 1 der Kataloge des Deutschen Textilmuseums Krefeld.

Solche Bestandskataloge sind weit mehr als nur ein Verzeichnis des Museumsbesitzes, sie sind ein wichtiges Handwerkszeug für das Haus selbst und für die kunstwissenschaftliche Forschung an anderen Museen und an Hochschulen. Und auch für den Sammler, dem sie ein wissenschaftlich gesichertes Vergleichsmaterial bieten, sind sie nützlich. Das Erarbeiten der Bestandskataloge ist deshalb eine wichtige Aufgabe der Museen.

Doch in der Praxis sieht alles anders aus. Von den vier hauptsächlichen Funktionen des Museums – sammeln, bewahren, forschen und präsentieren –, drohen das Sammeln und das Popularisieren der Bestände die anderen Aufgaben erheblich zu beeinträchtigen. Die Inflation der Ausstellungen läßt häufig konservatorische Bedenken in den Hintergrund treten. Außerdem beansprucht sie das wissenschaftliche Personal oft in so starkem Maße, daß es die „Hausaufgaben" nicht mehr bewältigen kann. Dazu kommen die knappe finanzielle und personelle Ausstattung – besonders kleinerer Häuser, zu denen Bielefeld und Krefeld zu rechnen sind.

So schreibt Ulrich Weisner, der Direktor der Bielefelder Kunsthalle im Vorwort: „Dies ist eine Arbeit, die zum Aufgabenbereich der wissenschaftlichen Mitarbeiter gehört, von diesen aber aus Zeitmangel nicht geleistet werden kann." Und er dankt dem „Förderkreis Kunsthalle Bielefeld", durch dessen finanzielle Unterstützung die Publikation erst möglich wurde, weil er die Bearbeiterin des Katalogs, Donata von Puttkamer, ein Jahr lang honorierte.

Nicht anders ist die Situation beim Deutschen Textilmuseum. Carl-Wolfgang Schümann, der Direktor, merkt im Vorwort an: „Das finanzielle Fundament der Bearbeitung (durch Brigitte Tietzel) war ein auf ein Jahr begrenzter Arbeitsvertrag. Er wurde leider nicht verlängert. Auch Reisemittel ließen sich nicht beschaffen. So mag es widersinnig sein, daß wichtige europäische Sammlungen zum Teil gar nicht, zum Teil nur in langer Zeit auf Kosten der Bearbeiterin konsultiert werden konnten, während ein Stipendium des John J. McCloy Funds erlaubte, die Textilsammlungen der USA zu besuchen."

Diese beiden Beispiele sind zwar aktuell, aber eine Ausnahme sind sie nicht. Viele Museen sind bei ihrer Arbeit, dem Kauf von Kunstwerken wie der wissenschaftlichen Aufarbeitung, auf Sondermittel angewiesen. Manchmal erhalten sie sie vom Träger des Hauses, oft müssen Mäzene, Fördervereine, Freundeskreise und ähnliche Institutionen einspringen. An deren finanzielle Hilfsbereitschaft gewöhnen sich die Länder und Kommunen nur zu schnell, was dann wiederum zu Etatbeschränkungen führen kann. Einer kontinuierlichen Arbeit ist das kaum zuträglich.

P. D.

„Kunsthalle Bielefeld – Gemälde und Skulpturen", bearbeitet von Donata von Puttkamer, Bielefelder Verlagsanstalt, 224 S. mit zahlr. Abb., 35 Mark.

Brigitte Tietzel, „Italienische Seidengewebe des 13., 14. und 15. Jahrhunderts", Deutsches Textilmuseum, Krefeld, 480 S., 160 Abb., 35 Mark.

Seidelmans Film „Susan . . . verzweifelt gesucht"

New York City Girls

Einige feiern sie bereits als neue Marilyn Monroe. Andere spotten: „Die klingt doch wie Minnie Mouse auf Helium". Während Mick Jagger ihre Songs lakonisch-böse als „prinzipielle Dusseligkeit" abtut. Die Rede ist von Madonna, dem neuen Pop-Girl aus Amerika, das sich mit „Like a Virgin" und „I'm a Material Girl" in die Hitlisten katapultierte und jetzt als Tramp-Vamp in Susan Seidelmans „Susan... verzweifelt gesucht" auch Filmruhm gewinnen will.

Kein Zweifel, die bald 26jährige Disco-Röhre hat bei ihrem Kino-Debüt Glück gehabt, gerade dieser gescheiten New Yorker Filmemacherin in die Hände zu fallen. Der ist nämlich nach ihrem Low-Budget-Erstling „New York City Girl" jetzt für ihre neuen Hollywooder Arbeitgeber eine recht witzige, verrückt dahintollende Thrillerkomödie gelungen, wenn auch ihr Stoff – mit dem romantischen Doppelgängermotiv zwar literarisch überhöht – nicht unbedingt neuartig ist.

Wie im jüngsten John Landis-Opus „Kopfüber in die Nacht" stößt auch bei ihr Yuppie- auf Yippie-Welt, wird mit gestohlenem Millionenschmuck, Überfall, Gedächtnisschwund, Mord und Verfolgungsjagden wild jongliert. Denn Madonna als kesse Herumtreiberin Susan wird zur selben Zeit von ihrem Freund, von einem Killer, der ihr das versehentlich angesteckte altägyptische Ohrgehänge wieder entreißen will, und von der total frustrierten Ehefrau eines New Yorker Badewannenverkäufers gesucht, die die Irrungen und Wirrungen erst richtig auf Touren bringt. Aber im Gegensatz zu dem in perfekte und sterile Abläufe verrannten Routinier Landis hat Susan Seidelman ihr Filmwerk mit lockerer Hand und herrlich unprätentiöser Spontaneität in Szene gesetzt. Ein Truffaut hätte seine Freude daran gehabt.

Wie denn auch vieles bei der Amerikanerin in seiner nonchalanten Leichtigkeit des Stils französisch anmutet. Den Einfluß von Jacques Rivettes „Céline et Julie" hat sie auch nie geleugnet. Sie hat übrigens auch nicht in aseptischen Studios, sondern in Manhattans Straßen und Wohnungen gedreht und im alten Harlemer „Audubon Ballroom", in dem Madonna-Susans Doppelgängerin Roberta (Rosanna Arquette) als Zauberlehrling ihr köstlich-tumbes Unwesen treibt. Doch war sie damit auf braven Realismus nicht aus. Gab sie doch einigen Szenen durch leicht expressionistische Ausleuchtung einen sanften Caligari-Stich, der den satirischen Impetus ihres absurden und doch so lebensnahen Wahlverwandtschafts-Puzzles amüsant unterstreicht.

Daß Madonna, als Sängerin auf zwei vorangestellten Clips und als Soundtrack zu vernehmen, das große Schauspielgenie und dem heiter beflügelnden Sexappeal der Monroe nahe sei, wird man nach dieser „Susan" gewiß nicht behaupten können. Doch agiert sie mit cooler Präsenz, die nicht ohne Reiz ist. Mit mimischem Raffinement sucht Rosanna Arquette dagegen anzusteuern. Sie hat dabei, wie alle Akteure, die subtile Unterstützung Susan Seidelmans, die sich in diesem Film von Hollywoods Klischeemachern gottlob nicht hat unterkriegen lassen.

KLÄRE WARNECKE

Mit dem Doppelgängermotiv literarisch überhöht: Rosanna Arquette (links) und Madonna in dem Film „Susan . . . verzweifelt gesucht" FOTO: ORION

Inspiriertes Spiel: Die Bachwoche in Ansbach

Staub auf dem Cembalo

Eine interessante Erkenntnis vermittelt der fränkische Festival-Sommer dem Musikliebhaber: Wagner muß offensichtlich in höheren Dosen verabreicht werden, während Bach auch in geringeren Konzentrationen dargeboten werden kann. Was Bayreuth sein alljährlicher Wagnertaumel ist, das ist Ansbach seine im Zwei-Jahres-Rhythmus ausgetragene Bach-Woche, die sich eines nicht minder eifrigen Hörerstamms erfreut.

Drehen sich im Oberfränkischen die Insidergespräche um vernebelte Leitmotive und die Verwandtschaftsverhältnisse im „Ring", so kennt man in Mittelfranken sein Bachwerkverzeichnis und die verschiedenen Besetzungsvarianten. Genügend Stoff für die Gesellschaftsseite bietet darüber hinaus zwar auch das piekfeine Publikum, doch scheint hier tatsächlich noch die Musik im Mittelpunkt zu stehen. Wer hier sein zweijährliches Barockpensum nachholen möchte, bringt es gut auf drei Veranstaltungen pro Tag, wobei er, da an mehreren Plätzen gleichzeitig konzertiert wird, sogar Verzicht leisten muß.

Entzünden sich in Bayreuth Debatten an den szenischen Exzessen, so zieht man sich in Ansbach vornehm auf die Betrachtung über das Werk zurück, wobei zum Beispiel die Aufführungspraxis, die verschiedenen Tempi eines Christopher Hogwood und Helmuth Rilling Anlaß zu tiefsinnigen Spekulationen bieten. An Hogwood, in England als Prophet der alten Musik geradezu ein Plattenstar, bei uns spätestens seit seiner Zusammenarbeit mit Achim Freyer anläßlich des Berliner „Messias" kein Unbekannter mehr, dürfte sich also nicht das Schicksal des englischen Dirigentenveteranen Reginald Goodall wiederholen, der hierzulande immer noch der Geheimtip der Wagnerianer ist.

An Goodall, der die legendär getragenen Zeitmaße Knappertsbuschs kultiviert, fühlt man sich auch bei dem wahrscheinlich erst halb so alten Hogwood erinnert. In den langsamen Sätzen von Bachs zweitem und sechsten Brandenburgischem Konzert, das in der Ansbacher Orangerie in kleinstmöglicher Besetzung gespielt wurde, hingen die Spannungsbögen bedenklich durch, gerieten das Andante und Adagio zu weich süßlichen Lamenti.

Hogwood ist nicht der Mann, der seine Spieler vom Cembalo aus aufstacheln will, stattdessen gibt er freundliche Anregungen, vorsichtige Impulse, läßt die Musiker zu sich kommen. Freilich ergeben sich in den Ecksätzen brillante Wirkungen, vor allem dann, wenn das Konzert mangels ausreichender Probenmöglichkeiten zum lebendigen Arbeits- und Interpretationsprozeß wird. Zu welch fabelhaft inspiriertem, wenn auch nicht vollkommen homogenem Spiel die zur „Solistengemeinschaft der Bach-Woche" zusammengefaßten Solisten fähig sind, erlebte man in der D-Dur-Ouvertüre BWV 1059, in der jegliche unverbindliche Dezenz abgestreift war.

Weshalb Hogwood zwischen Bach unbedingt Strawinskys Variationen über „Vom Himmel hoch" spielen wollte, bleibt sein Geheimnis, denn offenbar konnte weder das Orchester noch die müde singende Ansbacher Jugendkantorei damit etwas anfangen. Über Ermüdungserscheinungen konnte auch Robert Hill in einer Cembalo-Matinee nicht hinweghelfen. Das lag vor allem an dem ausgetrocknet dürren Klang seines Cembalos, von dem er mit meisterhaft gespielten Fugen von Bach, Händel und Scalatti den Staub wegzublasen hoffte.

Die Authentizität historischer Spielweisen auf modernen Instrumenten stellt sich für Rilling nicht als Problem dar. Mit gleichsam verzehrender Intensität und dem großen Atem des theatralischen Gestalters spielt er über deutelnde Bedenken hinweg. Mit überbordender Verve, die dennoch über kein Detail hinweghudelt, trieb er die auf höchste Klangkultur und expressive dramatische Schattierungen getrimmte Gächinger Kantorei und sein klangopulentes Stuttgarter Bach-Collegium dem Höhepunkt in Händels „Saul" im dritten Akt zu.

Hier sammeln sich in den Szenen des Saul seine Anrufung der Hexe von Endor, die Beschwörung Samuels und die anschließenden Trauergesänge mit ihren theatralischen Effekten zu einer pompösen, ergreifend opernnahen Darstellung. Gegenüber den packend artikulierenden und nervig schattierenden schwäbischen Sängern hatten die Solisten das Nachsehen. John Shirley-Quirk gestaltete den Saul mit mulmig derangiertem Baß als senilen Greis. Luftig und unprofiliert klang Lutz-Michael Harders Jonathan, während Mechthild Georg mit beherrschten Mezzolinien, dann Constanza Cuccaro mit quirligen Koloraturen und Carmen Anhorn mit warmem Sopran, mit besserem Erfolg nach einer kongruenten Aussage suchten.

ROLF FATH

JOURNAL

Streitigkeiten um Gropius-Bauwerk

dpa, Frankfurt

Die „völlige Verunstaltung" eines Industriedenkmals von Weltrang befürchtet das Deutsche Architekturmuseum Frankfurt (DAM), falls die von Walter Gropius zwischen 1911 und 1914 errichteten Fabrikgebäude der Fagus-Werke im niedersächsischen Alfeld/Leine eine neue Glasfassade erhalten. In einem in Frankfurt veröffentlichten Aufruf nennt das DAM die geplanten Renovierungsarbeiten an der Fabrik für Schuhleisten einen „skandalösen Vorgang", da sie das gesamte Erscheinungsbild dieses epochemachenden Frühwerks der Moderne verändern würden. Der mit der Renovierung beauftragte Architekt Jörn Behnsen aus Hannover widersprach dieser Auffassung und betonte, das Erscheinungsbild des Gropius-Baus bei der notwendig gewordenen Isolierverglasung soweit wie möglich erhalten zu wollen. Ein Expertengespräch soll im September die Streitfrage klären.

Die Villa Massimo in Rom feiert Jubiläum

M. v. Z. Rom

Mit einer Feierstunde am Grab des 1928 verstorbenen Industriellen und Kunstgelehrten Eduard Arnold wurde in Berlin Wannsee sowie in der Deutschen Akademie in Rom ihres Gründers gedacht, der am 13. August 1910 dem preußischen Staat die Villa Massimo am Stadtrand von Rom geschenkt hat. Nur 43 von den 75 Jahren ihres Bestehens hat die Akademie, die seit zwanzig Jahren von Elisabeth Wolken geleitet wird, ihrer Bestimmung, verdiente deutsche Künstler ein Jahr lang aufzunehmen, dienen dürfen. Im Ersten Weltkrieg vom italienischen Staat beschlagnahmt und erst im Todesjahr Arnolds zurückerstattet, 1938 vom Hitler-Regime der nonkonformistischen Ideen ihres Direktors Herbert Gericke wegen geschlossen und erst 1956 wieder eröffnet, verzeichnet sie in ihren Annalen die wichtigsten Künstler der letzten Jahrzehnte.

Arbeit über Juden in der Tschechoslowakei

rst. New York

In New York erschien der dritte und letzte Band der bisher ausführlichsten „Geschichte der tschechoslowakischen Juden". Der Band beschäftigt sich mit der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen sowie dem Holocaust in den Jahren 1939–1945. Neben Studien, die sich u. a. mit dem Wirken der im böhmischen Raum geborenen jüdischen Intellektuellen wie Edmund Husserl, Franz Kafka, Gustav Mahler, Franz Werfel, Max Brod beschäftigen, stehen die Auswirkungen der NS-Vernichtungspolitik (von Erich Kulka) und die Arbeit über Theresienstadt (von Zdenek Lederer) im Mittelpunkt.

Wettbewerb für Nachwuchsdirigenten

AFP, Paris

37 Kandidaten aus 17 Ländern werden am 35. „Internationalen Wettbewerb für junge Dirigenten" teilnehmen, der vom 2. bis 7. September in Besançon stattfindet. Als Preis in Höhe von 6500 Mark wird die „Goldene Lyra" vergeben. Frankreich und die USA werden mit jeweils sechs Kandidaten am stärksten vertreten sein. China entsendet bei seiner ersten Teilnahme vier junge Musiker. Der Wettbewerb eröffnet gleichzeitig das Internationale Musikfestival von Besançon und der Franche-Comté, in dessen Mittelpunkt vom 22. September an Bach und in zwei Kolloquien der vor 100 Jahren verstorbene Schriftsteller Victor Hugo stehen werden.

Aktion zur Rettung indischer Tempel

dpa, Neu-Delhi

Zwei Dutzend Tempel, die im indischen Bundesstaat Andhra Pradesh durch Flußüberschwemmungen bedroht sind, konnten von Spezialisten demontiert und an anderer Stelle wieder aufgebaut werden. In dem seit Jahren laufenden Projekt ist die Versetzung weiterer acht Tempel vorgesehen. Die über 2000 Jahre alten Bauten werden Stück für Stück abgetragen und in einigen Kilometern Entfernung rekonstruiert.

Rainer Antoine tot

dpa, Ludwigshafen

Der Leiter des Ludwigshafener Pfalzbau-Theaters und des Kulturamtes der Stadt, Rainer Antoine, ist im Alter von 48 Jahren nach schwerer Krankheit gestorben. Der gebürtige Berliner war, nach dem Studium in seiner Heimatstadt und danach in Wien und Salzburg, seit 1962 als Chefdramaturg der Städtischen Bühnen Münster, seit 1965 zugleich als Leiter der Bad Hersfelder Festspiele und als Gastdozent der Universität Münster tätig. Nach seinem Engagement 1969 als Regisseur und Chefdramaturg am Hessischen Staatstheater in Wiesbaden wurde Antoine 1976 nach Ludwigshafen berufen.

Vor 75 Jahren starb die „Lady mit der Lampe"

CATRIN WILKENING, Bonn

„F. N. – Born 1820 – Died 1910", so steht es auf ihrem Grabstein auf dem Friedhof von East Welow im englischen Hampshire. Die schlichte Inschrift entspricht ihr, die bescheiden, äußerlich zart, zurückhaltend war, dabei zäh, mit eisernem Willen und aufopfernd bis zur Selbstaufgabe.

F. N. steht für Florence Nightingale, die „Lady mit der Lampe", wie sie bei ihren Kranken hieß. Ihr Name wird gerne in einem Atemzug mit dem Henry Dunants, dem Gründer des Roten Kreuzes, genannt. Dabei erklärte er 1910 – heute vor 75 Jahren – an ihrem Grabe: „Was mich 1859 bewog, auf die italienischen Kriegsschauplätze zu reisen, war Miß Nightingales Werk im Krimkrieg." Dort hatte sie 1854 Tausenden ihrer Landsleute in den Lazaretten das Leben gerettet. Zum ersten Mal hatten damals 37 englische Frauen Verwundete versorgt.

Ein Reporter der „Times" hatte die Briten mit Berichten über die unerhörten Leiden der Kriegsverletzten aufgeschreckt. Da schrieb eine junge Frau an den englischen Kriegsminister und bat, mit einer Gruppe von Pflegerinnen nach Skutari gesandt zu werden. Sie hatte seit 1853 ein „Stift für verarmte kranke Fräulein" in London geleitet. Jetzt kam ihre Stunde, auf die sie, so ihr Tagebuch, seit ihrem „Berufungstage" am 7. Februar 1837, mit 17 Jahren, gewartet hatte.

Am 12. Mai 1820 wurde sie in Florenz während eines Italien-Aufenthaltes ihrer Eltern geboren, daher ihr klingender Vorname. Das hübsche, verwöhnte Töchterchen entwickelte sich anders, als sie sollte. Die Familie – wohlhabende, angesehene, traditionsreiche Briten – war entsetzt, als sie sich in Krankenpflege ausbilden lassen wollte. „Spitalgeruch" durfte

Eine zarte, hübsche Frau: Florence Nightingale lebte für die Krankenpflege.

einem Mädchen aus gutem Hause im viktorianischen England nicht anhaften. Doch sie ging nach Deutschland, nach Kaiserswerth an den Rhein in das erste Diakonissenhaus und lernte. Rom und Paris waren die nächsten Stationen ihrer Berufung.

Bis sie in die Lazarette kam, hatte sie die innere Stimme noch zweimal vernommen, vor dem Antritt der Tätigkeit in London und dem Zug in den Krimkrieg. Hier nun war sie am Ziel. Mit stiller Energie und Fürsorge versorgte sie die Verwundeten, auch mit der Autorität einer Lady. So war sie unermüdlich tätig, nachts mit einer Stallaterne leuchtend, daher die „Lady mit der Lampe". Sie besorgte Medikamente aus England, sorgte für eine bessere Ernährung, vergaß vor allem aber nicht die tröstende Hand und Stimme. Schließlich wurde sie selbst todkrank. Da beteten die Soldaten für sie.

Als die „Mutter von 50 000 Kindern", wie sie sich nannte, in die Heimat zurückkam, wurde sie gefeiert wie eine Heldin. Sie lehnte die Ovationen ab, steckte die 50 000 Pfund des „Florence-Nightingale-Fonds", mit denen das Vaterland ihr den Dienst für die Aufopferung auf der Krim danken wollte, in Pflegerinnenschulen, die sie gründete. Sie war fortan kränklich, wurde dennoch 90 Jahre alt. Schon zu Lebzeiten galt sie als die Sozialreformerin schlechthin.

Selbst die Kameraden beginnen jetzt zu zweifeln

Von FLORIAN NEHM

„Tal des Todes" nennen beunruhigte und verbitterte Bewohner ihr idyllisches Bottwartal. Denn nicht drei, sondern vier unaufgeklärte Morde geben seit Mai des vergangenen Jahres ungelöste Rätsel auf. Einmal sind es die drei dem „Parkplatzmörder" und „Hammerräuber" zugeschriebenen Verbrechen (die WELT berichtete) an Autofahrern, dann der gewaltsame Tod der 12jährigen Bianca Mann. Sie wurde am 18. Mai 1984, drei Wochen nach dem ersten „Parkplatzmord" in einer Großbottwarer Reithalle erdrosselt.

Als Mörder stellte sich seinerzeit der 18jährige Volker Eckel. Er wurde jedoch nach erfolgreicher Verteidigung durch den Münchener Rechtsanwalt Rolf Bossi, mangels Beweise im Mai dieses Jahres wieder auf freien Fuß gesetzt.

Nun scheint auch die Beweislage gegen den Polizisten Roman Gianoncelli auf „wackeligen Füßen" zu stehen. Dieser befindet sich seit Freitag vergangener Woche im Heilbronner Untersuchungsgefängnis und wird verdächtigt, die Morde und anschließenden Banküberfälle mit dem berüchtigten Hammer auf dem Gewissen zu haben.

Auf ihn aufmerksam wurde die Sonderkommission Hammer in dem Großbottwarer Schulzentrum durch einen Zufall. Als Hinweisnummer 2457 meldeten Müllmänner, daß sie auf einem Autobahnparkplatz Gegenstände einer Polizeiausrüstung gefunden hatten. Die Sachen gehörten Roman Gianoncelli, der am Montag vergangener Woche nicht zum Dienst erschienen war. Nachdem nun aber feststeht, daß die Morde nicht mit Gianoncellis Dienstwaffe begangen wurden, hat es den Anschein, daß sein „Abhauen" nur zufällig mit der gleichzeitig heißlaufenden Großfahndung zusammenfiel. Es ist also denkbar, daß der als verschlossener Mensch geltende Polizist einfach „aussteigen" wollte.

Zerrissene Fotos und die weggeworfene Ausrüstung erwecken den Eindruck, daß er alle Brücken hinter sich abbrechen wollte. Warum rief er dann, nur vier Tage nach seinem Verschwinden, seine Eltern an? Nachdem er von seiner Mutter gehört hatte, daß er daheim als Mörder gesucht werde, eilte er in einer Gewaltfahrt, angeblich aus Rimini, nach Michelbach an der Bill zurück, „um das zu klären". Auch Mitglieder der Sonderkommission, „Soko Hammer", äußern als „private Meinung" die Vermutung, daß Gianoncelli nichts mit den Morden zu schaffen hat, obwohl sein Verhalten rätselhaft bleibt.

Zwar hatte er an allen drei Mordtagen dienstfrei. Aber die folgenden Banküberfälle fanden jeweils so knapp vor seinem Dienstantritt statt, daß selbst leitenden Kriminalisten Gianoncellis Täterschaft in diesem Punkt unwahrscheinlich erscheint. Ist es aber nur Zufall, daß der junge Polizist just an den Tagen der Banküberfälle seinen Dienst „unwesentlich verspätet" antrat?

Schon nach dem ersten Parkplatzmord am 3. Mai 1984 wurde vermutet, daß sich der Täter gut mit Ermittlungsmethoden der Polizei auskennt. Denn er hatte, um das Aufsuchen der verschossenen Kugel zu erschweren, den Tatort mit Nägeln übersät. Auch befinden sich alle überfallenen Geldinstitute an Polizeireviersgrenzen. In 20jähriger Dienstzeit habe er keine so „harte Nuß" zu knacken gehabt, so ein erfahrener Spurensicherer über den ungelösten Fall zur WELT.

Kopfzerbrechen bereitet den Beamten und vielen „mitdenkenden" Bürgern auch das Aufstellen einer schlüssigen Theorie darüber, wie der „Parkplatzmörder" an seine Opfer gekommen sein kann. Die Straßenlage der versteckten Waldplätze auf denen Pfitzer, Wethey und Schneider vermutlich umgebracht wurden, lassen freiwillige Aufenthalte unwahrscheinlich erscheinen. Wethey, der dem Verbrecher am 21. Dezember 1984 zum Opfer fiel, wurde nur zehn Autominuten von dem Haus seiner Freunde gefunden. Warum sollte er an einem naßkalten Wintertag seine eben angetretene Fahrt in die Schweiz gleich wieder unterbrechen?

Diese Ungereimtheiten werfen die Frage auf, ob es ein Anhalter, womöglich in Polizeiuniform, war, der die Ortsfremden an die versteckten Plätze führte. Und wie kommt es, daß der Golf GTI Wilfried Schneiders, dem dritten Opfer, nach dem mißglückten Überfall auf die Raiffeisenbank in Spiegelberg am 23. Juli genau vor dem Haus abgestellt wurde, in dem Schneider früher einige Zeit mit seiner Freundin gewohnt hat?

Seit der vorläufigen Festnahme Roman Gianoncellis sind die lauschigen Waldplätze im Bottwartal nicht mehr leergefegt wie vorher. Gleichwohl geben sich Menschen im „Ländle" den Rat: „Wenn dich ein einzelner Polizist zum Anhalten heranwinkt, gib Gas und nichts wie weg". Bevor Gianoncelli nicht beweiskräftig überführt ist, bleiben sie von „mulmiger Skepsis" erfüllt. Deshalb hoffen hier alle von der für heute angekündigten Pressekonferenz der Sonderkommission das ersehnte Signal der Entwarnung zu bekommen.

Flugzeugabsturz in Japan / Vier Frauen überlebten die Katastrophe / Zwei Deutsche unter den Toten / Seitenruder im Pazifik entdeckt

Raste der Jumbo-Jet steuerlos in den Berg?

DW. Tokio

Vier Menschen haben offenbar die zweitschwerste Katastrophe in der Geschichte der zivilen Luftfahrt überlebt. Eine Japanerin und ihre achtjährige Tochter sowie zwei weitere Passagiere. Lange Zeit schwankten die Zahlen der Überlebenden zwischen vier, sieben oder gar acht. Demnach haben dann 520 Menschen bei dem Absturz der Boeing 747 der „Japan Air Lines" (JAL) etwa 150 Kilometer nordwestlich von Tokio den Tod gefunden. Nur die Teneriffa-Katastrophe 1977 forderte 63 Opfer mehr, als auf dem Insel-Flughafen zwei Jumbos kollidierten.

Die Namen der Überlebenden gab ein JAL-Sprecher mit Hiroko Yoshizaki (35), deren achtjähriger Tochter Mikiko, der 26jährigen Yueao Ochiai und der zwölfjährigen Keiko Kawakami an. 15 Stunden warteten die vier Japanerinnen im unwegsamen Gelände des Ogura-Berges auf ihre Retter. Unter den Opfern befinden sich 21 Ausländer, darunter zwei Deutsche, der Leiter der BASF-Filiale in Osaka, Jochen Klaubert, und der aus Baden-Württemberg stammende Geschäftsmann Harald Gurke, dessen Alter mit 34 Jahren angegeben wird.

Weltweit spekulieren die Fachleute über die Ursache des verheerenden Absturzes. Gestern nachmittag wurde im Südwesten Tokios vor der Halbinsel Izu ein Teil des Seitenruders im Pazifik entdeckt und geborgen. Experten glauben damit die Erklärung dafür gefunden zu haben, daß der Pilot die Kontrolle über die Maschine verloren hatte. Wie Augenzeugen berichteten, war der Unglücks-Jumbo kurz vor dem Absturz einen Zick-Zack-Kurs geflogen.

Darauf deutet auch die letzte Aussage des Piloten um 18.46 Uhr Ortszeit, wonach die Steuerung „unzuverlässig" oder gar „funktionsuntüchtig" gewesen sein soll. „Ich kann die Maschine nicht mehr kontrollieren, bitte, bitte ..." Das waren seine letzten Worte, danach herrschte Funkstille. Er könnte – durch welche Ursache auch immer – vom Kurs abgekommen und sich infolgedessen nicht mehr über das Höhenprofil des Landes im klaren gewesen sein. Die Maschine war gegen einen 2100 Meter hohen Berg gerast und explodiert.

Übereinstimmend wird die von den Agenturen angegebene Version, wonach eine Tür während des Fluges aufgesprungen sein soll, als höchst unwahrscheinlich bezeichnet. Experten der Lufthansa wiesen gegenüber der WELT darauf hin, daß so etwas bei den konisch konstruierten Türen nicht geschehen könne. Wie Paul Forseth, Chef der Wartungsabteilung von Boeing, erklärte, hätte es in den vergangenen fünf Jahren zwar 56 Berichte über defekte Türen gegeben; sie hätten „jedoch niemals ein Problem" dargestellt. Selbst eine während des Fluges herausgerissene Tür sollte die Flugsicherheit der Maschine nicht beeinträchtigen. Falls es aber doch daran gelegen haben sollte, halten es die Experten jetzt für möglich, daß die rückwärtige Tür den Kabinenboden durchschlagen hat und dabei Kabelverbindungen unterbrach, die für das Stabilisierungssystem des Jumbos entscheidend sind.

Bis gestern nachmittag war unbekannt, in welchem Teil des Flugzeugs sich die überlebenden Passagiere aufgehalten haben. In diesem Zusammenhang warnen Luftfahrtexperten davor, zu glauben, daß in jedem Fall die hinteren Plätze die sichersten seien. Es hänge von der Art des Aufpralls ab. Beispielsweise hätten, so der Sprecher der Lufthansa, beim Avianca-Absturz in Madrid am 27. November 1983 elf Passagiere aus dem Mittelbereich überlebt und sogar 99 beim ersten Absturz eines Jumbos in Nairobi 1974 im Front- und Mittelbereich des Flugzeugs.

Nahezu ausgeschlossen wird ein Konstruktions- oder Materialfehler der Boeing 747. Dieser Typ gilt als das sicherste Flugzeug der Welt. Tests und Biegeversuche beim Hersteller in Seattle haben eine Flugdauer von 72 000 Stunden ergeben. Zum Vergleich: Kampfflugzeuge haben eine „Lebensdauer" von 5000 bis 7000 Flugstunden. Der abgestürzte Jumbo wurde im Februar 1974 ausgeliefert und hatte erst 25 000 Flugstunden hinter sich, eine „sehr normale Stundenzahl", wie ein Sprecher der Boeing-Werke in Seattle gestern erklärte. Die Maschine sei „nicht besonders alt" gewesen. Auch eine etwaige Überladung kann nicht der Grund gewesen sein. Dieser nur auf Kurzstrecken eingesetzte Jumbo war mit 530 Plätzen ausgelegt, 180 Plätze mehr, als bei der Lufthansa üblich sind.

Im Umkreis der Absturzstelle wurde bei der Bevölkerung zusätzliche Unruhe ausgelöst, als bekannt wurde, daß sich 239 Kilogramm eines Radioisotopen im Laderaum befunden hätten. Die radioaktiven Substanzen waren in 92 Behältern abgefüllt. Ein JAL-Sprecher erklärte unter Berufung auf die Absender-Firma, die Fracht sei für den Menschen nur bei direktem Langzeitkontakt gefährlich.

Die nach Katastrophen solcher Größenordnungen üblichen „Bekenneranrufe" nimmt die Polizei nicht ernst, verfolgt sie aber gleichwohl.

Die japanische Boeing 747 zerschellte am 1639 Meter hohen Osutaka-Berg in den „japanischen Alpen". Fallschirmjäger drangen als erste zu der schwer zugänglichen Absturzstelle vor und stießen auf Trümmer und Tote.

Völlig überraschend wurden in dem noch rauchenden Flugzeugwrack vier Überlebende entdeckt. Auf dem Foto wird eine der Japanerinnen von einem Helfer geborgen und in einen Militärhubschrauber gezogen. FOTO: AP

Alarm zu spät ausgelöst

Union Carbide verharmlost das Giftgasunglück in Virginia

DIETER THIERBACH, Bonn

„Ein ähnlicher Vorfall wie im indischen Bophal kann sich innerhalb der Produktionsanlagen von Union Carbide in Institute/West Virginia nicht ereignen." Zu diesem Ergebnis kam Jackson B. Browning, Vizepräsident des Unternehmens in einer weltweiten Rechtfertigungskampagne im März dieses Jahres. „Umfassende Untersuchungen und erweiterte Vorsichtsmaßnahmen schaffen die Basis für Sicherheit", stellte der Verantwortliche für Gesundheitsfragen und Umweltschutz damals stolz fest.

Am vergangenen Sonntag vormittag war es nicht das Bophal-Gift Methylisocyanat, sondern ein Gasgemisch mit einer anderen hochtoxischen Verbindung. Trivialname: „Aldicarb". Dahinter verbirgt sich der chemische Zungenbrecher 2-Methyl-2-(methylthio)-propionaldehyd-O-(methylcarbamoyl)-oxim. Die Reinsubstanz, weiße Kristalle mit leicht schwefeligem Geruch, ist ein Bestandteil im Insektenvertilgungsmittel Temik G 5.

Bislang einziges Zugeständnis der Firma ist die verspätete Alarmierung der Bevölkerung. Sechs Arbeiter und 129 Bewohner umliegender Häuser waren beim Gasaustritt verletzt worden; 13 befinden sich noch in stationärer Behandlung. Wie die Nachrichtenagenturen vermelden, bestreitet die Firmenleitung nach wie vor, daß Aldicarb genauso gefährlich wie Methylisocyanat sei, dem im Dezember vergangenen Jahres mehr als 2000 Menschen zum Opfer fielen.

Erst 1983 waren betriebsintern beide Verbindungen in die höchste Gefahrenklasse (Kategorie vier) eingestuft worden: Nach vorliegenden Erkenntnissen verursachen diese Stoffe beim Menschen Krebs und können durch Langzeitschäden irreversible Störungen des zentralen Nervensystems auslösen.

Die in Tierexperimenten gewonnenen und veröffentlichten Toxizitätsdaten sprechen Bände: Die tödliche Dosis für männliche Ratten liegt beim Aldicarb fast 200 mal niedriger als beim Methylisocyanat. Ein US-Experte: Wäre mehr Aldicarb ausgetreten, hätte es mit Sicherheit Tote gegeben.

WETTER: Schwülwarm

Wetterlage: Westdeutschland verbleibt im Zustrom feuchtwarmer Luft aus dem Mittelmeerraum. Im Nachmittagsverlauf greift ein atlantischer Tiefausläufer auf den Westen über.

Vorhersage für Mittwoch:

In ganz Deutschland zunächst sonnig und trocken. Im Tagesverlauf in der Westhälfte Ausbildung starker Quellbewölkung, nachfolgend gewittrige Schauer, die in der Nacht auch auf die Osthälfte übergreifen. Höchsttemperaturen 25 bis 30 Grad, Tiefstwerte nachts um 17 Grad. Schwacher Wind um Süd.

Weitere Aussichten:

Stark bewölkt, zeitweise Regen bzw. Schauer

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Stadt	°C	Stadt	°C
Berlin	23°	Kairo	29°
Bonn	18°	Kopenh.	20°
Dresden	19°	Las Palmas	23°
Essen	20°	London	17°
Frankfurt	19°	Madrid	24°
Hamburg	20°	Mailand	28°
List/Sylt	18°	Mallorca	30°
München	26°	Moskau	21°
Stuttgart	21°	Nizza	28°
Algier	28°	Oslo	16°
Amsterdam	20°	Paris	19°
Athen	31°	Prag	23°
Barcelona	26°	Rom	30°
Brüssel	21°	Stockholm	19°
Budapest	28°	Tel Aviv	31°
Bukarest	28°	Tunis	31°
Helsinki	18°	Wien	25°
Istanbul	30°	Zürich	25°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 6.07 Uhr, Untergang: 20.44 Uhr; **Mondaufgang:** 4.11 Uhr, Untergang: 20.56 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Neugieriger Blick in kalte Regionen

Deutsche Forscher untersuchen, wie Tiere sich an die Polarzonen angepaßt haben

LUDWIG KÜRTEN, Bonn

Die polaren Regionen der Erde sind das letzte Ökosystem, in das der Mensch noch nicht eingegriffen hat. Die Eiswüste des Nordpols (Arktis) sowie der Erdteil der Antarktis, der mit 13,9 Millionen Quadratkilometern größer ist als Australien, werden inzwischen von Wissenschaftlern aus aller Welt erforscht, um Einblicke in diese letzte unberührte Zone zu erhalten. Forschungsminister Riesenhuber stellte jetzt auf einer Pressekonferenz im Bonner Museum Koenig eine Dokumentation über die „Tierwelt der polaren Zonen" vor, die auf Ergebnisse der deutschen Forschungsbemühungen zurückgeht. Die Bundesrepublik Deutschland hat für die Polarforschung bisher fast eine halbe Milliarde Mark aufgewendet.

Der antarktische Kontinent stellt eine extrem lebensfeindliche Umwelt dar. Nur seine äußersten Ränder werden von im Meer lebenden Säugetieren, wie Robben, und Vögeln, insbesondere Pinguinen, zum Ausruhen beziehungsweise Aufziehen des Nachwuchses aufgesucht. Wo Berge das Eis durchstoßen oder eisfreie Trockentäler entstanden sind, vermögen sich Moose und Flechten anzusiedeln. Kein Baum, kein Strauch wächst auf diesem Kontinent, der eineinhalbmal so groß ist wie Europa.

Das antarktische Meer ernährt viele Tierarten

Das antarktische Meer beherbergt im Gegensatz zum Kontinent ein reichhaltiges Tier und Pflanzenleben, das bei Wassertemperaturen von minus 2° C bis plus 3° C gedeiht. Die Anpassung an die Bedingungen dieses Ozeans hat mindestens 20 Millionen Jahre gedauert. Damit ist das Südpolarmeer neben der Tiefsee das älteste und größte in sich geschlossene Ökosystem. Die Organismen entwickelten hier beispielsweise Enzymsysteme, die noch bei sehr niedrigen Temperaturen funktionieren. Hier haben sich ganz eigenständige Lebensgemeinschaften herausgebildet, vielfach mit Tieren, die sehr alt werden und die nur wenige Junge zur Welt bringen, die aber einer langen Pflege durch die Eltern bedürfen. Die extreme Anpassung der Wale und zugleich ihre Empfindlichkeit gegen einen plötzlich auftretenden neuen Feind, den Menschen, sind typisch für das System. Es darf daher nur beschränkt durch die Fischerei genutzt werden.

Alle diese Lebensformen sind an ihre Umwelt, die durch Wassertemperaturen von unter minus 1,5° C und fast ganzjährige Eisbedeckung charakterisiert ist, genau angepaßt. Einige antarktische Fische haben sogar ein „Frostschutzmittel" entwickelt, mit dem sie ihre Zellen und die Körperflüssigkeiten vor der Kälte schützen. Das aus diesen Tieren isolierte Mittel, ein Glykoprotein, könnte in der Medizin und der biologischen Forschung als Gefrierschutz bei der Kältekonservierung lebender Gewebe Verwendung finden. Daneben sind die antarktischen Eisfische die einzigen Wirbeltiere, denen rote Blutkörperchen fehlen: Durch Verzicht auf die roten Blutzellen wird das Blut dünnflüssiger und der Energieverbrauch für die Blutzirkulation geringer. Das Studium der Anpassungen an extreme Bedingungen bei Fischen und anderen Tieren gehört zu den faszinierendsten und vielversprechendsten Forschungsrichtungen der Polarbiologie.

Der arktische Ozean ist dagegen ein eisbedecktes „Mittelmeer" mit nur zwei Verbindungen zum offenen Ozean. Die Arktis ist ein relativ junges Ökosystem (ca. 1,5 Mill. Jahre), das in einem intensiven Austausch mit den angrenzenden Ozeanen steht. Deshalb ändert sich seine Temperatur im Verlauf des Jahres. Zwischen arktischen und antarktischen Organismen bestehen einige physiologische und biochemische Unterschiede: Arktische Tiere sind zum Beispiel besser an Temperaturschwankungen angepaßt als antarktische.

Der Eisbär: typischer Bewohner der Arktis

Ein gutes Beispiel für die Tierwelt der Arktis ist der Eisbär: Er hat sich erst vergleichsweise spät auf das Leben im Meer umgestellt. Heute zeigt sein Körperbau Veränderungen, die ihm das Leben auf dem Eis erleichtern. Seine breiten und gutgepolsterten Pranken, die im Vergleich zu anderen Bärenarten groß sind, gestatten es ihm, die weiten Schneewüsten zu durchstreifen und seine Beutetiere, die Robben, geräuschlos zu beschleichen. Sie sind gleichzeitig sehr leistungsfähige Schwimmorgane, mit denen sich die mächtigen Tiere viele Kilometer weit durch arktische Gewässer fortbewegen können.

Auf den kleinen arktischen Inseln sammeln sich im Herbst die tragenden Bärinnen, legen sich in Schneehöhlen und bringen ihre Jungen zur Welt. In manchen Gegenden halten alle Eisbären eine Winterruhe, meist in einem selbstgegrabenen Lager im Schnee. Nach dem Eingraben läßt der Bär sich einschneien. Während der Winterzeit zehren die Tiere ausschließlich von den eigenen Körpervorräten. Man schätzt den Bestand der Eisbären heute auf nur noch etwa zehntausend Tiere. Er muß daher als äußerst bedroht angesehen werden.

Kritisches zur Arbeitsmoral der Deutschen

SAD, New York

Die Deutschen arbeiten weniger als die Bürger aller anderen Industrienationen. Zu diesem Schluß kommt eine Untersuchung der „Chicago Tribune", deren Ergebnisse in der Zeitschrift „Manpower Argus" veröffentlicht wurden. Die Monatsschrift beschäftigt sich mit der Entwicklung des internationalen Arbeitsmarktes. Ihre Arbeitsmoral habe sich verschlechtert. Die 30 Urlaubstage, die der deutsche Arbeitnehmer im Durchschnitt habe, ständen an der Spitze der internationalen Statistik. Die Niederlande folgten mit 28 Urlaubstagen, Luxemburg, Dänemark, Italien, Schweden und Finnland mit je 25. Das Schlußlicht bildeten die USA mit durchschnittlich nur zwölf Urlaubstagen im Jahr.

43 Tote bei Hauseinsturz

AP, Bombay

Beim Einsturz eines dreigeschossigen Hauses in der indischen Stadt Bombay sind nach Mitteilung der Behörden gestern mindestens 43 Menschen ums Leben gekommen und 55 verletzt worden. Das Gebäude mit 22 Räumen fiel bei schweren Monsunregengüssen zusammen.

Defekter Meßfühler

AFP, Kap Canaveral

Ein defekter Meßfühler hat zur Triebwerkspanne beim letzten Start der amerikanischen Raumfähre „Challenger" am 29. Juli geführt. Das bestätigte am Montag ein Vertreter der Herstellerfirma Rocketdyne. Die Wärmefühler in allen drei Triebwerken waren defekt. Für den für 20. August geplanten Start werden die Triebwerke mit neuen Sensoren ausgerüstet.

Grubenunglück

AFP, Johannesburg

Bei der Explosion von Methangas sind am Montag in einer Kohlegrube in der südafrikanischen Transvaal-Region mindestens 21 Kumpel getötet und 27 weitere verletzt worden. Dies gab gestern ein Sprecher der Middelbult Colliery bekannt.

Verhängnisvolle Zigarette

AP, Peking

Ein amerikanischer Geschäftsmann ist in China wegen fahrlässiger Brandstiftung zu 18 Monaten Gefängnis und rund 150 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Richard Ondrik verursachte am 18. April dieses Jahres im Hotel „Schwan" in Pinkiang (Provinz Harbin) ein Feuer, weil er rauchend im Bett eingeschlafen war. In den Flammen starben zehn Menschen.

Reynolds wehrt sich

SAD, London

Burt Reynolds kämpft mit 300 000 Mark gegen Aids-Gerüchte an. Wer beweisen könne, daß der 49jährige Star in den vergangenen zwei Jahren einmal in San Francisco in der Aids-Klinik gewesen sei, darf die Summe kassieren, teilte sein Manager mit.

Sonderbriefmarke

cd. Frankfurt

Eine Sonderbriefmarke „400 Jahre Frankfurter Börse" im Wert von 80 Pfennig ist seit gestern an den Postschaltern erhältlich. Ein Album mit Erstdrucken der Marke, die das Gebäude vor dem Hintergrund des Signets der Börse zeigt, übergab gestern Postminister Schwarz-Schilling dem Frankfurter Börsenpräsidenten.

Tödliche Vorhersage

rtr, Boston

Zwei amerikanische Wetterbehörden sind am Montag wegen falscher Vorhersagen zu Schadensersatzzahlungen von 1,2 Millionen Dollar (rund 3,35 Millionen Mark) verurteilt worden. Das Geld geht an die Hinterbliebenen dreier Hummerfischer, die im November 1980 in einem nicht vorhergesagten Sturm umgekommen waren. Die Nationale Ozean- und Atmosphärenbehörde und ihr Nationaler Wetterdienst hatten falsche Voraussagen aufgrund von Daten abgegeben, die bekanntermaßen von einer defekten Wetterboje stammten.

ZU GUTER LETZT

„Die bis Ende 1984 bestehende Erfordernis, bei der Einfuhr von Kohle mit Gemeinschaftsursprung ein besonderes Ursprungszeugnis vorzulegen, ist mit Wirkung vom 1. Januar 1985 an durch eine im Zollrecht vorgesehene Ursprungserklärung des Einführers ersetzt worden."

Aus der „aufhebbaren zweiundneunzigsten Verordnung zur Änderung der Einfuhrliste" der Bundesregierung.